alaska
Radikal deutsch
Rassismus und die Linke
Infoladen
Koburger Str. 3, 04277 Leipzig
Tel. 0341/3 02 65 04
Fax 0341/3 02 65 03
Zeitschrift für Internationalismus Heft 224
Februar 1999
DM 8,-
mit Register 1997/98



editorial:

Das Grauen, Durito!
Neulich, mein lakandonischer Freund, wohnte ich wieder einer Grillparty unter Redakteurinnen und Redakteuren der Internat-Zeitschriften bei. Wie immer, wenn der Abend fortgeschritten ist, war die Zeit für Gruselgeschichten gekommen. Die meisten kannte ich schon - vom Zombie im Briefkasten, der die pünktlich eingesandten Manuskripte frißt und erst Tage nach Redaktionsschluß wieder ausspuckt, oder vom spukenden Gummibärchen im Laserdrucker, kurz vor Drucktermin. Aber wahrhaft die Haare wären mir zu Berge gestanden (wenn eine Blattlaus Haare hätte), als die Abo-Abteilungen wispernd die Häupter zusammensteckten und mit tonloser Stimme ihre Geschichte flüsterten. Es war die Legende vom PROBATOR, jenem sagenhaften Wesen, das unter immer neuen Namen und falschen Adressen gnadenlos kostenlose Probehefte bestellt und sich so ganze Abo-Jahrgänge sämtlicher Internat-Zeitschriften zusammenschnorrt. Voll eitler Freude verzeichnen die Redaktionen das große Interesse auf ihre Werbemaßnahmen hin, doch am Ende des Jahres ist nichts, gar nichts daraus geworden, denn alle Probeheft-Bestellungen waren nur das Werk des grausamen PROBATORs. Seither rieche ich verzweifelt an jeder Postkarte "Ich hätte gern ein Probeheft", und versuche mir die Hand vorzustellen, die jene Karte ausfüllte. Ist es die warme, aufgeregte Hand einer echten Interessentin, erfüllt von der erwartungsvollen Erregung, endlich die Zeitschrift ihres Lebens gefunden zu haben, die sie bald abonnieren wird? Oder ist es die eisige Kralle des PROBATORs, der sein ruchloses Spiel mit uns treibt?
Ansonsten geht es uns gut, mein teurer Durito. Die Redaktion arbeitet unverdrossen. Die Bernhardstraße, wo wir seit einem Jahr residieren, beging ihre offizielle Eröffnung mit einem rauschenden Fest. Und wir hatten noch nie so viele Probeheftbestellungen wie im letzten halben Jahr ...

Es entbietet dir ihre treuen Grüße aus Bremen

deine alaska

inhalt:

DEBATTE

THEMEN

KONTEXTE

BUKO

MAILBOX

SHORT CUTS

Vorn ist, wo die Beckers sind

Wie deutsch muss Antirassismus sein?

by Christoph Spehr

Vor einigen Wochen erschien in einer Reihe von auflagenstarken Zeitungen und Zeitschriften eine großformatige Anzeige, in der Boris Becker, Marius Müller-Westernhagen und Thomas Gottschalk sich für die geplante Reform des Staatsbürgerschaftsrechts und insbesondere für die Doppelte Staatsbürgerschaft aussprachen. Insbesondere die Familie Becker stellt in dieser Auseinandersetzung die öffentliche Speerspitze der ReformbefürworterInnen dar. Für die Marie Claire, eines der großen Frauenmagazine, präsentierte sich Barbara Becker als "Gast-Chefredakteurin". Das Heft enthält u.a. auch ein Interview von Barbara Becker mit Ika Hügel über Erfahrungen und Situation schwarzer Deutscher.

Linke mögen sowas nicht. Die radikale Linke glänzt in der Frage der Doppelten Staatsbürgerschaft überhaupt durch radikale Abwesenheit. Das linke Interesse an der Durchsetzung der Reform ist in fataler Weise gering. Die CDU macht mit ihrer Unterschriftenliste klassische Bewegungspolitik, und zwar sehr effektiv. Das Dahinschmelzen der Reform ist ja nicht einfach der Hessen-Wahl und der geänderten Stimmenarithmetik im Bundesrat geschuldet, sondern der Tatsache, daß die CDU rechts mobilisiert und auf der anderen Seite nichts passiert. Auf der anderen Seite gibt es nur die Beckers.

Kritik an deren Öffentlichkeits-Offensive ist wie immer leicht: Das "Wir" der Anzeige ist schier überlebensgroß, es fehlt auch nicht der Hinweis auf ein Deutschland, auf das man "stolz" sein möchte. Das war's aber auch schon mit der Kritik, die Sinn macht. Spekulationen, wieviel Geld Barbara Becker für den Marie-Claire-Gig bekommen haben mag, gehören bereits ins Reich des Ärgerlichen. Der Hinweis, mit der Anzeige würden eben prominente deutsche Männer sich für die Integration "ihrer" Frauen und Kinder stark machen - Becker und Westernhagen sind mit schwarzen Frauen verheiratet, bei Gottschalk gibt es nur die "farbigen" Gummibärchen - scheint ebenfalls nicht recht durchdacht. Wie sieht die politisch korrekte Anzeige dann aus? Ich, den kein Mensch kennt, im Einsatz für MigrantInnen, die auch kein Mensch kennt? Statt der Argumentation mit betroffenen LebenspartnerInnen, Freunden, KollegInnen die abstrakte Solidarität mit Leuten, mit denen ich nichts zu tun habe; ja die ich - damit ich ganz sicher nicht aus eigennützigem Interesse handle - am besten auch gar nicht leiden kann?

An diesem Punkt kommt das radikal Deutsche der linken Kritik und des linken Antirassismus ins Spiel. Deutsche stehen auf Sekundärtugenden. Politik muß selbstlos sein. Am höchsten steht die Parteinahme für Leute, die mir nichts bringt und mit denen mich emotional nichts verbindet. Deutsche sind gründlich. Es geht stets um das wirkliche Problem, den wahren Grund, die vollständige Lösung. Reformen, die nicht die "Ursachen" des Rassismus beseitigen, sind dubios. Deutsche sagen nicht gern etwas Falsches, und ihre Meinung paßt natürlich nicht auf eine DinA4-Seite. Sie sind mißtrauisch gegenüber Massenmedien und politischem Tagesgeschehen; letztendlich sind sie sich für so was einfach ideologisch zu fein. Deutsche kümmern sich hauptsächlich um sich selbst: darum, recht zu haben und gerechtfertigt zu sein. Und für Deutsche sind die Notwendigkeiten des Lebens und Überlebens irgendwie kein valides Argument: Ist es nicht die einzig konsequente Forderung, Staatsbürgerschaften abzuschaffen? (Wir haben ja eine. Daß alle, die keine haben, eine haben wollen, bzw. daß Millionen, die keine europäische oder us-amerikanische haben, eine solche haben wollen, zeigt nur, daß die's nicht begriffen haben oder vielleicht "durch ihre Situation dazu gezwungen" werden, etwas zu wollen, was sie gar nicht wollen sollten.) Deshalb rasch noch die Parole "Offene Grenzen für alle" aufgehängt, oder noch besser "Nie wieder Deutschland", und weiter Foucault gelesen.

Politik ist das keine, und eine gesellschaftliche Bewegung entsteht so auch nicht. Aber das macht ja nichts. Wir wollen ja nicht mit den falschen Leuten in derselben Reihe stehen. Auch eine an sich erfreuliche Aktion, die Unterschriftensammlung "gegen die doppelte Staatshörigkeit" ("auch Bayern haben ein Recht auf Sprachunterricht und Integration"), zeigt die Grenze linker Mobilisierungsfähigkeit auf: Gegen die CDU geht, für die Reform geht nicht. Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß derzeit eine linke Kampagne denkbar wäre: "Wir wollen in einem Einwanderungsland leben und nicht in einem muffigen Apartheid-Staat. Diese Leute brauchen Pässe." Denn damit würden wir ja, huch, ein besseres Deutschland entwerfen, und das geht nicht. Schade aber auch.

Radikal deutsch

Rasse, Volk und Nation sind seit 1989 in Bewegung geraten. Die Rassifizierung von Politik, von der Ruth Frankenberg schreibt, findet auch bei uns statt. Sie überlagert sich mit der politischen Notwendigkeit, den spezifisch deutschen Blut-und-Boden-Rassismus völkischer Prägung zugunsten eines europäischen Rassismus westlicher Prägung abzuschaffen. In der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts kreuzen sich zwei verschiedene politische Tendenzen: die Modernisierung und möglicherweise Zementierung von "insiderness" versus "outsiderness", und die Aufweichung und möglicherweise Schwächung von "Deutschtum" und "Whiteness".

Alle derzeit in diesem Kuddelmuddel konkurrierenden



Lösungsvarianten sind auf ihre Art "radikal deutsch". Die CDU (die damit den Rechtsradikalismus wieder in ihr Schleppnetz zurückholt) setzt darauf, daß deutsch deutsch bleibt, völkisch wie eh und je, und Europa hat sich um einen solcherart "radikal deutschen" Kern zu gruppieren oder gar nicht. Die Variante Rot-Grün setzt auf die Vision eines von seinen völkischen Rückständen und seiner unangenehmen Geschichte befreiten "neuen Deutschland", das seine deutschen Machtansprüche im europäischen Kontext desto radikaler verfolgen kann, weil diese Machtansprüche nicht mehr als völkisch-dumpf denunziert werden können. Und die radikale Linke hält sich raus. Ihr ist die Kritik am neuen nationalen "insider-Regime" als Grundkonzept der rot-grünen Ära wichtiger, als die konkreten antirassistischen Veränderungen, die sich aus der Reform des Staatsbürgerrechts (und weiteren Reformen, etwa der Schaffung eines unabhängigen Aufenthaltsrechts für Frauen) ergeben könnten. Es ist Ausdruck des Deutschtums und der "Whiteness" der radikalen Linken, daß ihr, wenn man sich denn entscheiden muß, der Antinationalismus vor dem Antirassismus kommt.

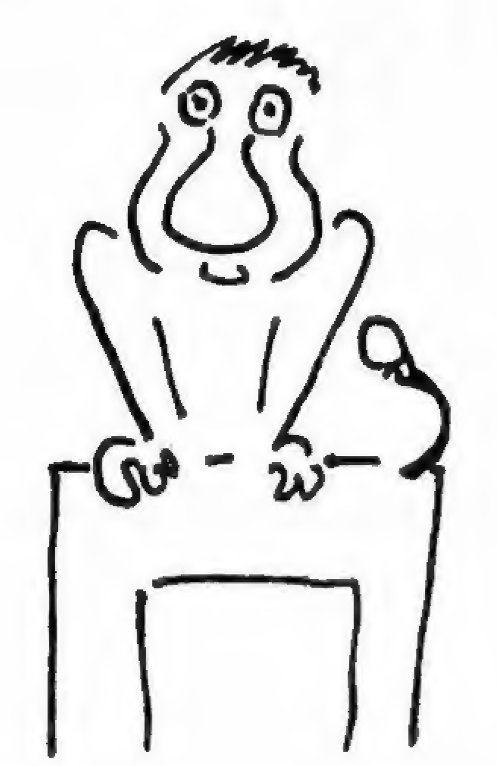
Antirassismus mit deutscher Gründlichkeit

Die Auseinandersetzung der deutschen Linken mit Rassismus ist relativ jung. Der falschen Überzeugung, sich um Rassismus nicht kümmern zu müssen, folgt die falsche Zielsetzung, diesen (illusionären) Zustand paradiesischer Unschuld wieder herstellen zu müssen, und zwar ganz oder gar nicht. Das Erfahrungsdefizit paart sich mit deutscher Gründlichkeit. Man weicht noch aus vor den typischen Erfahrungen, die anderswo auch gemacht werden mußten: Daß Rassismus weder gesellschaftlich "abgeschafft" noch individuell "überwunden" werden kann ("jetzt ist er wieder weg"), sondern Antirassismus ein Prozeß ist, zu dem viele Reformen, viele Auseinandersetzungen und viele Fehler gehören. Daß das Kriterium des Antirassismus, ebenso wie antipatriarchaler Politik, nicht die Revolution ist, sondern konkrete Interessen. Und daß Antirassismus nicht nur gefragt ist, wenn es sich bei "den anderen" um besonders rettungswürdige Opfer handelt, sondern auch, wenn es um ganz normal etablierte Leute geht wie du und ich. (Der Untätigkeits-Formel "Den illegalen Flüchtlingen nützt das gar nichts mit der Doppelten Staatsbürgerschaft" entsprechen auf dem Feld antipatriarchaler Politik Killerphrasen wie "Die Frauen in Südostasien sehen das aber anders".)

Zum Bereich notwendiger Fehler und unvermeidlichem Glatteis gehört schließlich auch, daß Antirassismus sowas wie eine positive Vision braucht. Obwohl man täglich relativ viele trifft, sind deutsche Deutsche in der Welt eine verschwindende Minderheit. Es ist relativ unwahrscheinlich, daß sich alle interessanten Leute, alle interessanten Erfahrungen, alle kulturellen, intellektuellen und sozialen Anregungen in dieser Minderheit befinden. Es gibt viel Deutsches loszuwerden und viel Nicht-Deutsches aufzunehmen, gesellschaftlich wie individuell.

Die vor einigen Jahren populäre "Multikulti"-Philosophie ("Ich finde Ausländer gut, weil ich gerne türkisch oder libanesisch essen gehe") ist von der radikalen Linken zu recht kritisiert worden. Die "Anderen" als Farbklecks, als sozialer Konsumartikel für "uns", das ist natürlich ein zynischer Standpunkt. Wenn daraus jedoch mit deutscher Gründlichkeit gefolgert wird, jedes Interesse am "Anderen", jede Lust auf ein weniger deutsches Deutschland müßten als Motivation ausscheiden (weil eine solche Motivation eigennützig sei, im Prinzip rassistisch und als Vision schönfärberisch), wird die Sache schief. "Wir" sind dann wieder die Übermenschen, die nichts brauchen, in preußischer Pflichterfüllung handeln, und kein Bedürfnis nach Veränderung und Grenzüberschreitung haben. Lou Reeds "I wanna be black" ist sicher keine politisch korrekte Parole, aber ganz ohne Neugier und "Begehren" (wie Audrey Lorde es nennt) geht's auch nicht. Etwas konkrete Sehnsucht nach einem Deutschland, das "schwärzer", nicht-deutscher, anders definiert ist, ist kein Sakrileg. Auch in diesem Sinne gilt: Vorn ist derzeit da, wo die Beckers sind.

White Noise



Liebe Genossen! Liebe -innen!
Wir sind ja wirklich wie von Sinnen.
Wir sind erdrückt von so viel Fragen
die wir in unsern Beuteln tragen.

Ist Marx passée? Oder nur Lenin?
Der Sozialismus - nun, wir sehn ihn
taumeln, wanken. Doch auch stürzen?
Reicht es, ihn etwas zu kürzen?



Und der Rassismus: Wie entsteht er?
Wo kommt er her? Und: wohin geht er?
Der Faschismus, ist er tot?
Lebt er? Gibt's ihn auch in Rot?
Ist Feminismus mehr als PorNo?
Und was sagt überhaupt Adorno?

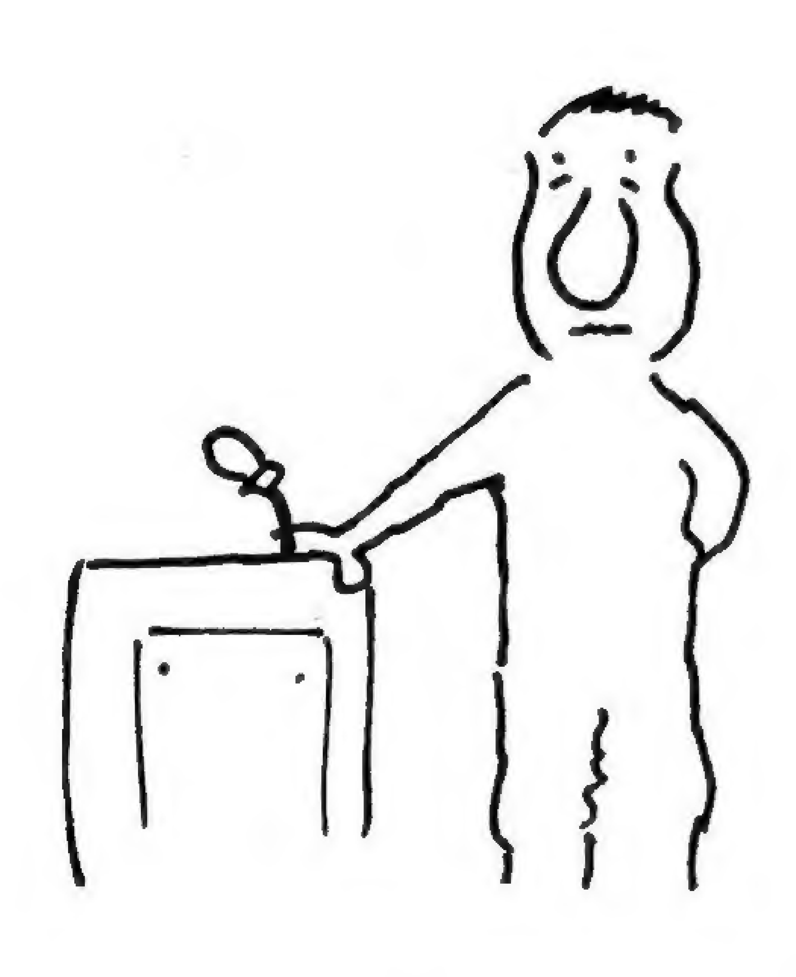


Kapital, du Ungeheuer:
zähmt dich wohl die Tobin-Steuer?
Wenn Türken wählen: wem's wohl nützt?
Ob Blumfeld wohl vor Herpes schützt?

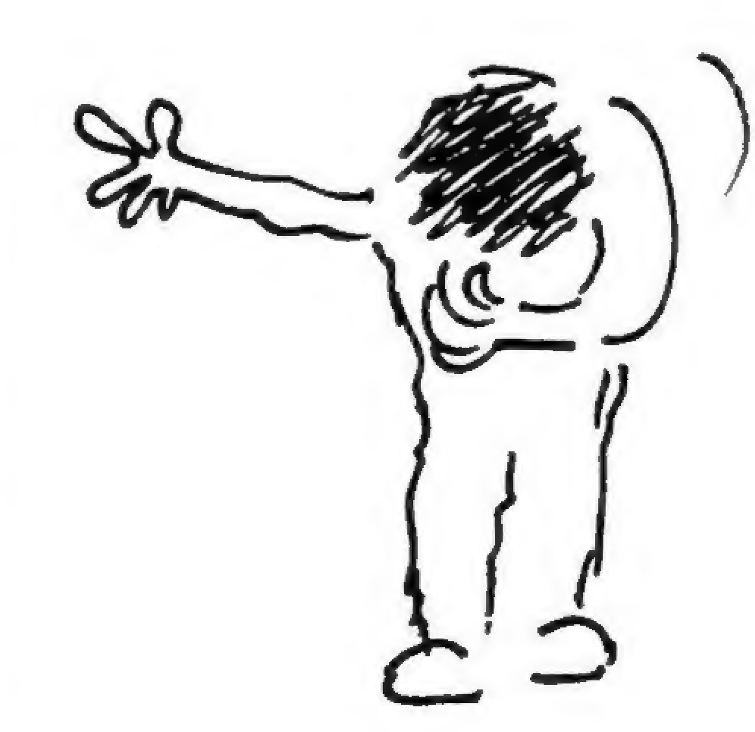
Ist unser Hoffen leerer Hohn?
Verblendung? Lohnt Revolution?
Solln wir noch unsrer Sache dienen?

Ich weiß es nicht.

- Ich danke Ihnen!









Vorn ist, wo sich die Mitte abstrampelt

Der Kampf um das kosmopolitische Image

by Claudia Bernhard

Wer oder was ist denn vorn?! In puncto moderne Gesellschaft hinkte Deutschland der Entwicklung immer hinterher. Unsere neue Bundesregierung gibt sich nun alle erdenkliche Mühe das zu ändern. Ein moderner Staat ist konkurrenzfähig, wettbewerbsfähig und dazu gehört auch integrationsfähig. Integration entsprechend gelenkt unterwandert nicht, sondern stabilisiert, im Grunde ein alter Grundsatz des demokratischen Rechtsstaats. Die doppelte Staatsbürgerschaft ist insofern längst überfällig, erst recht mit Blick auf den europäischen Vergleich. Und sie wird nicht gerade leichtfertig verschleudert, 30 Jahre soll muß man/frau hier gelebt haben oder eben hier geboren sein. Und letzteres steht ja bekanntlich im Kreuzfeuer der Kritik. An das Recht qua Geburt auf einen deutschen Pass können sich die Konservativen bis Rechtsextremen nicht gewöhnen und ziehen die Notbremse.

Zugegeben, demgegenüber ist das linke Engagement in Fragen der doppelten Staatsbürgerschaft nicht gerade sehr hoch. Aber in welchen Fragen ist es das zur Zeit? Abgesehen davon war es noch nie ein Thema der radikalen Linken. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen standen auf der eher praktisch orientierten Seite die Asylgesetzgebung, die Situation von MigrantInnen, die Abschiebepolitik, und auf der theoretischen hat allmählich die Aufarbeitung des eigenen Rassismus begonnen. Vieles davon war verquer, einseitig, nabelschauartig, durchtränkt von Stellvertreterpolitik und meinetwegen politisch überkorrekt, aber verknüpft mit einer grundsätzlichen Kritik an diesem Staat und seinen Institutionen und auch an seiner Blut- und Boden-Ideologie.

Das Thema doppelte Staatsbürgerschaft hat mindestens zwei Seiten, es gibt die unbedingte Entschlossenheit endlich zum modernen europafähigen Nationalstaat durchzustarten. Andrerseits hat sie unbestritten emanzipative Anteile. Es ist ein Fortschritt, wenn die Staatszugehörigkeit nicht mehr nur vererbt werden kann. Von Vorteil für diejenigen, die Jahrzehnte hier leben oder hier geboren werden. Aber mindestens ebenso wichtig ist die Ausformulierung der Bedingungen an die sie geknüpft wird, denn daran zeigt sich in welch engen Grenzen sich die Integration abspielen darf.
Für die Ausgrenzung gibt es schließlich noch genügend andere Instrumentarien. Also zieht die Politik der Mitte geruhsam ihrer Wege. Das war jedenfalls so gedacht. Konnte man/frau ahnen, daß sie so tief sinken würde, dass Schröder und sein Clan zu solchen lächerlichen Varianten in der Lage sind? Die aktuell diskutierte Kompromißlösung spottet wirklich jeder Beschreibung: Quasi die doppelte Staatsbürgerschaft für Kinder, spätestens ab dem 23. Lebensjahr muß eine Staatsbürgerschaft gewählt werden oder sie wird zugeteilt (übrigens ein alter FDP Vorschlag). Das ist nur noch die Karikatur einer Reform. Und es steht in einem Kontext, der gekennzeichnet ist durch das Tauziehen um Restriktionen, Beschränkungen und Auflagen.
Wie sieht es aus mit dem eigenständigen Aufenthaltrecht für Frauen, mit Arbeits- und Aufenthaltgenehmigungen, mit der Anerkennung von Asylanträgen? Stichwort Frauenhandel, Frauen werden verschleppt, mißhandelt, in die Prostitution gezwungen, allein weil ihre Anwesenheit illegal ist, sie leben in einem rechtlosen Raum, an dem sich erstmal nichts ändert.
Selbstverständlich wäre es auch falsch das gegeneinander auszuspielen. Der Fehler ist oft genug gemacht worden. Aber man/frau muß die Zusammenhänge und die Unterschiede, die gemacht werden im Auge behalten.
Letztendlich ist beides richtig, die Ausweitung der rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, wo sie sich nur bieten, jedes Reförmchen anzuwenden, ohne die Reproduktionswut des Systems, die Tücken der modernen Entwicklung zu unterschätzen. Gleiches Recht für alle ist eine Illusion, aber wenn einer bislang ausgeschlossenen Gruppe erweiterte Rechte zugestanden werden, ist das positiv.
Die doppelte Staatsbürgerschaft ist kein Mittel gegen Frauenhandel, oder gegen die hiesige Abschiebepraxis, und sie ist wahrlich kein erster Schritt in diese Richtung. Das geht so wenig auf wie die Argumentation, wenn die oberen Schichten immer reicher werden, würde davon letztendlich auch etwas bei den untersten Schichten ankommen.
Es gibt auch in Bezug auf den Rassismus einen Schere, die sich herausbildet. Dieser Prozeß müßte an einer radikalen Vision gemessen werden, um eine Handlungsfähigkeit von links aufzubauen. Es ist sicher richtig, dass es hier nicht unerhebliche Defizite gibt. Die doppelte Staatsbürgerschaft wird kommen, so wie das Wahlrecht gekommen ist, Schrittchen für Schrittchen und immer erst dann, wenn es nicht weh tut.
Nichts anderes will auch die Kampagne von Boris und Co, wir müssen moderner werden, es ist zu vorsintflutlich unser Staatsbürgerrecht, das ist so zutreffend wie unzulänglich. Und diese Modernisierung werden doch die Rot-Grünen auf die Reihe kriegen, das ist doch schließlich ihr Job, oder ?!

Blut, Boden & Staat

Wie Menschen Deutsche werden

by Frank Oliver Sobich

Seit im Oktober 1998 orange-oliv regiert wird, gibt es Streit: um die eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts. Während die CSU und die Nazis den Untergang Deutschlands befürchten, die CDU den Bürgerkrieg kurz vor der Tür stehen sieht, glauben SPD und Bündnis 90/die Grünen, endlich für inneren Frieden und dauerhafte Integration zu sorgen. Und alle, die bisher Rassismus am Abstammungsprinzip des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts festgemacht haben, können (zumindest ein bißchen) zufrieden sein. Wieder ein Schritt in Richtung normale westliche Demokratie. Aber worum geht es eigentlich in Wirklichkeit?

"Schaffung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts"

In der Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/ die Grünen (1) heißt es: "Wir erkennen an, daß ein unumkehrbarer Zuwanderungsprozeß in der Vergangenheit stattgefunden hat und setzen auf die Integration der auf Dauer bei uns lebenden Zuwanderer, die sich zu unseren Verfassungswerten bekennen." (2) Recht eindeutig erklärt die momentane Regierungskoalition, daß sie keineswegs *für* Zuwanderung ist. Sie erkennt an, daß eine Zuwanderung in der Vergangenheit stattgefunden hat. Die, die hier sind, und bleiben werden, sollen integriert werden. Dazu, und nur dazu, dient die Reform: "Im Zentrum unserer Integrationspolitik wird die Schaffung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts stehen."
Geplant war, daß Kinder ausländischer Eltern mit der Geburt in Deutschland die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten, wenn ein Elternteil bereits im Land geboren wurde und über eine Aufenthaltsgenehmigung verfügt.
Wer für seinen Unterhalt selbst sorgt und noch nie mit dem Gesetz in Konflikt geraten ist und zu einer bestimmten Gruppe von AusländerInnen gehört, bekommt einen Einbürgerungsanspruch. Dann folgt jener Kernsatz, der überhaupt zum Streit geführt hat: "In beiden Fällen ist der Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit nicht von der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit abhängig."
Desweiteren enthält der Gesetzesentwurf mehrere Gemeinheiten für SozialhilfebezieherInnen und MigrantInnen.

Wer gehört nun dazu?

Das Staatsangehörigkeitsrecht legt fest, wer Staatsbürger/in ist und werden kann. In allen Staaten der Welt gilt das ius sanguinis, das Recht des Blutes: Wer von einem Staatsangehörigen abstammt, wird im Regelfall Staatsangehörige/r (3). Zusätzlich haben sehr viele Staaten das ius soli, das Recht des Bodens: Wer auf dem Staatsgebiet geboren wird, wird Staatsbürger/in. Daneben kennen die meisten Staaten noch die Möglichkeit, sich einbürgern zu lassen. Sehr oft kann mensch auch durch Heirat oder Adoption Staatsbürger/in werden.
Eine Besonderheit gegenüber anderen Ländern ist, daß das ius sanguinis "im deutschen Recht nicht durch den ius soli-Grundsatz eingeschränkt ist, sondern in reiner Form gilt, was man sonst kaum in den Staatsangehörigkeitsgesetzen anderer Länder findet"(4). Die deutsche Volkszugehörigkeit wird nach herrschender Lehre "im objektiven Teil durch ethnische Merkmale bestimmt, erfordert aber zusätzlich ein subjektives Bekenntnis zu dem durch diese Merkmale geprägten deutschen Volkstum in der Heimat"(5). Für alle mit den falschen 'ethnischen Merkmalen' gilt verschärft, daß die zuständige Behörde überprüft, "ob der Bewerber einen wertvollen Bevölkerungszuwachs darstellt. ... Eine Abwägung zwischen den Interessen der Bundesrepublik Deutschland ... und den persönlichen Interessen des Bewerbers findet grundsätzlich nicht statt"(6). Erwartet werden vom Einbürgerungsbewerber die "freiwillige und dauernde Hinwendung zu Deutschland, Grundkenntnisse unserer staatlichen Ordnung und ein Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung"(7). Die deutsche Rechtspraxis ist "ausgesprochen restriktiv gegenüber ausländischen Einbürgerungsbewerbern"(8).
Seit dem Abriegeln der Staatsgrenze der DDR 1961 hatte die BRD ihren Arbeitskräftebedarf durch das Anwerben von ausländischen ArbeiterInnen gedeckt. Entgegen der Intention des Gesetzgebers und auch der Zuwandernden wurde daraus eine dauerhafte Wohnbevölkerung der BRD. Und zwar trotz entgegengesetzer Bemühungen der Politik (1973 Anwerbestop, 1983 Rückkehrförderungsgesetz etc.). Das 'Problem' liest sich in den Augen der deut-

schen Politik so: "Die Personalhoheit des Heimatstaates [tritt] in eine Konkurrenz mit der Territorialhoheit des Aufenthaltstaates"(9). Zweitens vermuten Politiker Loyalitätsprobleme bei einer Wohnbevölkerung, die zwar im Alltag zur Gesellschaft dazugehört, rechtlich aber weiter außen vor bleibt. "Dabei geht es den Autoren des neuen Staatsbürgergesetzes gerade um die Befriedung der Konflikte, die von Ausländern in den Ballungszentren deutscher Städte ausgehen", behauptet der Spiegel 2/99.
Es ist genau diese Diagnose, die die BefürworterInnen einer Reform umtreibt: Weil die AusländerInnen nicht als deutsche StaatsbürgerInnen anerkannt seien, seien sie auch nicht vollwertige Gesellschaftsmitglieder — durch diese Erfahrungen mangele es ihnen an Identifikation mit der bestehenden Ordnung, an deren Regeln sie sich darum auch nicht halten. *So gefaßt ist die Debatte über die Einbürgerungserleichterungen nur die 'progressive' Kehrseite der Ausländerkriminalitäts-Diskussion.* Daß AusländerInnen kriminell seien, bestreitet die neue Bundesregierung gerade nicht. Sie hat nur einen alternativen Vorschlag, die angeblichen Ursachen dieser angeblichen Entwicklung zu beseitigen. Das waren noch Zeiten, als FDP-Abgeordnete sagten: "Ich habe im Übrigen nie verstanden, daß die Unbescholtenheit zum staatsbürgerlichen Jungfernkranz werden soll, während Deutsche straffällig werden dürfen" (10). Heute ist klar: Wer im Gefängnis saß, wird nie ein guter Deutscher.
Zusätzlich kommt bei Zivilgesellschafts-Fans noch die Besorgnis, die Erfahrungen mit dem Alltagsrassismus in einer westlichen Demokratie könne die heranwachsenden AusländerInnen aufgrund von Identitätsproblemen in die Arme des islamischen Fundamentalismus und/oder einer Spielart eines auswärtigen Nationalismus treiben: "Es geht um ein überfälliges Signal gegen die zunehmende Neigung gerade bei jungen Ausländern, sich aus Frust und Enttäuschung von dieser Gesellschaft abzukoppeln, Zuflucht bei gewaltbereiten Gruppen oder in fundamentalistischen Strömungen zu suchen. ...", erklärte Cornelia Sonntag-Wolgast (SPD) im Deutschen Bundestag.

Der Staat und sein Volk

Der moderne Staat ist das Monopol der Gewaltausübung in einem bestimmten Gebiet, über die Personen, die sich dort aufhalten. Sie befinden sich damit automatisch in einem Rechtsverhältnis zu diesem Staat. Ihr Aufenthalt ist entweder ein rechtlich garantierter, ein ihnen zustehendes Recht, weil sie StaatsbürgerInnen sind. Oder es ist eine Analogie zu diesem StaatsbürgerInnenrecht aufgrund internationaler Verträge (z.B. EU-AusländerInnen). Oder es ist ein staatlicher Gnadenakt, der jederzeit rückgängig gemacht werden kann (Flüchtlinge, TouristInnen). Oder aber sie befinden sich illegal auf dem Gebiet des Staat und ihr Aufenthalt wird als Rechtsbruch betrachtet.
Die Festlegung, wer zum Volk eines Staates gehört und wer nicht, ist eine Gewaltfrage aller erster Güte. Sie ist nahezu ebenso zentral, wie die Frage, auf welches Gebiet sich die Staatsgewalt erstreckt. Hier wie da stoßen Staaten auf andere Staaten und deren Definitionen ihres jeweiligen Staatsvolks und Territoriums. Jeder Staat verfügt über eine Ausländer- oder Fremdenrecht, und im Regelfall versagt er Personen, die ihm nicht als Staatsangehörige angehören, bestimmte Rechte, die er (zumindest auf dem Papier) den Angehörigen seines Volkes garantiert. In demokratischen Staaten, gehört die Frage, wer zum Volk gehört, zu den wichtigsten überhaupt.
Das Staatsangehörigkeitsrecht sortiert: In die, die nur Verfügungsmasse der Staatsgewalt sind, weil sie sich im Staatsgebiet aufhalten. Und in die, die Teil des Kollektivs sind, das den Zweck des Staatshandelns abgeben soll. Darin ist schon enthalten, daß die einzelnen StaatsbürgerInnen nicht individuell Zweck sind, sondern sich ihre Interessen und Bedürfnisse nach dem zu richten haben, was der Staat als Wohl, Nutzen und Schaden des deutschen Volkes bestimmt.
Der bürgerliche Staat hat einen harten Job: Er will die Gesellschaft und Wirtschaft seines Landes am Funktionieren erhalten. Interessenskollisionen mit seinen BürgerInnen und mit anderen Staaten sind da unvermeidlich. Darum hat der Staat ein Interesse an der Dauerhaftigkeit und Unbedingtheit der Zuordnung seiner BürgerInnen:





Von wem ein Staat im Kriegsfall verlangen kann, die staatlichen Interessen mit der Waffe in der Hand durchzusetzen, ist ebenso eine Frage der Staatsangehörigkeit, wie die Frage, wer die Regierung wählen darf, die über Krieg und Frieden entscheidet.

In Staaten, die ihre Existenz von einem "Volk" oder einer "Nation" herleiten, stellt sich unmittelbar die Frage, wer das eigentlich ist. In Wirklichkeit schafft der Staat immer erst das Volk, und alles was da ansonsten erzählt wird ist Ideologie. Nationen und Völker sind keine überhistorischen Naturtatsachen oder nur einfache unbestimmte Formen von Gesellschaft. Sie sind das ganz moderne Verhältnis des Staats zum Kollektiv seiner Angehörigen. In der Begründung, *warum* eine bestimmte Anzahl von Menschen nun gerade in einem Staat zusammenleben soll, lassen sich drei verbreitete Varianten unterscheiden.

Ganz klassisch ist die Vorstellung, der Nationalstaat sei ein Zusammenschluß der BürgerInnen zum gegenseitigen Nutzen. Das heißt: Er ist ein Willenszusammenhang für „life, liberty and the pursuit of happiness". Abweichend von diesem Konzept und politisch gegen es gerichtet, ist die Vorstellung. die Menschen, die eine Nation oder ein Volk bildeten, gehörten aufgrund ihrer Kultur und ihrer Sprache zusammen. Schließlich gibt es da noch den Irrsinn, der Staat sei eine Gemeinschaft physisch und psychisch gleichartiger Lebewesen. Das biologische Wesen des Menschen soll ihn dazu verdammen, nun mal in diesem und keinem anderen Staat zu leben.

In jedem Nationalismus schlummert die Tendenz, die Menschen, *mit denen* die Nation gemacht wird, zum Grund des Nationmachens zu verklären: Daß die betreffenden Menschen den gemeinsamen *Willen* zur Nation deswegen haben, weil sie aus *anderen Gründen* zusammengehören: Kultur, Sprache, Geschichte und was als Gemeinsamkeit in den entsprechenden theoretischen Arbeiten noch behauptet wird. Die Radikalisierung dieser Essentialisierung ist es dann, zu behaupten, daß deutsche Kultur und Sprache nur Ausdruck der physischen und psychischen Gleichartigkeit der Deutschen seien. Der völkische Nationalismus ist keine deutsche Spezialität, seine Dominanz und daß er Staatsstandpunkt war, schon.

Der Streit: 'Integration" *vor* oder *durch* Einbürgerung?

Für die Integration wegen sozialem Frieden sind beide Seiten: "Die Integration der dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland lebenden ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger ist für die Zukunft und den inneren Frieden unseres Landes von großer Bedeutung", heißt es im Text zur Unterschriftenaktion der CDU/CSU (11). Und Bundesinnenminister Schily erklärte "Wir haben stets deutlich gemacht, daß wir der Integration der hier auf Dauer lebenden Ausländerinnen und Ausländer große Bedeutung für den Erhalt des gesellschaftlichen Friedens beimessen".(12)

Auch in den Ansprüchen, die der Staat anmeldet, an die, die eingebürgert werden wollen, sind sich CDU/CSU und SPD/Grüne durchaus einig. Passend zum Vorstoß der CDU/CSU, Einbürgerungskandidaten auf das Grundgesetz schwören zu lassen, hat Bundesinnenminister Schily schon verkünden lassen: "Selbstverständliche Voraussetzung für eine Einbürgerung ist die strikte Loyalität gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung, wie sie im Grundgesetz und der deutschen Rechtsordnung festgelegt ist".

Doch die CDU argwöhnt, daß die SPD das gar nicht ernst meint: "Zur Beruhigung der Öffentlichkeit enthält der Gesetzentwurf der Schröder-Regierung einige Sicherheitsklauseln. Bei Licht besehen sind sie allerdings wirkungslos. So wird z.B. die Verfassungstreue des Einbürgerungsbewerbers nicht überprüft". Die CDU hält grundsätzlich Mißtrauen gegenüber den Einbürgerungskandidaten für angesagt — und wer den Ausländern gegenüber so entgegenkommend ist, der kann es mit der Überprüfung gar nicht ernst meinen. Das radikalisieren dann die Republikaner, die aus der angeblich bösen Tat gleich die böse Absicht machen: "Wenn es nach Schily und Co geht, sind wir bald nicht mehr Herren im eigenen Haus. Offenbar soll die deutsche Nation auf diesem Wege durch eine multiethnische Konfliktgesellschaft ersetzt werden"(13).

In der CDU/CSU ist der Verdacht lebendig, AusländerInnen könnten aus anderen, staatlicherseits gar nicht gebilligten Gründen deutsche StaatsbürgerInnen werden wollen. Die deutschen Konservativen machen ja auch ansonsten Front gegen das liberale Märchen von der Zugewinngemeinschaft Staat. Wer Werbung für den uneigennützigen Dienst am Staat machen will, der wird die potentiellen StaatsbürgerInnen mit noch viel größerer Skepsis als die normalen Deutschen betrachten: Ein Nationalismus, der sich nur der Spekulation auf individuelle Vorteile verdankt, ist nun mal kein Fundament für einen Staat, der eine Fülle von Zumutungen für seine BürgerInnen bereithält. Der Verdacht vergrößert sich noch, wenn der Einbürgerungskandidat seiner Zugehörigkeit zu einem anderen, konkurrierenden Souverän nicht entsagen will. "Integration bedeutet das Bemühen, in unserer gesellschaftlichen Wirklichkeit heimisch zu werden, und kein unverbundenes Nebeneinander auf Dauer. Integration fordert eine klare Entscheidung für Deutschland als neue und dauerhafte Heimat", heißt es in einem CDU-Flugblatt(14). Gefordert ist die begeisterte Anpassungs- und Aufopferungsbereitschaft für den deutschen Staat und seine Gesellschaft. Die CDU/CSU verlangt als Voraussetzung der Glaubwürdigkeit die Unterwerfung unter ein langwieriges und teures Verfahren, sowie die Abgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit.

Die linke Lüge: Deutschland wird zur Willensgemeinschaft

Aus bislang ungeklärten Gründen wird das ius soli in der öffentlichen Debatte mit dem Konzept der Nation als



einer Willensgemeinschaft in Zusammenhang gebracht. Im Spiegel heißt es über die geplante Reform:" Es ist zugleich ein Schritt weg vom deutschen Nationalstaatsgedanken, ein Schritt in die multikulturelle Bürgergesellschaft, die im Gemeinwesen jeden mitmachen läßt, der mitmachen will"(15). Na prima: Dann kann ja demnächst jeder seinen Paß selber drucken und die Flüchtlingswohnheime werden aufgelöst. Aber von wegen! Ob der Wille, den jemand hat, etwas zählt, bestimmt immer noch der Staat.
Aber jenseits dessen: Die Geburt auf einem Staatsgebiet hat mit dem Willen eines Menschen so wenig zu tun, wie dessen Abstammung. Beides kann er oder sie sich nicht aussuchen.
Es geht in Wirklichkeit gar nicht um Blut oder Willen. "Reichsbürger ist nur der Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes, der durch sein Verhalten beweist, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem Deutschen Volk und Reich zu dienen"(16), heißt es im zuständigen Nazi-Gesetz. Das heißt: Es geht eher darum, wem man den Willen zur Nation zutraut — und hier herrcht bei völkischen und kulturalistischen Nationalisten gerade ein Mißtrauen, ob Menschen mit dem 'falschen' Blut oder einem anderen kulturellen Hintergrund überhaupt glaubwürdig sind.

Die rechte Lüge: Zuwanderung durch Reform

Die rechte Befürchtung unterstellt, daß alle AusländerInnen Deutsche werden wollen, und nun angeblich durch die Reform dies auch können — was wirklich Quatsch ist. Die CDU/CSU wirbt für ihre Kampagne mit der Angst vor einer weiteren Zuwanderung. Die ist zwar politisch gar nicht gewollt: "All das hat nichts mit einer erneuten und vermehrten Zuwanderung zu tun. Diese wollen wir nicht. Wir wollen einen Beitrag zur Integration hier längst heimisch Gewordener leisten, zu Partnerschaft und gegenseitiger Achtung"(17), erklärte die SPD-Abgeordnete Sonntag-Wolgast bereits 1997 die heutige Regierungslinie. Mit der Verleihung der Staatsbürgerschaft hat Zuwanderung *wenig*, mit der Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft durch den deutschen Staat *nichts* zu tun. "Doppelstaatler können unter erleichterten Bedingungen ihre ausländischen Familienangehörigen nachkommen lassen", lügt die CDU(18). In Wahrheit ist dies für deutsche StaatsbürgerInnen möglich, egal ob und wieviele Staatsbürgerschaften sie zusätzlich besitzen. Ein Schuh wird aus der Argumentation nur so: Wird weiterhin auf die Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit bestanden, dann werden weniger Personen deutsche StaatsbürgerInnen. Und darum haben weniger Ex-AusländerInnen ein Anrecht auf Familienzusammenführung. Diese rassistische Spekulation mag sogar wahr sein.
Verlassen kann sich die CDU/CSU auf den rassistischen Fundamentalismus der unterschriftswilligen BürgerInnen. Die glauben gar nicht, daß jemand Deutsche/r werden kann, sondern daß mensch Deutsche/r *ist* oder eben *nicht ist*. Ein Standpunkt auf den so radikal sich nicht mal die Nazis gestellt haben. Die Betreffenden lesen denn auch ihre Unterschrift gegen die Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft gar nicht als Debattenbeitrag zu einem anderen Integrationskonzept. Sie erteilen der Anwesenheit von AusländerInnen ziemlich prinzipiell eine Absage, weil sie ihnen eine Integration in die deutsche Gesellschaft nicht zutrauen. Die wollen sie auch nicht, weil sie darin einen einzigen Anschlag auf den Charakter des deutschen Volkskörpers sehen.

... irgendwie gewinnt immer die FDP

In Hessen haben die WählerInnen relativ knapp eine CDU/FDP-Koalition zur Landesregierung gewählt: Die CDU hat kräftig zugelegt, die SPD ein bißchen gewonnen, die Grünen und die F.D.P. ordentlich verloren. Was das mit der Debatte über die doppelte Staatsbürgerschaft zu tun hat, ist aber die Frage: Ob alle, die letztes Mal grün gewählt haben, und dieses Mal nicht, das gemacht haben, weil sie das bisherige Staatsangehörigkeitsrecht so toll fanden, ist völlig unklar — gefragt hat sie ja keineR. Warum die Hessen-Wahl, bei der die FDP Stimmen verloren hat, nun gerade ein Argument dafür sein soll, quasi den FDP-Entwurf in Zukunft zum Recht zu machen, wie das die SPD ankündigt — ist eine Frage, mit der sich die PolitologInnen herumschlagen sollen.
Jedenfalls: Die Wahl wird als mehrheitliche Absage der BürgerInnen an eine Regelung gelesen, die als zu großzügig gegenüber AusländerInnen gilt. Also soll Gesetz werden: Zwischen 18 und 23 müssen sich die Neu-BürgerInnen mit einem zusätzlichen Paß für einen von beiden entscheiden. Ob das verfassungsmäßig überhaupt geht, ist die Frage. Was mensch die ErzdemokratInnen schon gar nicht mehr fragen mag: Gilt in Bundesländern mit abweichendem Wahlergebnis eigentlich ein anderes Staatsangehörigkeitsrecht? Nein? Na sowas: Da bestimmen die HessInnen wie es woanders zugeht!
Demokratie ist immer die Herrschaft von dem, was der Staat zur Mehrheit *erklärt*. Die Lehre aus Hessen: So ganz ohne das Interesse, den Wahlausgang so und nicht anders zu lesen, käme bei aller erklärter Liebe demokratischer Politiker zum Volkswillen aus der hessischen Landtagswahl nicht raus, was aus ihr herausgeholt wird.
So geht Demokratie: Manchmal ist die eigenwillige Interpretation eines Wahlausgangs ein schöner Grund für den Staat, eine sowieso nur widerwillige 'Hinnahme' wieder sein zu lassen. Von Anfang an hat die SPD den Doppelpaß als leider notwendiges, aber vertretbares Übel angesehen. Nun hat sie sich ganz gerne belehren lassen: Weder nötig, noch vertretbar, finden auch nun aufgeklärte DemokratInnen. Also wird die Reform reformiert, noch ehe sie richtig diskutiert ist. Ärgern müssen sich die Grünen: Sie haben in Hessen nur so viel Prozent gekriegt, wie bei der letzten Bundestagswahl. Was damals ein Regierungsauftrag war, ist jetzt die Verpflichtung, gefälligst zurück-



zustecken. Der Hauptwahlverlierer sind nicht die Grünen. Es ist die Logik.

Die Festung Europa sortiert ihre Insassen neu

Die Differenz zwischen beiden Lagern bezüglich des geplanten Gesetzes ist gerade mal, ob eine automatische Einbürgerung stattfinden soll, oder nur eine Einbürgerungsgarantie gewährt wird, und ob die doppelte Staatsbürgerschaft hingenommen werde soll, oder zumindest der Versuch, der Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit notwendige Voraussetzung bleibt. Die Mobilisierung eines viel fundamentalistischeren Rassismus wegen einer so geringen Differenz ist denn auch mittlerweile einigen CDU/CSU-PolitikerInnen unheimlich geworden.
Pseudo-polit-ökonomisch versucht der Spiegel zu begründen, warum eine Reform des Staatsangehörigkeitsrechts gut für den Standort sei: "Aber das französische Staatsbürgerdenken ... ist praktischer. Denn es macht die Gesellschaft fit, mit den Erfordernissen der europäischen Einigung, der weltweiten Verknüpfung von Volkswirtschaft, Geldströmen, Kulturen und Entscheidungssysteme umzugehen. Nichts Fremdes ist ihnen eigentlich fremd"(19).
Nicht verlegen ist die Gegenseite, um das gleiche Argument für das abweichende Konzept zu bemühen: "Wir sind der Ansicht, daß gerade in Zeiten weltweiter Mobilität das Abstammungsprinzip den besseren Anknüpfungspunkt für die Staatsangehörigkeit und eine größere Integrationsgewähr bietet als der oft nur kurzfristig wirksame Faktoren bestimmte Ort der Geburt"(20), heißt es im Papier "Integration und Toleranz" der CDU/CSU-Bundestagsfraktion — das ist auch kein Argument, denn wer garantiert in Zeiten weltweiter Mobilität noch die Sehnsucht zum Ursprungsland der Eltern heimzukehren, und sich dort zu integrieren?
In Wirklichkeit geht es um anderes.
Die Reformen der Staatsangehörigkeitsrechts in den 80er und 90er Jahre sind begleitet, von einer massiven und brutalen Abschottung der Weltwirtschaftsmächte gegen die Zuwanderung von unerwünschten, das heißt, nicht benötigten Menschen. Noch härter trifft das die Flüchtlinge, die vor den vielfältigen Konsequenzen des Siegeszuges der freiheitlichen Demokratien in die Verursacherländer flüchten wollen.
Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts widmen sich die Siegermächte der Staatenkonkurrenz denjenigen Arbeitskräften, die einstmals ins Land geholt wurden, und nun schlechterdings nicht einfach zurückgesiedelt werden können. Sie, aber eben auch nur noch sie, und niemand zusätzliches mehr, sollen mit dem restlichen Staatsvolk verschmolzen werden — sie sollen integriert und assimiliert werden. Das ist der Umgang der imperialistischen Staaten mit einem Produkt und einer Hinterlassenschaft ihres einstigen Arbeitskräftebedarfs, der nunmehr nicht mehr besteht. Eine freundliche Geste gegenüber den Menschen ist es weder im einen noch im anderen Fall: Klassische ius soli-Länder werden anspruchsvoller (Reform in GB 1984, in Frankreich 1993), klassische ius sanguinis Länder etwas gelassener bei der Gewährung der Staatsbürgerschaft. Die Festung Europa sortiert ihre Insassen etwas neu, orientiert an den politischen und ökonomischen Interessen heute.
Wer draußen bleibt, darf sich mit den politökonomischen Zuständen, die der freie Westen dem Rest der Welt aufgeherrscht hat, herumschlagen. Wer hinein darf, darf beim Standort-Retten mitmachen. Schöne Aussichten.

Literatur:
Jansen, Michael: Sinti und Roma und die deutsche Staatsangehörigkeit. Bonn, Univ., Dissertation 1995.
Klein, Martin A.: Zu einer Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts. Frankfurt a.M./Berlin 1997
Lang, Markus: Grundkonzeption und Entwicklung des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts. Frankfurt a.M. 1990.
Thedieck, Karl: Die deutsche Staatsangehörigkeit im Bund und in den Ländern. Berlin 1989.

Fußnoten:
1 Der Arbeitsentwurf des Bundesinnenministers entspricht dem Koalitionsvertrag.
2 alle weiteren Zitate aus: Koalitionsvereinbarung von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen.
3 Einige Länder wie die USA haben Zusatz-Anforderungen, sofern die Eltern eines solchen Menschen dauerhaft woanders leben.
4 Lang: Grundkonzeption, S.98
5 ebd. S.76
6 Jansen: Sinti, S.146
7 EinbRL Nr.3.1, zit n. Lang: Grundkonzeption, S.62
8 Lang: Grundkonzeption, S.99
9 Thedieck: Staatsangehörigkeit, S.28
10 Abg. Lüder FDP, 11. Wahlp. 144. Sitzung, 12. 5. 1989, S.10724
11 Text zur Unterschriftenaktion. Quelle: http//www.cdu.de/intern/aktion/aktiocgi.html
12 Pressemitteilung vom 13.1.1999. Quelle: http://www.bmi.bund.de/aktuelles/cgi-bin
13 Pressemitteilung v. 13.1.1999. Quelle: http://www.republikaner.de/presse/p00299.htm
14 Flugblatt: "Was spricht gegen den Gesetzentwurf der Schröder-Regierung zur regelmäßigen doppelten Staatsangehörigkeit?" Quelle: http://www.cdu.de
15 „Der Kampf um die Pässe", Spiegel 2/99, S.23
16 RGBl 1935, Teil I, S.1146
17 Abg. Sonntag-Wolgast (/ SPD), BT , 13. WP, 200.Sitzung. 30.Oktober 1997, S.18081
18 Quelle: Flugblatt (Fn. 14)
19„Der Kampf um die Pässe", Spiegel 2/99, S.29
20 CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Integration und Toleranz, Quelle: http://www.cdu.de/politik/news/jr_intut.htm., S.12

Frank Oliver Sobich lebt in Bremen und ist verdienter Aktivist bei JungdemokratInnen/Junge Linke.



Ansichten von einer kulturellen Front

by Ruth Frankenberg

Warum über Whiteness sprechen? Birgt das nicht die Gefahr, Whiteness wieder ins Zentrum zu stellen, anstatt dieses Zentrum aufzulösen; sprechen wir dem Begriff damit nicht eine falsche Wirklichkeit zu, anstatt seine Konstruiertheit aufzuweisen? Aber die Risiken, nicht über Whiteness zu sprechen, sind größer. Whiteness nicht zum Thema zu machen, würde bedeuten, ihre normative "Unsichtbarkeit" fortzuschreiben, anstatt der scheinbaren Universalität weißer Positionen nachzuweisen, daß sie selbst den Interessen einer "Farbe" geschuldet sind. Wir würden damit eine Asymmetrie fortsetzen, die auch viele kritische Analysen über Rassismus und Kultur beeinträchtigt: alle, die nicht weiß sind, werden in ihrem "Anderssein" Thema, ob positiv besetzt oder nicht, während Whiteness selbst außen vor gelassen wird - unhinterfragt, selbstverständlich, monolithisch, unhistorisch. Wer von "ethnischen Communities" spricht, meint "farbige" Communities; Weiße scheinen keine ethnische Community zu sein.

Whiteness ist seit kurzem zum Thema historischer Untersuchungen gemacht worden. Diese Arbeiten bauen auf Elementen der marxistischen und feministischen Geschichtsschreibung auf, um sie gleichzeitig einer radikalen Revision zu unterziehen, und haben die zentrale Bedeutung von Whiteness für die Herausbildung von Nation, Klasse und Imperialismus unterstrichen, sowohl für die USA als auch für Europa. Whiteness wird hier als Schlüsselbegriff sichtbar für den Prozeß, in dem Land genommen und Nationen gebaut wurden - ein Prozeß, in dem die Formierung von Whiteness sowohl als Ursache wie als Folge erscheint. Zu nennen wären die Arbeiten von Reginald Horsman: Race and Manifest Destiny; Theodore Allen: The Invention of the White Race; David Roediger: The Wages of Whiteness; Kathleen Blee: Women of the Klan, und anderen.

Soziologie und Cultural Studies beginnen sich ebenfalls dem Thema Whiteness zuzuwenden. Auch hier geht es sowohl um die Herausbildung von Subjekten als auch von Gesellschaftsstrukturen und Institutionen; auch hier wird deutlich, daß Rasse eine zentrale Kategorie sozialer Strukturierung ist, keine periphere. Obwohl es einige ältere Vorläufer gibt, ist der überwiegende Teil dieser Arbeiten erst in den späten 80ern und in den 90ern geschrieben worden.

Whiteness ist ferner zum Thema geworden in Arbeiten, die sich mit dem Rassismus sozialer Bewegungen auseinandersetzen. Am entwickeltsten sind diese Untersuchungen für den Bereich des Feminismus und der Frauenbewegung. Auch hier sind die meisten Arbeiten erst in den letzten zehn Jahren entstanden; viele davon befassen sich mit der Repräsentation von Whiteness in Kultur und Literatur. Zu nennen wären etwa Adrienne Rich: Disloyal to Civilization; Toni Morrison: Playing in the Dark; Elizabeth Spelman: Inessential Women.

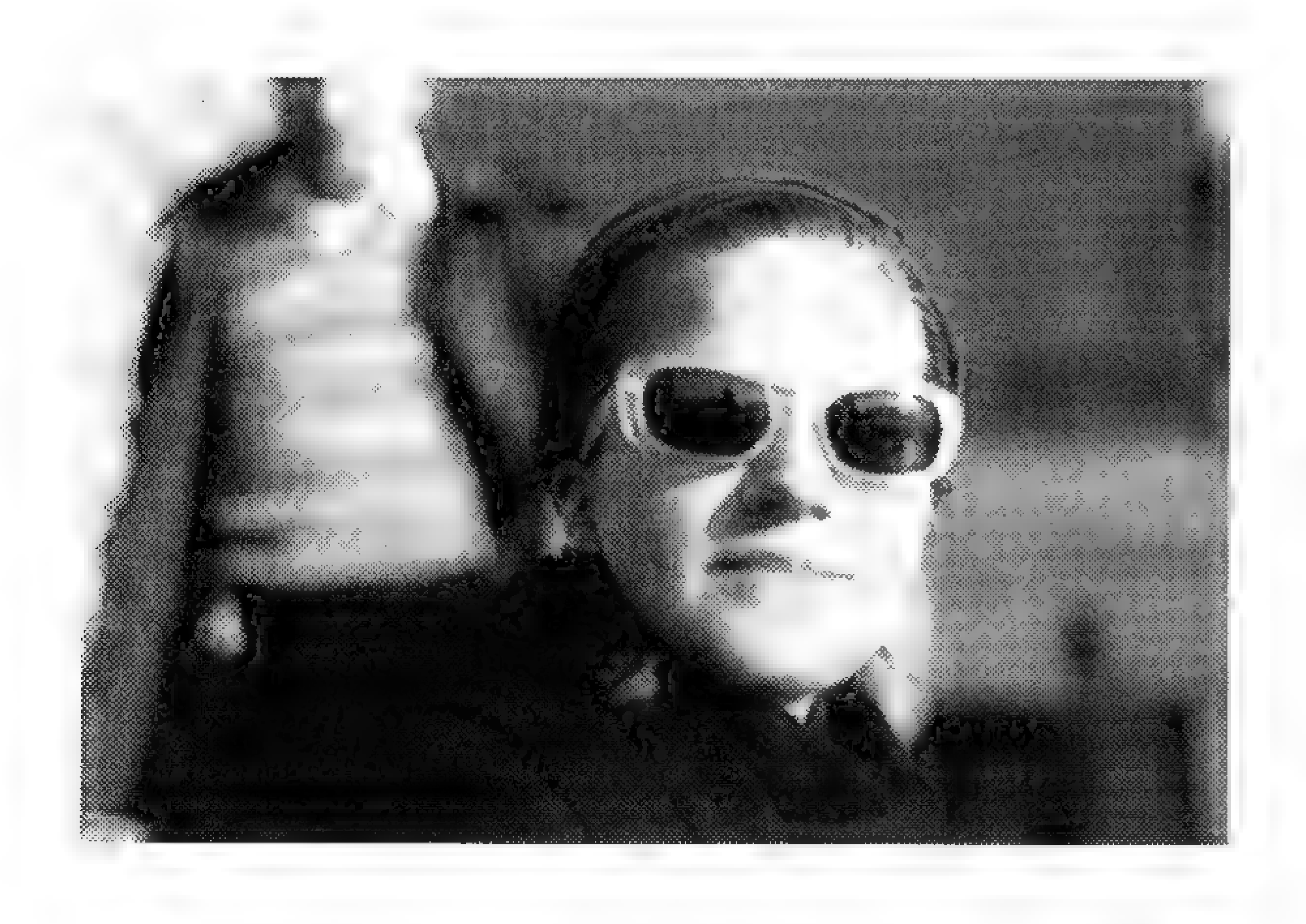
Die Rassifizierung von Politik, Klasse und Geschlecht

Haole, Pakeha, Ghost, Gringo, Wasiku, Honky - das sind einige der Namen, mit denen Nicht-Weiße Weiße bezeichnen. Amerikaner, Brite, Mann, Frau, Weiße Frau, Weiße US-Amerikanerin - das sind einige Namen, mit denen Weiße sich selbst bezeichnen. Zu welchen Zeiten ist Whiteness "sichtbar" und zu welchen "unsichtbar"? Wann ist sie "verschwunden", versteckt in universalistischen Begriffen von Nation, Ethnie, Kultur? Die Rede von der "unsichtbaren Rasse", so zutreffend sie uns oft erscheinen mag, spiegelt selbst eine gewisse historische Blindheit wider. Weißsein ist nur dann und dort "unsichtbar", wo die Überordnung von Weiß über Nicht-Weiß hegemonial geworden ist, und selbst dann bleibt diese Unsichtbarkeit eine instabile Angelegenheit. Zu den Zeiten und an den Orten, wo Whiteness und weiße Dominanz etabliert oder wiederhergestellt werden, sind sie extrem sichtbar. Sie sind keineswegs "unsichtbar" oder einfach "normativ", sondern werden offen benannt und eingefordert.

Hegemonie ist niemals vollständig, niemals gleichförmig. Für die USA beispielsweise mag weiße Dominanz, weiße Normativität, die simple Gleichsetzung von "weiß" und "amerikanisch" in einer Kleinstadt selbstverständlich sein, in einer Großstadt jedoch fraglich. Sie mag in den Vorstädten völlig gesichert sein, in den innerstädtischen Arealen jedoch offen herausgefordert. Es gibt Orte, wo Amerikanertum als "Weißsein" offen und gewaltsam verteidigt wird, etwa an der mexikanischen Grenze. Kalifornier parken ihre Autos im Grenzgebiet so, daß sie mit den Scheinwerfern in die Richtung potentieller Eindringlinge leuchten.







Einwanderungspolitik ist ein Feld, auf dem die Konstruktionen "Rasse", "Nation" und "Kultur" in ständiger Bewegung sind, um Weißsein als unsichtbare Norm zu erhalten und durchzusetzen, und wo andere in wechselnder Folge und Intensität "rassifiziert" werden. Ein anderes Feld ist innen- und sozialpolitischer Art. Das Reden über "Rasse" ist aufs Engste verbunden mit Vorstellungen darüber, wem die Nation legitimerweise "gehört". Es sind die Debatten darüber, ob Einwanderer, insbesondere Nicht-Weiße, das Recht haben zu arbeiten, Besitz zu erwerben, Ressourcen zu benutzen - angefangen von Wasser und Feuerwehr, bis zu Schulen und den sozialen Sicherheitssystemen. Über den Köpfen von Asiaten, Latinos und Chicanos hängt gewissermaßen ein ständiges Fragezeichen, egal ob es US-Bürger oder Leute mit anderem Aufenthaltsstatus sind. Ich, die ich britische Staatsbürgerin bin und auch so spreche, bin dagegen selten mit der Frage konfrontiert worden, ob es denn in Ordnung geht, daß ich Amerikanistik unterrichte.
Auch politische Themen, die augenscheinlich nichts mit Rasse zu tun haben, werden "rassifiziert". In den Vorwahlen für die Kongreßwahlen 1996 galten Kandidaten als "wählbar", wenn sie sich für restriktive Zuwanderungspolitik und für eingeschränkten Zugang von Einwanderern zum Bildungs-, Gesundheits- und Wohlfahrtssystem aussprachen. Andere entscheidende Punkte waren die Positionen der Kandidaten zur Abtreibung, zur Verbrechensbekämpfung und Strafrechtsverschärfung, sowie zur allgemeinen Gesundheitsversorgung und sozialen Absicherung. All diese Politikfelder sind in der Vorstellung der Allgemeinheit rassisch gefärbt - Kriminalität ist "schwarz", die Notwendigkeit, sich dagegen zu schützen, ist "weiß"; Einwanderer sind "braun" oder "gelb"; "Schwarze" und "Braune" saugen den Wohlfahrtsstaat aus; und "weiße" Frauen wollen Abtreibungen. Und letztlich brauchen "Amerikaner", aber nicht Fremde, Arbeit. "Rote" - Leute indianischer Abstammung und Hawaianer - kommen überhaupt nicht vor.
Die Fakten spielen dabei keine Rolle - zum Beispiel, daß die Mehrzahl der WohlfahrtsempfängerInnen weiß ist. Wie auch immer, die "Neue Mitte" sucht sich zunehmend Kandidaten, die gegen Zuwanderung, aber für Abtreibung sind; gegen allgemeine Gesundheitsfürsorge, aber für härtere "Kriminalitätsbekämpfung". Wir erleben, daß Klasse und Geschlecht mit Nachdruck "rassifiziert" werden, und wir erleben eine verschärfte Polarisierung in "Insider" und "Outsider". Manchmal ist es eine Polarisierung nach Rasse, manchmal nach gesellschaftlicher Stellung, manchmal nach einer Kombination aus rassisch-sozialen Kriterien. Wir erleben auch, daß eine bestimmte Gruppe von Frauen - diejenigen mit der "richtigen" Rasse und aus der "richtigen" Klasse - Seite an Seite mit ihren männlichen Partnern den Weg antreten in eine neue Art von "Insidertum".

Das imaginäre Quartett

Die Rassifizierung von Klasse und Geschlecht greift auf ein Set von Bildern und Vorstellungen zurück, die in den frühen kolonialen und rassistischen Diskursen entwickelt wurden. Das Repertoire ist schmal. Seine Themen wiederholen sich bis zur Banalität - aber das ändert nichts an der Wirkungsmacht dieser Bilder. Es ist eine kleine, immergleiche "Familie", ein Quartett von fixen Bildern: Weiße Frau, Weißer Mann, Nicht-weißer Mann, Nicht-weiße Frau. Die zeitliche und räumliche Verbreitung dieses Quartetts ist enorm.

Die Weiße Frau ist schwach, verletzlich, zart bis heikel, sexuell "rein", aber bisweilen leicht vom rechten Weg abzubringen. Der Weiße Mann ist stark, dominant, der Schiedsrichter der Wirklichkeit, und der selbsternannte Beschützer der Weißen Frauen und Verteidiger der Nation bzw. des Territoriums. (Die Nation und ihre Ehre zu beschützen, beinhaltet in der Regel auch, die rassische Keuschheit der Weißen Frauen zu verteidigen.) Der Nicht-weiße Mann ist sexuell triebhaft - manchmal verführerisch, manchmal räuberisch, insbesondere gegenüber der Weißen Frau; er ist es, vor dem die Weiße Frau vom Weißen Mann beschützt werden muß. Die Nicht-weiße Frau schließlich ist ebenfalls sexuell aktiv, eine Verführerin, eine Gefährtin, die willig und leicht zu haben ist, insbesondere für den Weißen Mann; ihre Hygiene läßt zu wünschen übrig, sie ist von gnadenloser Fruchtbarkeit, aber ihr Brutpflegetrieb ist nützlich, wenn er dem Weißen Mann zugute kommt - genauso wie ihre Fürsorge für weiße Kinder oder auch Erwachsene, wiederum wenn das dem Weißen Mann oder der Weißen Frau zugutekommt. Die Nicht-weiße Frau ist ein Bild, das von hoher Ambivalenz ist - immer in der Gefahr, daß aus der exotischen Schönen die Unfeminine und Häßliche wird.

Die vier Elemente dieses Quartetts bedingen sich gegenseitig. Der Weiße Mann würde als Retter flachfallen, wenn es nicht die Weiße Frau gäbe, die gerettet werden muß. In ähnlicher Weise würde der Weiße Mann viel von seinem Selbstwertgefühl und Daseinszweck verlieren, wenn es nicht den Nicht-weißen Mann und dessen Qualitäten als Raubtier gäbe. Die Kosten und Nutzen dieser fixen Bilderwelt insgesamt sind unterschiedlich verteilt. Der Weiße Mann hat von der Aufrechterhaltung des imaginären Quartetts am meisten zu gewinnen, und verliert am meisten, wenn das Quartett aufgelöst würde. Umgekehrt haben der Nicht-weiße Mann und die Nicht-weiße Frau wenig bei diesem Spiel zu gewinnen. Kompliziert ist es für die Weiße Frau: Einerseits zieht sie Privilegien und sozialen Status aus ihrer rassisch-geschlechtlichen Verortung; andererseits wird sie dadurch eingeschränkt. Das betrifft insbesondere ihre Sexualität, denn das imaginäre Quartett ist strikt heterosexuell, und ein sexuelles Überschreiten der rassischen Trennlinie ist nur für den Weißen Mann (und auch nur als "inoffizieller Verkehr") möglich.
Ich habe bei der Nachzeichnung des imaginären Quartetts versucht, das Typische hervorzuheben, aber ich glaube kaum, daß ich übertrieben habe; eher im Gegenteil. Das Quartett spielt sein endloses Spiel durch die gesamte Geschichte des britischen Imperialismus, durch die gesamte Geschichte der Vereinigten Staaten, und anderswo; und es spielt sein Spiel auch heute. Es dient dazu, unzählige Formen von Gewalt (körperliche, kulturelle und psychische Gewalt) zu "erklären" und zu legitimieren - für den Unterdrücker, aber unter Umständen auch für die Unterdrückten. Männer und Frauen aus Fleisch und Blut, weiß und nicht-weiß, finden sich in Elementen und Aspekten diese Spiels eingeschlossen, bewußt oder unbewußt, erzwungen oder gewollt, mit vollem Ernst oder als ironisches Zitat.
Man könnte sagen, die weißen Mitglieder des imaginären Quartetts würden nicht für jeden Weißen und für jede Weiße passen, sondern nur für solche von gehobenem sozialen Status. Diese Beobachtung ist richtig, aber ich denke, sie bestätigt den fundamentalen Charakter von Whiteness eher, als daß sie ihn relativiert. Ab einem bestimmten Grad von sozialer Desintegration verliert man das Prädikat "weiß", vor allem Frauen; so wie viele Einwanderergruppen sich in einem langen, harten Prozeß der Anpassung und Bewährung das Prädikat "weiß" erstritten haben. Der Kampf um den sozialen Status ist immer auch ein Kampf darum, "weiß" zu sein. Whiteness besteht wesentlich in der Macht, darüber zu entscheiden, wer dazugehört und wer nicht, wer "weiß" ist und wer nicht. Wer "weiß" ist und wer nicht, läßt sich nicht aus irgendwelchen tatsächlichen Praktiken oder Eigenschaften derer ableiten, die sich um "Weißsein" bemühen, sondern ist ausschließlich eine Entscheidung derer, die unbestritten "weiß" sind.

Wir erleben, daß Klasse und Geschlecht mit Nachdruck "rassifiziert" werden, ...

Gibt es eine "weiße Kultur"?

In den letzten Jahren hat wieder eine Phase begonnen, in der Whiteness ihre Unsichtbarkeit verliert und sichtbar wird - als ein Gegenstand der Untersuchung und Kritik für die einen, als ein Objekt der Begierde und Verlustängste für die anderen. Was das letztere anlangt, können wir feststellen, daß ein weiß motivierter Terrorismus sich in den USA und anderswo auf dem Vormarsch befindet; zu seinen Zielen gehören schwarze Kirchen, asiatische Schulkinder und Regierungseinrichtungen. Weiße Aktivisten stilisieren sich selbst als Vertreter einer aussterbenden Rasse, die zum Gegenschlag antreten - gegen eine Regierung, die angeblich von Juden geführt wird, mit multinationalen Einflüssen und mit der Unterstützung durch schwarze "Untermenschen", und die den Weißen, den selbsternannten "Ureinwohnern" des Landes, ihre angestammten Rechte nehmen will. So überspannt das klingt, es hat seinen Widerhall in den Ängsten und Phantasien des weißen Mainstreams: daß die Lehrpläne der Universitäten von Schwarzen und anderen Nicht-weißen dominiert werden (im Bündnis mit Juden, Homosexuellen und anderen Liberalen); daß weißen Männern die Arbeitsplätze genommen und an andere verteilt werden; daß das Land durch das Wohlfahrts- und Gesundheitssystem bankrott geht; und daß die nordamerikanische Marktöffnung und

Whiteness bekommt eine Homogenität
und Gegenständlichkeit, die sie nicht hat.
Genausowenig wie es eine festumrissene "schwarze Kultur",
eine "Chicano-Kultur" usw. gibt,
gibt es eine festumrissene, homogene "weiße Kultur".
Weiße waren nie eine kulturell identische Gruppe;
und nicht alle von Weißen
bevorzugten kulturellen Praktiken waren kulturell dominant.

die illegalen Einwanderer die Wirtschaft ruinieren. Wahlverhalten und Gesetzesinitiativen sind die Waffen, zu denen aus solchen Ängsten gegriffen wird - Waffen des Mainstream, gewiß, aber in ihrer Wirkung genauso brutal, wenn nicht schlimmer.

Andere Weiße versuchen stattdessen die Frage aufzuwerfen: Was sollen Weiße mit ihrem Weißsein anfangen? Gibt es Alternativen zu den Formen von Whiteness, die nationale und rassische Dominanz formen? Die Antwort bleibt unklar. Versuche, Weiße als "eine Gruppe unter anderen" zu konstituieren (wie dies zum Beispiel "European American clubs" auf dem Campus tun), funktionieren nicht recht. Sie können schwer der Ausstrahlung entgehen, etwas Besonderes sein zu wollen, und ob es z.B. "europäische Amerikaner" als kulturelle Gruppe überhaupt gibt, erscheint noch fraglicher als bei nicht-weißen Gruppen. In jüngerer Zeit, d.h. seit den späten 80ern, haben Auseinandersetzungen mit der eigenen Whiteness im Kontext sozialer Bewegungen oder linker Zusammenhänge stattgefunden - ausgelöst durch Solidaritätsarbeit oder multi-rassische Koalitionen. Diese Auseinandersetzungen erfolgten unter einem definitiv antirassistischen Anspruch. Es bleibt jedoch auch hier anzumerken, daß Untersuchungen über weiße Kultur und Identitätsbildung, die den Aspekt von Whiteness als Form rassischer Dominanz in den Hintergrund treten lassen, ihre antirassistische Qualität leicht verlieren können.

In den letzten Jahren sind solche Formen der Auseinandersetzungen "kommerzialisiert" worden - als Praxis, die sich in Firmen, im Bildungswesen und im NGO-Sektor verbreitet. Programme zur "Sensibilisierung" und zum "Leben mit Unterschieden" reagieren auf die Tatsache, daß Klassen, Büros, Firmen und soziale Einrichtungen in immer höherem Maße "multikulturelle" Orte werden. Es geht darum, Weiße (nicht nur, aber hauptsächlich Weiße) in "kultureller Kompetenz" zu trainieren, d.h. der Fähigkeit, effektiv mit kulturell "Anderen" zu arbeiten. Einige dieser Programme, allerdings keineswegs alle, verfolgen das Ziel, rassische und ethnische Gleichberechtigung am Arbeitsplatz zu fördern. Sie führen allerdings leicht dazu, die Aufmerksamkeit mehr auf die "Anderen" zu richten als auf die eigene Dominanz. Whiteness wird wieder unsichtbar, Weiße werden die großen Kompetenzgewinner, und Nicht-Weiße werden darin ausgebildet, sich in den Kommunikationsstrukturen zurechtzufinden, die anscheinend "farblos" und "natürlich" sind.

Eine andere Frage, die aus der Auseinandersetzung mit "Whiteness" aufgeworfen wird, lautet: "Sind Weiße, ist weiße Kultur, 'gut' oder 'schlecht'"? In einer solchen Fragestellung verschwinden die sehr reellen Fragen, wie Weiße in rassische Hierarchien eingebunden sind und wie diese Hierarchien verändert werden, zugunsten einer statischen Vorstellung von weißem Wesen und weißer Erbsünde. Auf eine solche Fragestellung steigen Weiße sofort ein, entweder um ihre Unschuld zu beweisen oder um Erlösung zu finden. Von hier aus ist es nur ein kleiner Schritt dahin, irgendetwas zu finden, wie man doch "stolz" auf "weiße Kultur" sein kann, oder Whiteness als Kategorie zu relativieren durch den Hinweis auf die Bedeutung von Klasse oder Ethnizität. Ein weiteres Problem dieser Herangehensweise ist, daß "Kultur" zu einer Sache mit festen Umrissen gemacht wird und die Prozesse ausgeblendet werden, durch die kulturelle Praktiken entstehen.

In einer typischen Trainings-Broschüre heißt es: "Unsere Situation (als weiße Amerikaner) ist eine besondere. Während kulturelle Minderheiten um Macht gekämpft haben, müssen weiße Amerikaner darum kämpfen, ihre Macht zu teilen. Während kulturelle Minderheiten darum gekämpft haben, ihre Autonomie zu erhalten, müssen weiße Amerikaner darum kämpfen, daß unsere Kultur so existieren kann, daß sie andere Kulturen nicht unter-

drückt. Wir müssen eine öffentliche Diskussion darüber entwickeln, wie wir als weiße Amerikaner in einem multikulturellen Amerika existieren wollen."

Die Absicht ist erklärtermaßen eine antirassistische. Die Methode ist, die Diskurse nicht-weißer AktivistInnen nachzuahmen, aber gleichzeitig darauf hinzuweisen, daß diese Diskurse sich angesichts weißer Dominanz und Rassenprivilegien nicht unmittelbar kopieren lassen. Es ist ein Versuch, ein bißchen in Rassismus-Kritik hineinzuschnuppern, ohne mit der Offenheit davon zu sprechen, wie es schon mal der Fall war. Whiteness wird bei dieser Herangehensweise aus einer Kategorie rassischer Dominanz zu einem kulturellen Phänomen. Und: Whiteness bekommt eine Homogenität und Gegenständlichkeit, die sie nicht hat. Genausowenig wie es eine festumrissene "schwarze Kultur", eine "Chicano-Kultur" usw. gibt, gibt es eine festumrissene, homogene "weiße Kultur". Weiße waren nie eine kulturell identische Gruppe; und nicht alle von Weißen bevorzugten kulturellen Praktiken waren kulturell dominant.

Whiteness ist keine "Kultur", sondern eine Praxis. Whiteness ist keine "Sache", sondern ein Prozeß. Dieser Prozeß vollzieht sich in unterschiedlicher Weise an verschiedenen Orten und in verschiedenen sozialen Beziehungsnetzen. Er vollzieht sich gegen Widerstände, und er ist anfechtbar - überall dort, wo er geschieht.

Übersetzung: Christoph Spehr

Der Artikel ist eine gekürzte Fassung des Textes Local Whitenesses, Localizing Whiteness, in: Ruth Frankenberg (Hrsg.): Displacing Whiteness. Essays in Social and Cultural Criticism.



"Aschenputtel bringt sich auf den Markt"

Ein Interview zur Situation mittel- und osteuropäischer Frauen in Frankfurt am Main

by Britta Schmitt

Das Projekt Jiskra wurde 1995 von agisra und der Ökumenischen Asiengruppe ins Leben gerufen. Beide Trägervereine arbeiten schon seit geraumer Zeit gegen rassistische und sexistische Praktiken im Umgang mit Migrantinnen aus Lateinamerika, Afrika und Südostasien. Neben der konkreten sozialarbeiterischen Unterstützung, leisten sie Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit, um über die strukturellen Hintergründe frauenspezifischer Migrationsstrategien zu informieren.
Mit dem Niedergang der staatssozialistischen Länder verschob sich auch die Zusammensetzung der Migrantinnen in der BRD. Die mittel- und osteuropäischen Ländern erweisen sich für in- und ausländische Händler und Vermittler als lukrativer Markt, den auch die ökonomisch schlechtgestellten Frauen notgedrungen für sich nutzen. In Frankfurt am Main äußerte sich das in einer steigenden Anzahl osteuropäischer Migrantinnen, denen aufgrund sprachlicher Schwierigkeiten und Überlastung der Mitarbeiterinnen der Trägervereine nur unzureichend geholfen werden konnte. So wurde 1996 eine Stelle geschaffen und die Broschüre zur `Situation von mittel- und osteuropäischen Frauen in Frankfurt am Main und Umland´ herausgegeben. Mittlerweile finanziert sich Jiskra vorwiegend aus Mitteln des Bundesfamilienministeriums. Mit Britta Schmitt von Jiskra sprachen Mitglieder der com.une.farce-Redaktion.

Welche Migrationsformen lassen sich bei den Frauen unterscheiden?

Britta Schmitt: Da gibt es zunächst Heiratsmigration. Manche Frauen kommen mit einem dreimonatigen Touristenvisum hierher und versuchen dann, einen Mann zu finden. Das gelingt vor allem über Agenturen.
Dann bietet das neue Kindschaftsrecht auch die Möglichkeit, daß eine Frau, die von einem deutschen Mann schwanger ist, den Aufenthaltsort frei wählen kann. Sie kann also den Ort bestimmen, an dem sie `das deutsche Kind´ aufziehen will. Voraussetzung ist allerdings, daß der Mann die Vaterschaft ausdrücklich anerkennt.
Dann gibt es noch Au-pair. Das machen viele junge Frauen aus Tschechien. Zum Teil erwarten die Familien sehr viel mehr als acht Stunden Arbeit von den Au-pair-Mädchen, was nicht zulässig ist. Die Familie muß ihnen auch eine Monatskarte für den öffentlichen Nahverkehr stellen. Häufig wird dies aber nicht erfüllt, so daß die junge Frau sich kaum bewegen kann und isoliert in der deutschen Familie lebt. Das sind teilweise schon recht ausbeuterische Verhältnisse. Deswegen fliehen viele aus der Gastfamilie und verlieren dadurch ihr Aufenthaltsrecht, das an den Vertrag mit der jeweiligen Familie gebunden ist.
Des weiteren gibt es die Migration in die Lohnarbeit, also im Haushalt oder in Hotels als Zimmermädchen oder Kellnerin. Einige Cafés nehmen ganz gerne illegale Osteuropäerinnen als Bedienung. Doch was heißt schon illegal? Das Problem der Illegalität wird von den Frauen so gelöst, daß sie zunächst als Touristin für drei Monate einreisen. Dann ist ihr Aufenthaltsstatus legal, nur arbeiten dürfen sie nicht. Wenn sie bei der Arbeit angetroffen werden, versuchen sie eben abzustreiten, daß sie wirklich dort arbeiten. Auch von Arbeitgeberseite wird dann gesagt, daß sie eine Bekannte sei, die aushelfe.
Dann haben wir als fünfte Migrationsform den Bereich der Prostitution. Dieser Bereich überschneidet sich in der Regel mit anderen Migrationsformen. Es gibt beispielsweise Osteuropäerinnen, die mit deutschen Männern verheiratet sind und hier in der Prostitution arbeiten. Manche Frauen gehen auch eine "Scheinehe" mit einem Deutschen ein, um dann mit legalem Aufenthaltsstatus in der Prostitution arbeiten zu können, mit dem Ziel, in das Herkunftsland zurückzukehren, wenn sie genug Geld verdient haben. Außerdem reisen viele Frauen illegal ein, um hier in der Prostitution zu arbeiten, wobei ihnen häufig dieser Aspekt der Illegalität gar nicht so klar ist. Deutschland wird als freies Land betrachtet, wo die Arbeit in der Prostitution nicht verboten sein kann. Das geht solange gut, bis die nächste Razzia kommt. Dann wird meistens kurzer Prozeß gemacht. Wertgegenstände, Kleidung, Geld bleiben am Verhaftungsort zurück und werden von Dritten angeeignet. Die Frauen kommen in Abschiebegefängnisse und werden ausgewiesen.
Dann gibt es noch die Frauen, die wirklich gezwungen worden sind, die unter Vorspiegelung falscher Tatsachen hergelockt wurden. Denen hat man versprochen, sie könnten hier als Tänzerinnen, Kellnerinnen oder ähnlichem arbeiten. Direkt vor oder nach der Einreise wird diesen Frauen der Paß abgenommen. Sie werden dann in Wohnungen gebracht und zur Prostitution gezwungen.

Eure Broschüre Projekt Jiskra konstatiert eine steigende Anzahl osteuropäischer Migrantinnen in Frankfurt am Main. In welchem Zusammenhang steht die verstärkte Migration von Frauen mit der Transformation der staatssozialistischen Länder?

Allgemein könnte man vielleicht sagen, daß dort die Ware Arbeitskraft jetzt auch genauer danach begutachtet wird, wie nützlich sie für den Betrieb ist. Früher hat es das im Staatssozialismus so nicht gegeben. Frauen gelten seither als schlechtere Arbeitskräfte, weil sie höhere Fehlzeiten haben. Deshalb sind gerade Frauen überdurchschnittlich häufig entlassen worden. Und es ist sehr schwer - auch für gut ausgebildete Frauen - dort einen "angemessenen" Arbeitsplatz zu finden. In Russland ist die größte Berufsgruppe unter den arbeitslosen Frauen die der Ingenieurinnen.

Was bedeuten die EU-Osterweiterungspläne in Bezug auf die Arbeitsmigration von Frauen? Wird sich dadurch etwas an dem momentanen rechtlichen Status der Frauen ändern?

Ich denke nicht, daß durch die Angliederung an die europäische Union eine positive Veränderung im Sinne der Arbeitsmitgrantinnen eintreten wird. Es ist eher so, daß sich die EU durch das Schengener Abkommen immer stärker abschottet, auch gegenüber Staaten, die schon im Europarat sind, oder denen eine Mitgliedschaft in der EU in Aussicht gestellt wird, wie einigen osteuropäischen Staaten. ArbeitsmigrantInnen will man hier nicht haben. Ich halte die Entwicklung für sehr restriktiv und sehe auch keine Chancen, daß sich etwas für MigrantInnen verbessern wird.

Mit welcher Personengruppe seid ihr am häufigsten befaßt?

Unsere Klientinnen arbeiten größtenteils im Prostitutionsbereich. Man kann sagen, daß es in Frankfurt so zwischen 1.300 und 1.500 Prostituierte gibt, und daß davon etwa 90 Prozent Migrantinnen sind.

Welche Schwierigkeiten ergeben sich für die Frauen aus dem besonderen rechtlichen Status der Prostitution als illegalem Gewerbe? Und inwiefern verschärfen sich dadurch und durch den illegalen Aufenthalt der Frauen ihre Arbeitsverhältnisse?

Prostitution als Gewerbe ist ja an sich nicht illegal. Nur die Förderung der Prostitution ist strafbar. Ohne gesicherten Aufenthaltsstatus dürfen die Frauen hier allerdings nicht arbeiten. Dagegen verstoßen sie, wenn sie in der Prostitution tätig sind. Das macht sie illegal.
Die Illegalität bedeutet natürlich eine permanente Angst vor Razzien und eine stärkere Ausbeutbarkeit als bei deutschen Prostituierten. Von Vermittlern, Schleppern und Zuhältern wird den Frauen gesagt, sie hätten Schulden abzuarbeiten, weil durch die Einschleusung nach Deutschland Unkosten entstanden seien. Solange sie die entsprechende Summe nicht abgearbeitet haben, kriegen sie ihren Paß nicht zurück.
Die Miete liegt häufig bei ein paar hundert Mark am Tag, auch in den Wohnungen. Das ist schon ein extremes Maß an Ausbeutung. Und die Frauen können nicht einfach sagen: 'Ich hör auf mit dem Job und fahr nach Hause'. Denn sie werden bedroht und es besteht diese Schuldknechtschaft.





Wie nehmt ihr Kontakt zu den Frauen auf?

Zum einen machen wir Streetwork in den Saunaclubs, oder auch Hostessenmailing zusammen mit "Tamara", einer Frankfurter Beratungsstelle für Prostituierte. Unser aktuelles Projekt besteht in der Verschickung von Aufklärungsbroschüren, die quasi als Türöffner fungieren sollen, um an Frauen heranzukommen, die Opfer von Menschenhandel sind.
Der andere Weg läuft über die Polizei. Menschenhandel gilt als Kontrolldelikt, das heißt das Vergehen wird meist nur bei Razzien aufgedeckt und kommt praktisch nie durch Dritte zur Anzeige. Hier ist wichtig, daß die Polizei uns einschaltet, damit wir mit der Frau in ihrer Muttersprache erstmal abklären, wie ihre Lage ist. Wir fragen dann, ob sie hierbleiben will, was sie erlebt hat, ob sie die Aussage verweigern will und versuchen, sie parteilich in einem Prozeß oder bei der Heimreise zu begleiten. In der Beratungsstelle sprechen wir Russisch und Polnisch.

Wie nehmen euch die Frauen wahr, wenn der erste Kontakt über die Polizei läuft, mit der sie eventuell schon schlechte Erfahrungen gemacht haben?

Im Allgemeinen gelingt es darzustellen, daß wir keine Gehilfinnen der Polizei sind. Das äußert sich zum Beispiel in der Schweigepflicht, an die wir uns in Bezug auf vertrauliche Gespräche mit den Klientinnen gebunden fühlen. Vom Landeskriminalamt wird das grundsätzlich akzeptiert, bei der Polizei auf lokaler Ebene jedoch eher nicht. Im Unterschied zu unseren rheinland-pfälzischen Kolleginnen lehnen wir es ab, bei Razzien anwesend zu sein. Wir versuchen deutlichen Abstand zur Polizei zu halten.

In den letzten Monaten hat sich auf offizieller Ebene zum Thema Frauenhandel einiges getan. Insbesondere der 'Opferschutz' - keine sofortige Abschiebung - soll zum Zwecke besserer Strafverfolgung von beispielsweise Zuhältern verbessert werden. Für die Frauen ergibt sich aus ihrer momentanen Situation das Dilemma, zwischen Abschiebung oder fortgesetzter Ausbeutung wählen zu müssen. Was empfehlt ihr den Frauen?

Wir sind auch immer wieder ratlos, was wir den Frauen empfehlen sollen. Es werden uns ja auch Fälle bekannt, wo Frauen Opfer von Straftaten wurden und die Polizei davon noch nichts weiß. Rät man jetzt der Frau zur Polizei zu gehen? - Das kann man praktisch nicht, weil das ein absolutes Roulettespiel für die Frau ist. Wir müssen das dann auch so offen sagen, und sie fragen, ob sie es wagen will oder nicht. Denn wir können überhaupt nicht einschätzen, wie das für die Frau ausgeht. Es liegt im Ermessensspielraum des Beamten, der die Aussage aufnimmt, ob er den Fall für so gravierend hält. In diesem Fall besteht für die Frau die Chance, möglicherweise sogar bis zum Prozeßende hier einen Aufenthaltsstatus zu bekommen.
Im anderen Fall wird die Frau eben abgeschoben. Dann hat sie sich eigentlich nur dadurch geschadet, daß sie zur Polizei gegangen ist. Da wird schon deutlich, daß man bei der Kooperation mit der Polizei immer deren Strafverfolgungsinteresse im Blick behalten muß. Den Beamten geht es nicht um eine Stärkung oder Parteilichkeit für die Frauen oder um die Verfolgung von Menschenrechtsverletzungen.

Die rechtliche Handhabe der polizeilichen Aktivitäten ist durch das Strafdelikt Menschenhandel gegeben. Kannst du sagen, was darunter zu verstehen ist?

Es gibt eine enge juristische Definition von Menschenhandel. Im Strafgesetzbuch ist nicht von Frauenhandel sondern von Menschenhandel die Rede, obwohl praktisch nur Frauen von Menschenhandel betroffen sind. Im Gesetz heißt es, daß jemand, der die hilflose Lage, die mit dem Aufenthalt in einem fremden Land verbunden ist, bei einer Person ausnützt, um sie zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution zu bestimmen, die Straftat Menschenhandel begeht. Menschenhandel ist nach dem Gesetz also immer mit Prostitution verknüpft.
Im Gegensatz dazu sind für uns generell Täuschung und Zwang die entscheidenden Kriterien für Frauenhandel. Wenn die vorliegen, das heißt wenn eine Migrantin getäuscht und in Arbeitsverhältnisse gezwungen wird, dann sprechen wir von Frauenhandel.
Das gilt dann selbstverständlich auch für andere Arbeitsbereiche wie im Haushalt, als Kellnerin, oder Zimmermädchen. Den Frauen wird im Herkunftsland oft ein viel höherer Verdienst und viel bessere Bedingungen versprochen. Das ist für uns auch Frauenhandel.
Die dritte Form ist Frauenhandel im Bereich der Heiratsmi-

gration, weil es eben auch diese Kataloge gibt, und sich Männer dafür interessieren. Wenn die Frau dann nicht die "erwarteten, Eigenschaften" hat, kann der Mann sich jederzeit von der Frau trennen, und sie bei der Ausländerbehörde melden. Ist sie dann noch keine vier Jahre mit ihm verheiratet, wird sie ausgewiesen. In solchen Fällen ist die Frau ja auch in einer extremen Zwangssituation und wurde getäuscht. Da gibt es eine Koalition zwischen Ehemännern und der jeweiligen Agentur, die de facto auch Frauenhandel betreiben.

In der öffentlichen Diskussion scheint es eine Aufspaltung zwischen Arbeits- und Heiratsmigration einerseits und Menschenhandel andererseits zu geben. (1) Selbst in der Prostitution müssen die Frauen zu Opfern von Zuhältern stilisiert werden, um Unterstützung zu bekommen. Stimmt das und wenn ja, wie geht Ihr damit um?

Die Öffentlichkeit will immer das reine Opfer. Manche Frauen gehen willentlich in die Prostitution, für ein Jahr, damit sie sich mit dem Geld im Heimatland etwas aufbauen können. Das wird von der bürgerlichen Öffentlichkeit nicht als legitimes Interesse akzeptiert, ist aber die Realität.
Es ist verlogen, Mitleid mit den Opfern unfreiwilliger Prostitution zu haben, andererseits aber nichts zur hiesigen Nachfrage nach Prostituierten bzw. billigen "Hausmädchen" zu sagen. Unser Anliegen wäre hier, legale Einkunftsmöglichkeiten zu schaffen. Ich halte die Chancen allerdings für sehr gering, daß das in absehbarer Zeit politisch umgesetzt wird.

Ist für Euch die Legalisierung der Arbeitsverhältnisse als politische Perspektive ausreichend?

Erst mal schon. Realpolitisch gesehen - und auf eine andere Ebene will ich mich gar nicht einlassen - sollten die ausländischen Frauen in der Lage sein, die in Deutschland bestehende Nachfrage nach ihren Dienstleistungen im Haushalt, im Gastgewerbe und in der Prostitution auf legalem Wege zu befriedigen, das heißt mit Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung.

In fast allen Bereichen wird die Illegalität der Frauen oder zumindest die Drohung damit zum Mittel ihrer erhöhten Ausbeutbarkeit. Ist hier 'nur' die ganz normale Gewalt nationalstaatlicher Verhältnisse am Wirken oder läßt sich noch eine zusätzliche patriarchale Logik festmachen?

Ich denke, eine Sache ist schon geschlechtsspezifisch, und zwar, daß Frauen stärker in die informellen Arbeitsbereiche abgedrängt werden als Männer. Die Männer müssen nur ihre Arbeitskraft verkaufen. Und selbst wenn sie illegal sind, haben sie noch bessere Bedingungen als Frauen, die in die Privatsphäre abgedrängt werden, im Haushalt, wo überhaupt kein Auge der Öffentlichkeit mehr hinschaut, arbeiten müssen. Sie sind deswegen viel größerer Ausbeutung ausgesetzt. Oder sie arbeiten in der Prostitution. Da kommen auch patriarchale Elemente rein. Denn bei einer Frau geht es nicht nur um ihre Arbeitskraft, sondern ihr Körper kommt mit rein.
Wenn eine Frau Arbeit findet, findet sie die im privaten, informellen Sektor oder im Milieu, wo sie einfach weniger geschützt ist, noch weniger, als die schon ungeschützten Männer. Sie muß ihren Körper oft auf ganz andere, sehr viel intimere Weise einsetzen als ein männlicher Arbeitsmigrant.

Arbeitet ihr mit Organisationen in anderen Ländern zusammen?

Ja, wir kooperieren mit Frauenorganisationen in Osteuropa. Wir haben z.B. die Möglichkeit, Frauen in Russland versteckt unterzubringen. Wenn eine Frau also zurückwill, können wir sie dort unterbringen. Außerdem arbeiten wir mit La Strada zusammen. Das ist ein Projekt, das von der EU finanziert wird, zur Prävention von Menschenhandel. La Strada hat Vertretungen in Warschau, Kiev und Prag. Diese Kooperation mit Organisationen in den Herkunftsländern stellt den Versuch dar, Perspektiven für diejenigen zu schaffen, die abgeschoben werden und nicht wissen wohin.
Wir versuchen im Vorfeld beim Sozialamt eine Fahrkarte bis zu einer Stadt herauszuhandeln, in der die Frauen von La Strada abgeholt werden können. Wir kommen damit dem Interesse der Behörden, die Frauen außer Landes zu schaffen, ein Stück weit entgegen, um der Frau zu ermöglichen, daß sie bei der Rückkehr ins Herkunftsland ihre Würde nicht verliert und dort weiterbetreut wird.

Fussnote:
1) Arbeits-und Heiratsmigration werden kaum als Ausbeutungsverhältnisse thematisiert, Prostituierte nur zu Opfern von Zuhältern stilisiert.

Nachdruck aus der Internet-Zeitung com.une.farce Nr. 0/98. Redaktionell gekürzt und überarbeitet. Nr. 2 ist ab 1. April im Netz. com.une.farce, c/o diskus, Mertonstr. 26-28, 60325 Frankfurt am Main. http: www.copyriot.com/unefarce

Es gibt eine enge juristische Definition von Menschenhandel. Im Strafgesetzbuch ist nicht von Frauenhandel, sondern von Menschenhandel die Rede, obwohl praktisch nur Frauen von Menschenhandel betroffen sind. Im Gesetz heißt es, daß jemand, der die hilflose Lage, die mit dem Aufenthalt in einem fremden Land verbunden ist, bei einer Person ausnutzt, um sie zur Aufnahme oder Fortsetzung der Prostitution zu bestimmen, die Straftat Menschenhandel begeht.

Die Show der Multis

Der Einfluß der Konzerne bei der Weltausstellung EXPO 2000

by Heidrun Bauer

Die EXPO GmbH ist stets bemüht, die Weltausstellung – und insbesondere "ihren" inhaltlichen Beitrag, den sog. Themenpark – als Forum eines gleichberechtigten "Dialoges" verschiedener Interessengruppen zu verkaufen: "Der Themenpark ist eine bisher nie dagewesene Mitmach-Ausstellung für internationale Partner aus allen gesellschaftlichen Bereichen", so Themenparkleiter Martin Roth[1]. "Mitmach-Ausstellung" dürfte dabei nicht von ungefähr irgendwie nach Sesamstraße klingen, sondern sich ganz gezielt an die mehrheitlich aus dem "alternativen" Spektrum stammenden ProtagonistInnen entwicklungs- und umweltpolitischer Verbände richten, deren Beteiligung und Einbeziehung die EXPO GmbH anstrebt, um die Veranstaltung vom Ruch der reinen Wirtschafts- und Konzernshow zu befreien. Daß ihr dies zunehmend gelingt, zeigt zum Beispiel die Position der Geschäftsführerin des VENRO, Ulla Mikota, die dazu aufruft, sich an der Diskussion um die Ausgestaltung des Themenparks "kritisch und konstruktiv zu beteiligen" und den "Gestaltungsprozeß aktiv mit entwicklungspolitischen Themen zu beeinflussen und mitzugestalten".[2]
Die kritische Auseinandersetzung mit solchen Positionen soll einem weiteren Beitrag in dieser Reihe vorbehalten bleiben. Im folgenden geht es erst einmal darum zu zeigen, daß die EXPO 2000 tatsächlich eine Veranstaltung ist, die im wesentlichen von Großkonzernen bestimmt wird.

Die Aufsicht hat die Industrie

Schon allein die Zusammensetzung der Organe der EXPO GmbH spricht eine deutliche Sprache: Obwohl die Wirtschaft über die "EXPO-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft" eigentlich nur zu 20 % an der EXPO GmbH beteiligt ist, ist die Hälfte des zehnköpfigen Aufsichtsrates mit Spitzenmanagern der deutschen Wirtschaft besetzt: Vorsitzender ist Helmut Werner, Ex-Vorstandsvorsitzender von Mercedes-Benz, VW ist durch Vorstandsmitglied Robert Büchelhofer vertreten, mit Michal Frenzel sitzt der Vorstandsvorsitzende der Preussag AG und mit Eberhard von Koerber der Präsident von Asea, Brown Boverie (ABB) im Aufsichtsrat. Thyssen darf nicht fehlen und schickte seinen Vorstandsvorsitzenden Dieter Vogel. Die andere Hälfte des Gremiums ist allerdings auch nicht dazu angetan, "kritisches" Gedankengut zu erwarten: Neben dem niedersächsischen Schrödernachfolger Glogowski sitzen da Staatssekretäre aus Bundesfinanz- und Bundeswirtschaftsministerium, der Oberbürgermeister Hannovers, Schmalstieg, und Klaus Zwickel als Vorsitzender der IG Metall.
Die Geschäftsführung der EXPO GmbH liegt bei Ex-DDR-Abwicklerin Birgit Breuel und beim von Mercedes ausgeliehenen Reinhard Volk, der früher auch schon bei MTU und Fokker beschäftigt war. Dritter im Bunde ist einer der Hauptinitiatoren der EXPO 2000, Sepp Heckmann, Vorstandsmitglied der hannoverschen Deutschen Messe AG.
Fast 40 % der Einnahmen der Weltausstellung, rund 700 Millionen DM, sollen von der Wirtschaft kommen, für die es verschiedene "Beteiligungsmöglichkeiten" gibt. Als "World Partner" fungieren bisher Siemens, Telekom, DaimlerChrysler, Preussag, Duales System Deutschland ("Der grüne Punkt"). Sparkassenfinanzgruppe, Softwarehersteller Baan und VW. Diese beteiligen sich mit jeweils 30 Millionen Mark, erhalten dafür aber auch entsprechende Gegenleistungen. Auf dem Gelände haben sie das Monopol für ihre Produkte: Siemens verlegt 100.000 Kilometer Glasfaserkabel und liefert die gesamte Hardware, Baan die entsprechende Software, das DSD sammelt den EXPO-Müll und "verwertet" ihn in bekannter Gründlichkeit. Darüber hinaus haben sie aber vor allem auch die Möglichkeit, ihre "Lösungen" in eigenen Hallen oder im Themenpark der Weltausstellung zu präsentieren. So will das Duale System in einem eigenen Pavillon "die Kreislaufwirtschaft erlebbar machen", DaimlerChrysler plant einen "außergewöhnlichen und zukunftsweisenden Auftritt" mit dem Schwerpunkt "interaktives, spielerisches Lernen für Kinder und Jugendliche und ihre Familien rund um das Thema Mobilität".[3]

Sponsoring

"Produktpartner" der EXPO sind bislang ADECCO, Bertelsmann, Langnese, Bosch, Sennheiser und die Stadtwerke Hannover, die sich mit ihren 10 Millionen DM ebenfalls Exklusivrechte erkauften: ADECCO organisiert die gesamte Arbeitsvermittlung rund um die EXPO, Bertelsmann druckt alle Publikationen, Langnese darf als einzige Firma Eis auf dem EXPO-Gelände verkaufen, usw.[4] Einige der "Produktpartner" planen ebenfalls eigene Beiträge zum Themenpark.
Um die – anfangs sehr zögerliche – Wirtschaft allerdings davon zu überzeugen, daß mit ihren Sponsorgeldern kein Schindluder getrieben und ein viel zu "grünes", "esoterisches Konzept" finanziert wird, wie es die Wirtschäftswoche zu Beginn der Planungen der EXPO GmbH befürchtete, war seitens der Weltausstellungsgesellschaft einiges an "Überzeugungsarbeit" vonnöten. Und was überzeugt einen Geldgeber mehr, als ihn die Konzepte für das, was



er finanzieren soll, einfach selbst schreiben zu lassen? Und siehe da: Waren die Konzepte für den Themenpark in den Kreisen der potentiellen Sponsoren anfangs noch als sehr "wirtschaftsfeindlich" verschrieen, sind die Unternehmen "heute begeistert, was sie alles im Themenpark dürfen", so ein Sprecher der EXPO-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft im April 1998[5]. 50 % der Fläche des Themenparks hat die Weltausstellungsgesellschaft von vornherein für "Partnerbeiträge" reserviert. Solche Beiträge könnten zwar prinzipiell alle Institutionen leisten – aber allein schon die immensen Kosten (bislang 4.000 DM pro Quadratmeter Ausstellungsfläche) sorgen hier für eine entsprechende Auswahl.[6]

Aber auch wenn sich NROs beteiligten, würde das an der grundsätzlichen inhaltlichen Ausrichtung des Themenparks nichts ändern. Erhellend ist hier die Zusammensetzung der Arbeitsgruppen, die jeweils einen Bereich des Themenparks konzipierten.[7]

Illustre Runden

Beginnen wir mit dem Themenbereich "Der Mensch", in dem sich die Wirtschaftsbeteiligung noch in Grenzen hält: Neben dem Pharmakonzern Schering und der Bertelsmann Stiftung zerbrachen sich auch VertreterInnen des (Kern)Forschungszentrums Jülich und des Max-Delbrück-Centrums für Molkulare Medizin den Kopf über den "Spannungsbogen zwischen dem Menschen als Individuum und als gesellschaftlich verantwortlichem Wesen." Dahinter verbergen sich dann u.a. "Grundeinsichten der modernen Neurowissenschaften", bioethische Fragestellungen im Zusammenhang mit Todeszeitpunkt, Schwangerschaftsabbruch, Sterbehilfe, Organtransplantation und die Frage nach den "Chancen" von "Gentechnik", "Molekularbiologie" und "Hirnforschung", die den BesucherInnen näher gebracht werden sollen.[8]

Im Themenbereich "Umwelt: Landschaft, Klima" wurde auf die entsprechende Kompetenz ebenfalls großer Wert gelegt. In der Arbeitsgruppe saßen u.a. Vertreter von Kraftwerksbauer ABB, dem BDI, der (damals noch) Daimler-Benz AG, der Deutschen Bahn, der Deutschen Telekom, der Lausitzer Braunkohle AG, der Philipp Holzmann AG und des "Forstabsatzfonds". Für die "kritischen Stimmen" sorgten dann wohl Weltbank, GTZ, Bundesumweltministerium, Deutsche Bundesstiftung Umwelt, Fraunhofer Institut, Max-Planck-Institut für Chemie? Nein, selbstverständlich Ernst-Ulrich von Weizsäcker, der WWF und Deutscher Naturschutzring-Häuptling Jürgen Resch.

So ist es kein Wunder, daß gleich zu Beginn des Konzeptes das "exponentielle Wachstum der Bevölkerung" als Ursache für die "Übernutzung der Ressourcen" auftaucht und Macht- und Herrschaftsverhältnisse hinter der Formulierung "Schutz, Schonung und Wiederverwendung von Ressourcen betreffen im Sinne der Agenda 21 alle Menschen unabhängig von ihrer Verantwortungsebene" verschwinden.

Und was gibt's zu sehen? Neben "drastischen Problemfeldern (Abwasserrohre, Ölpest, Bettenburg am Strand, tote Fische)" selbstverständich die dazu passenden "Projekte aus Industrie, Politik und Wissenschaft", die "positive Perspektiven der Zukunft unseres Planeten eindrucksvoll erfahren" lassen. Im Konzept von 1998 ist beispielsweise zu lesen, daß das Thema "umweltschonende standortgerechte Landwirtschaft in Zusammenarbeit mit einem internationalen Produzenten von Düngemitteln" präsentiert werden soll. Leider war da nichts mehr zu lesen von den "Neun Gärten der Nachhaltigkeit", von denen einer "der umweltgerechten Produktionssteigerung" gewidmet sein sollte. Im Sinne der "Mitmach-Ausstellung" sollten die Gärten "die Besucher überzeugen, daß nur durch ihre persönliche Beteiligung ein neues Umweltverständnis erreicht werden kann. Jeder Besucher erhält ein eindrucksvolles Symbol für die 'Umwelt', das die Selbstverantwortung jedes Einzelnen verdeutlicht. Dieses Geschenk wird ein Samenkorn aus der 'Allee der vereinigten Bäume' sein."

Wer könnte besser geeignet sein, die Frage nach den "Basic Human Needs", den menschlichen Grundbedürfnissen, zu beantworten als etwa der Bertelsmann Club, Matsushita Electric Works, Philips, Tengelmann, Wilkhahn und Modedesignerin Britta Steilmann von der Klaus-Steilmann-Gruppe GmbH & Co. KG? Der Verband der Chemischen Industrie, Bundeslandwirtschaftsministerium, BMZ, UNPD, Misereor und Cornelia Schmalz-Jacobsen?

Im Konzept heißt es dann: "Dem Besucher wird klargemacht, daß die Bevölkerungsexplosion die Aufgabe, weltweit Basic Human Needs zu befriedigen, enorm erschwert". Ende der Analyse. Zu den Lösungen: "Die kulturelle Vielfalt erscheint als eine reiche Quelle zur Lösung der Probleme dieser Welt." Aber damit nicht genug: "Erziehung und Selbsthilfeorganisation werden als zentrale Lösungsansätze herausgestellt. Neben diesem

Schwerpunkt bietet sich mannigfaltig Raum, um neue technologische Konzepte von Partnern aus Industrie und Wissenschaft zu zeigen."

Gentechnik zum Knabbern

Auch beim Themenbereich "Ernährung" haben sich Unternehmen und Lobbyisten ohne Schwierigkeiten durchsetzen können. Gentech-Riese Kleinwanzlebener Saatzucht, Nestec Ltd., Südzucker AG und die Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie hatten offensichtlich die Endredaktion des Konzeptes. BMZ, BML, FAO, Deutsche Welthungerhilfe und andere wollten da offensichtlich nicht reinreden.
Kein Wort über Ursachen des Welthungers, einmal abgesehen vom expotypischen Hinweis auf "die ständig wachsende Weltbevölkerung", die es mit "ausreichenden und guten Nahrungsmitteln zu versorgen" gelte. Dementsprechend lauten die wichtigsten Stichworte "Handel", "Technologie und Wissen" und "Ästhetik, Sinnlichkeit und Genuß". "In einem Supermarkt wird eine riesige Vielfalt von Nahrungsmitteln und Zutaten angeboten", heißt es da. "Die einzelnen Schritte, die bei der Veränderung von Pflanzen- oder Tiergenen ansetzen und bis hin zu mechanischen Veränderungen von Nahrungsmitteln gehen, werden gezeigt" – und es war in EXPO-Konzepten auch schon zu lesen, daß die so gentechnisch veränderten Produkte im Themenpark auch gerne probiert werden dürfen ...[9]
Eine schöne Überleitung zum Themenbereich "Die Gesundheit". Verantwortlich zeichnen hier die Pharmakonzerne Merck und Schering, die Medizintechnikhersteller Siemens und Zeiss, der Münchener Medizinische Verlag, die Glaxo Wellcome GmbH und die Telekom (?), die von einer Handvoll Hochschulprofessoren, dem Bundesgesundheitsministerium und dem Institut für Sportwissenschaften unterstützt wurden.
So verwundert es kaum, daß im Themenparkkonzept von 1997 zu lesen ist, daß die "Entschlüsselung des menschlichen genetischen Codes" auf dem Wege sei, "Diagnostik und Behandlungsformen zu revolutionieren". Ein Jahr später wird gefragt: "Und welchen Beitrag leistet die Gentechnologie zum Management von Krankheit und Gesundheit?" Einbezogen werden sollen in den Themenbereich "kompetente Partner aus der Fitneßbranche" und selbstverständlich "Unternehmen der pharmazeutischen Industrie".

Gaia im Atomkraftwerk

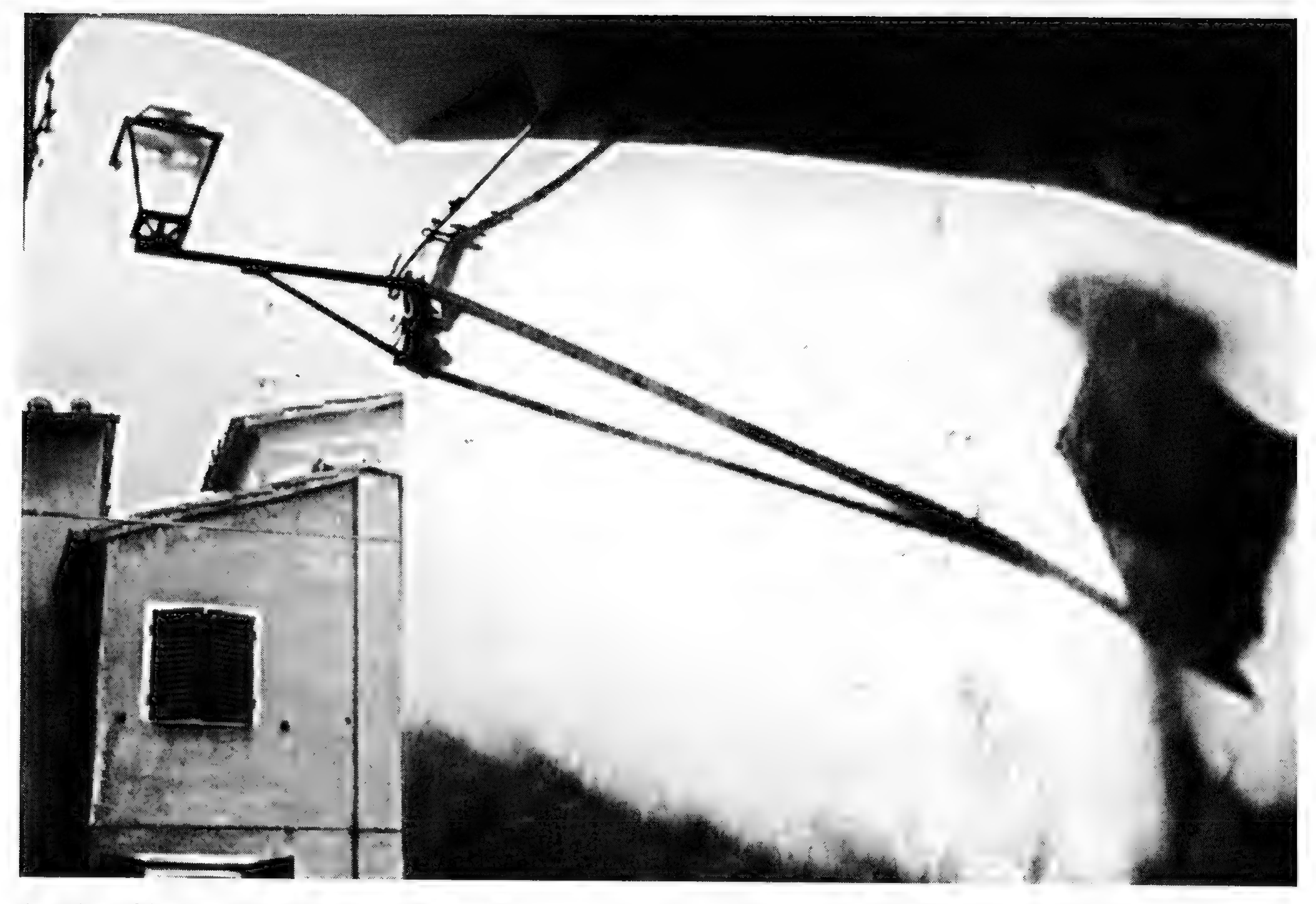
Für die inhaltliche Ausgestaltung des Themenbereichs "Die Energie" war sicherlich niemand kompetenter als ABB, die Philipp Holzmann AG, PreussenElektra, Ruhrgas, schon wieder Siemens, der Mineralölwirtschaftverband, die Ruhrkohle AG und Shell. Das Konzept von 1997 war dann eine interessante Mischung aus technologischem Fortschrittsoptimismus, Wissenschaftsglauben und Esoterik. Zur Legitimation dient wieder einmal die "wachsende Welt", die es mit Energie zu versorgen gelte. Beklagt wird, daß "viele Menschen noch immer keinen Zugang zu kommerzieller Energie [haben]. Um deren Bedarf und den zukünftiger Generationen zu decken, müssen mehr Energiequellen erschlossen werden." Denn merke: "Der Fortschritt ist ebenso verführerisch wie unausweichlich." Und so kommt auch die Atomlobby nicht zu kurz. "Ein zweites Solarzeitalter zeichnet sich am Horizont ab, mit Solartechnologie, neuer Biomasse und möglicherweise Fusion als tragende Säulen. Diese Energien werden im Laufe des nächsten Jahrhunderts mehr und mehr an Bedeutung gewinnen [...]. Die Kernspaltung wird helfen, die Übergangsphase zu überbrücken." Sonst noch was? Ach ja: "Der Besucher begegnet Gaia, der lebenden Erde und anderen Utopien. Der Mensch wird zu seiner eigenen Ressource".
Auch die für den Themenbereich "Mobilität" zuständigen Firmen sind sicherlich keine Überraschung: BMW, Deutsche Bahn AG, Lufthansa, Mercedes-Benz AG, Siemens (zum dritten Mal), Thyssen, TUI, DeTeMobil und VW. Die Deutsche Forschungsanstalt für Luft und Raumfahrt und das Verkehrsministerium dürfen natürlich auch nicht fehlen. Dementsprechend schlicht sind dann auch die Botschaften: "Mobilität ist Leben!" und "Technische Lösungen helfen bei der Realisierung!". Ganz unbescheiden heißt es: "Die Kompetenz Deutschlands als führende Nation in Verkehrsfragen ist im Bereich Mobilität unter Beweis zu stellen." Klar, daß Raumfahrt, Transrapid und ähnliches da nicht fehlen dürfen.

"Weltfrieden durch Welthandel"

"Die Zukunft der Arbeit" bearbeiteten u.a. ABB, Daimler Benz AG, IBM, VW, Bertelsmann Stiftung, Telekom BDA, BDI, DGB, IG Metall und IG Chemie. Als Beleg, wessen Weltsicht sich auch hier durchgesetzt hat, nur ein Zitat aus dem Konzept von 1997: "Global agierende Unternehmen dominieren mit ihren Produkten zunehmend den Wettbewerb. Im Streben nach Gewinnmaximierung werden arbeitsintensive Produktionen häufig in Schwellen- und Entwicklungsländer verlagert. Dies fördert auch die Ausdehnung der Märkte und läßt immer mehr Menschen am Wohlstand teilhaben [...] Vision: Weltfrieden durch Welthandel". Laut neuerem Konzept soll BAAN hier eine "Fabrik der Zukunft" als "vorbildliches, visionäres Unternehmen der Zukunft" präsentieren, Personaldienstleister und EXPO-Produktpartner ADECCO plant, sich mit einem "modernen Karriere-Center" vorzustellen.
Wenn Gruner + Jahr, IBM, Debis, Telekom, Philips, Microsoft und selbstverständlich wieder Siemens an der Arbeitsgruppe zum Thema "Wissen: Information, Kommunikation" beteiligt werden, ist es kein Wunder, wenn es im Konzept dann heißt: "Innovationen aus Wissenschaft und Technik bestimmen die Inhalte der Ausstellung". Mit der Frage, wozu wir "satellitengesteuerte Navigationssysteme", eine "elektronische Zeitung", "intelligente Maschinen mit intuitiven Benutzerschnittstellen", "Mikro-Implantate", "Bio-Chips" und anderes brauchen, wird sich vor lauter Euphorie gar nicht erst aufgehalten.

Die Siemens AG – "Patin" Shanghais

Für die Themenbereiche "Zukunft der Vergangenheit" (inzwischen in "Planet of Visions" umgetauft) und "Das 21. Jahrhundert" wurden keine Arbeitsgruppen gegründet, sondern ein Fachbeirat einberufen. Partner des gesamten Themenbereichs "Planet of Visions" ist IBM. Im zweiten Themenbereich haben "Firmen der verschiedensten Branchen" die Möglichkeit, "ihre Vision für ein nachhaltiges 21. Jahrhundert" zu vermitteln. Unter anderem soll in diesem Themenbereich die zukünftige "nachhaltige" Entwicklung anhand der vier Städte Sao Paulo, Dakar, Shanghai und Aachen dargestellt werden. Für Shanghai hat Siemens, das hier seinen "EXPO-Auftritt" im Themenpark plant, die "Patenschaft" übernommen. Als "einer



der weltweit führenden Anbieter von Infrastrukturlösungen" präsentiert Siemens – immerhin in Kooperation mit der Stadtverwaltung von Shangai – "Ideen und Visionen", wie sich Shanghai nachhaltig entwickeln sollte. Direkt daneben plant Siemens noch seinen eigenen Beitrag, ein "Mediaversum der Wissensgesellschaft", in dem "visionäre Filme und Multimediapräsentationen" die "Kompetenz, Weitsicht und Verantwortungsbereitschaft des Unternehmens Siemens" signalisieren sollen. Kernbotschaft: "Die Zukunft läßt sich gestalten, große Herausforderungen können beherrscht werden, und die Technik leistet einen nachhaltigen Beitrag dazu."[10]

An diesem grundlegenden Charakter des Themenparks und der gesamten EXPO 2000, der hier nur kurz skizziert werden konnte, werden alle Versuche einer "kritischen Mitarbeit" nichts ändern können. Tatsächlich darauf zu "vertrauen", daß die EXPO GmbH schon für die entsprechenden Gegengewichte zur Sichtweise der Wirtschaft sorgen wird, wie ein Sprecher der Beteiligungsgesellschaft der Wirtschaft empfiehlt[11], mutet reichlich naiv an. Die Weltausstellungsgesellschaft setzt – schon allein aus finanziellen Gründen – voll auf die Wirtschaftsbeteiligung. "So wie sich eine Nation auf der Weltausstellung präsentiert, hat auch ein Unternehmen die Chance, seine Zukunftsperspektiven einem Millionenpublikum vorzustellen", so der administrative Leiter des Themenparks, Albrecht Proebst. Gegenüber der Wirtschaft redet die EXPO GmbH dann auch Klartext und preist den Themenpark als das, was er ist: "eine phantastische Plattform [...], auf der über konkrete Projekte, innovative Produkte und zukunftsweisende Visionen die Lösungskompetenz der Unternehmen zum Ausdruck kommen soll."[12] Damit unterscheiden sich die Aussagen in nichts von denen der Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft selbst, wenn sie über das EXPO-Engagement der Unternehmen schreibt: "Die Wirtschaft dokumentiert ihre Verantwortung und Kompetenz, durch effizientes und innovatives Handeln ihren Beitrag zur nachhaltigen Lösung anstehender Herausforderungen zu leisten und damit die Chance der Zukunft zu nutzen."[13]

Anmerkungen:

1: EXPO 2000 Hannover GmbH und Generalkommissariat der Weltausstellung EXPO 2000 Hannover, April 1998: Themenparkkonzept
2: VENRO, Juli 1998: Entwicklungspolitische Ansätze auf der EXPO 2000 – Eine Bestandsaufnahme im Jahr 1998
3: http://www.expo2000.de
4: Bürgerinitiative Umweltschutz Hannover (BIU), 1997: EXPO 2000 – Sprüche und Widersprüche
5: dokumentiert im Videofilm „Alles im Griff – EXPO 2000 und Nachhaltige Entwicklung", Dezember 1998
6: aus Kreisen der EXPO GmbH verlautete vor kurzem allerdings, daß über eine Senkung der Preise für finanzschwache Aussteller nachgedacht würde.
7: Die beteiligten Firmen und Institutionen sind entnommen aus: EXPO 2000 Hannover GmbH, Februar 1997: Zusammensetzung der EXPO 2000 Themenpark-Arbeitsgruppen, aktualisierte Fassung. Die folgenden Aufzählungen sind nicht komplett: Es saßen selbstverständlich nicht nur Unternehmen in den Arbeitsgruppen, sondern meist noch VertreterInnen von Forschungsinstituten, Hochschulen, Bundesregierung und vereinzelt auch etablierter Umweltverbände. Durchgesetzt haben sich jedoch offensichtlich – sofern dies überhaupt nötig gewesen sein sollte – die Unternehmen.
8: EXPO 2000 Hannover GmbH, Mai 1997: Der Themenpark – Status 05/97. Im folgenden wird, falls nicht anders angegeben, vor allem aus diesem älteren Konzept zitiert. Das in Anmerkung 1 genannte Themenparkkonzept ist zwar neuer, geht aber weniger auf die Inhalte ein, die präsentiert werden sollen, sondern vor allem auf die Art der Inszenierung.
9: s. Anmerkung 4
10: http://www.siemens.de/expo2000/
11: s. Anmerkung 5
12: s. Anmerkung 1
13: EXPO-Beteiligungsgesellschaft der Deutschen Wirtschaft GmbH & Co. KG, Februar 1998: Beteiligung von Unternehmen am Deutschen Pavillon und auf der EXPO 2000

Heidrun Bauer
ist Mitglied der hannoverschen Anti-EXPO-AG,
c/o AStA Uni Hannover, Welfengarten 1, 30167 Hannover,
Tel. 0511/762-5061.

Vom Nutzungswert des Eingeborenen

Zur Geschichte des 'wissenschaftlichen' Rassismus in Deutschland

by Sabine Schupp

Der deutsche Kolonialismus ist heute weitgehend aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt. Elf AutorInnen, darunter mehrere BUKO-MitarbeiterInnen, haben sich in Hamburg auf Spurensuche gemacht. Ihr reich illustriertes Buch "Branntwein, Bibeln und Bananen" zeichnet anhand noch erhaltener Kaufmannshäuser, Hafen- und Industrieanlagen, Militärdenkmäler, Missionsgebäude und Forschungseinrichtungen die Geschichte hinter den Fassaden nach. Rassistisches Herrschaftsdenken spielte in der kolonialen Unterwerfungs- und Ausbeutungspraxis eine zentrale Rolle. "Der heute noch in kindlichem Stumpfsinn dahin dämmernde Neger wird durch nichts dem civilisierten Menschen näher gebracht werden können, als durch ernste Arbeit", schrieb der Hamburger Unternehmer Johannes Thormählen, um Landraub und Zwangsarbeit für die Großplantagenwirtschaft in Kamerun zu legitimieren. Der "Nutzungswert der Eingeborenen" blieb auch nach dem Verlust der deutschen Kolonien ein wichtiges Thema für Wirtschaft und Wissenschaft, wie die Ethnologin Sabine Schupp am Beispiel der Hamburger Völkerkunde nachweist.

1878 wurde das „Museum der Völkerkunde" am Steintorplatz eröffnet. Bei wesentlichen Teilen der Sammlung handelte es sich um „Mitbringsel" von Kaufmännern wie Godeffroy, O'Swald oder auch C. W. Lüders. Da sich Lüders besonders intensiv um die Pflege der bereits vorher bestehenden ethnographischen Sammlung verdient gemacht hatte, wurde er zum hauptamtlichen Vorsteher des neuen Museums ernannt.

Nachdem Lüders verstorben war und der Senat 1904 den Neubau des Museums an der Rothenbaumchausee bewilligt hatte, beschloß man, einen Direktor für das Museum zu berufen. Die Wahl fiel auf den Mediziner, Anthropologen und Völkerkundler Georg Thilenius. Thilenius beschränkte sich nicht mehr auf die Sammlung und Ausstellung völkerkundlicher Gegenstände, sondern erklärte auch Forschung und Lehre zu den Aufgaben des Museums. Die Gründung des Kolonialinstitutes 1908 bot ihm den geeigneten Rahmen zur Verwirklichung seiner wissenschaftlichen Ambitionen und er beteiligte sich an führender Stelle, zunächst als Vorsitzender des Professorenrates, später als dessen Stellvertreter, an der Ausgestaltung des Instituts.

Thilenius fiel es nie schwer, die kolonialpolitische Relevanz der Völkerkunde zu begründen. So hielt er völkerkundliche Forschungen für notwendig, um die jeweils spezifischen Reaktionen der „Naturvölker" und anderer Kulturen auf die Konfrontation mit den Europäern berechenbar zu machen. Er zeigte sich in diesem Zusammenhang überzeugt davon, daß

„sehr große Werte an Gut und Blut hätten erspart werden können, wenn man sich die Kenntnisse über Denkweise, Sitten und Anschauungen Eingeborener rechtzeitig zu eigen gemacht hätte, die die Völkerkunde bereit hielt."

In seinen Vorlesungen über die „Eingeborenen der deutschen Kolonien" bot er seinen HörerInnen u. a. einen Überblick über die „Menschenrassen", eine eingehende Behandlung der „Rassenbiologie" einschließlich der Fragen der Anpassung an die Umwelt, der Vermischung, Inzucht und Akklimatisation sowie eine Darstellung der Anschauungs- und Denkweise der „Naturvölker".

Die anthropologischen Fragestellungen in Thilenius völkerkundlichen Vorlesungen waren für jene Zeit keineswegs ungewöhnlich. Völkerkunde und Anthropologie waren institutionell, aber auch in ihren inhaltlichen Fragestellungen eng miteinander verflochten. Thilenius ging wie die meisten seiner KollegInnen von einer aneinander gekoppelten Vererbung körperlicher und geistig-seelischer Merkmale aus sowie einem damit verbundenen Zusammenhang zwischen „Rasse" und „kultureller Leistungsfähigkeit". Unter seiner Führung wurde die enge anthropologisch-ethnologische Kooperation zu einer „Spezialität" der Hamburger Völkerkunde.

Die Hamburger Südsee-Expedition

Zwei Jahre lang, von 1908 bis 1910, durchreiste der Hamburger Hapag-Dampfer „Peiho" die deutschen Kolonialgebiete der Südsee. An Bord befanden sich neben der Schiffsmannschaft die sechs Forschungsreisenden der „Hamburger Südsee-Expedition". Auch die Hamburger Völkerkundler Otto Reche und Paul Hambruch gehörten dazu.

Von langer Hand geplant, und aus der Ferne dirigiert wurde die Expedition durch Prof. Dr. Thilenius, Direktor des Völkerkundemuseums in Hamburg. Für die Finanzierung des Unternehmens hatte Thilenius die erst ein Jahr zuvor gegründete Hamburgische Wissenschaftliche Stif-

tung gewinnen können, in der so bekannte Persönlichkeiten wie Woermann, Schinkel, Warburg, Siemers und von Melle vertreten waren.
Für Thilenius lag ein Hauptzweck der Expedition darin, dem Hamburger Museum für Völkerkunde zu einer Spezialsammlung zu verhelfen,
„welche ... gleichzeitig groß und einzigartig genug ist, um sich dauernd die Beachtung und den Besuch der auswärtigen Forscher zu erzwingen..." (als auch) „ ... so vollständig ist und das zu wählende Gebiet so gründlich erschöpft, daß ein späterer von anderer Seite etwa zu planender Versuch der gleichen Art von vornherein als aussichtslos erscheinen muß."
Thilenius dachte aber nicht nur an sich und sein Museum, sondern auch an seine Geldgeber und deren koloniale Interessen und formulierte in diesem Zusammenhang besondere „praktische Aufgaben" der Expedition, die den „Eingeborenenen" selbst zum Gegenstande haben sollten, denn, so Thilenius, der „Eingeborene ist in den Tropen der Arbeiter des Weissen und wird gegenüber dem importierten stets der billigere sein."
Dummerweise ging die Bevölkerungszahl in den deutschen Kolonialgebieten der Südsee beständig zurück. So sah Thilenius die Wissenschaft gefordert, vorbeugend einzugreifen. Vor allem müsse eingesehen werden, daß nicht alle Ethnien gleichermaßen „brauchbar" seien für die Arbeit auf den Plantagen der Europäer. Die „Lösung der Arbeiterfrage" setze vielmehr die „genaue Kenntnis der Bevölkerung voraus, welcher die Arbeiter entnommen werden sollten."
In diesem Sinne forderte er die Expeditionsteilnehmer auf, möglichst viele Daten zu Ernährung, Krankheiten, körperlicher Leistungsfähigkeit und geistiger Begabung, Dorf- und Familienstrukturen, Kinderaufzucht und Sterblichkeit zu sammeln. Datenmaterial also, das Grundlage für praktische Maßnahmen bilden konnte,
„welche einerseits die Erhaltung und Vermehrung der Bevölkerung in einer den Ansprüchen des Weissen genügenden Kopfzahl sicherstellen, die andererseits die bestehenden Organisationen für die Zwecke des Weissen auszunützen und weiterhin langsam umzubilden gestatten. Der Eingeborene wird dann nicht mehr dem Raubbau durch den Europäer unterliegen müssen, sondern im Laufe der Zeit als gleichbleibende Arbeitsquelle und zum vollen Nutzungswerte in die Rechnung eingestellt werden können."
Schon die „erschöpfende" Plünderung der bereisten Südsee-Gebiete, um das eigene Museum möglichst prächtig auszustatten, kann als koloniales Unterfangen bezeichnet werden. In den Reisetagebüchern offenbarte sich später, wie rücksichtslos und arrogant die Expeditionsteilnehmer mitunter dabei vorgingen und mit welcher Geringschätzung sie den SüdseebewohnerInnen entgegentraten.
Es ist leider nicht bekannt, ob die in über 20 Bänden festgehaltenen Ergebnisse der Südsee-Expedition über die Verwendung in Vorlesungen am Kolonialinstitut hinausgehend, einer praktischen Verwertung in hier skizziertem Sinne zugeführt wurden. Fraglich ist, ob sie sich dafür



überhaupt eigneten, da der Charakter der Schiffsexpedition nur einen äußerst oberflächlichen Kontakt zu den BewohnerInnen zuließ. Ein Kontakt, der selten über deren anthropologische Vermessung, die Befragung einzelner InformantInnen und den Erwerb materieller Kulturgüter hinausging.
Für kolonialpraktische Fragen dürfte der von 1897 - 1900 andauernde Aufenthalt Friedrich Fülleborns in Deutsch-Ostafrika ergiebiger gewesen sein. Der Hamburger Tropenmediziner Fülleborn, der auch die Südsee-Expedition ein Jahr lang geleitet hatte, war damals als Arzt der Kaiserlichen Schutztruppe in Ostafrika unterwegs. Aus seinem Aufenthalt ging u.a. ein 560 Seiten starkes ethnographisches Werk hervor, in dem der kolonialpolitische Blickwinkel immer wieder deutlich wird: Landwirtschaftliche Anbaumöglichkeiten, Bodenschätze, Krankheiten, Aussichten für die europäische Besiedlung, Verkehrsverhältnisse, politische und militärische Organisationsformen der Einheimischen und natürlich die „Arbeiterfrage" nehmen einen breiten Raum in Fülleborns Darstellung ein.

Die „Bio-Ethnologie" der Hamburgischen Universität

Thilenius wirkte auch an der 1919 gegründeten Universität an führender Stelle weiter. Er übernahm den Lehrstuhl für Völkerkunde, war von 1920-21 Rektor der Universität und später dann Dekan der Philosophischen Fakultät.
Auch seine Mitarbeiter Paul Hambruch und Otto Reche setzten ihre wissenschaftliche Karriere an Museum und Universität fort. Hambruch entwarf das Konzept einer „Bio-Ethnologie" und vertrat die Ansicht, daß „die Auslese von erblich verschieden veranlagten Menschen in den einzelnen Völkern das eigentliche Prinzip der Geschichte" sei. In diesem Sinne erhob er Forderungen nach der „Pflege der deutschen Rasse", der „Bekämpfung der Entartung" und des „Ausmerzens der Fremdkörper". In der Völkerkunde sah der deutsch-nationale Hambruch eine Wissenschaft, die in besonderer Weise zur Stärkung der Einheit des deutschen Volkes beitragen könne: Durch die von ihr vermittelte Erkenntnis der „andersgearteten Psyche" anderer Völker vermöge sich die „rassen- und erbmäßig bedingte deutsche Seele" ihrer selbst bewußt und von der ihr eigentümlichen Überschätzung des „Fremden" geheilt werden. Ideen des Internationalismus, der Völkerverbrüderung oder gar der Gleichheit aller Menschen würden so durch die Völkerkunde widerlegt. Auch Hambruch setzte sich, bis zu seinem Tod 1933, engagiert für die Fortführung der Pflege des „kolonialen Gedankens" an der Hamburgischen Universität ein, da er die Deutschen nach wie vor für besonders geeignet hielt, anderen Völkern Recht und Ordnung, Zivilisation und Kulturhebung zu bringen.
Seinem Kollegen Otto Reche blieb es vergönnt, auch nach 1933 nicht nur seinen rassenhygienischen Phantasien freien Lauf zu lassen, sondern zu deren praktischer Umsetzung beizutragen. Überzeugt davon, daß Kultur „rassisch" bedingt sei, forderte Reche, ähnlich wie Hambruch, eine strikt eugenisch-rassenhygienisch ausgerichtete Bevölkerungspolitik. Unter nationalsozialistischer Herrschaft wurde ein von ihm entwickeltes „polysymptomatisches Vaterschaftsgutachten" im Sinne der Nürnberger Gesetze zur Identifzierung von sogenannten „Rassebastarden" angewandt.
Daß die anthropologieverbundene Hamburger Völkerkunde sich im Nationalsozialismus nicht weiter profilierte, verdankte sie der Tatsache, daß Reche 1924 Hamburg verließ, um, nach einem kurzen Zwischenaufenthalt in Wien, das „Ethnographische Seminar" in Leipzig zum „Institut für Rassen- und Völkerkunde" auszubauen. Sein Nachfolger in Hamburg, der Anthropologe Walter Scheidt, widersetzte sich einer Vereinahmung durch die Nazis. Nach Reches Emeritierung 1945 kehrte dieser allerdings nach Hamburg zurück. Er war nach wie vor als Vaterschaftsgutachter tätig und beschäftigte sich nun von Neuem mit der Auswertung der Südsee-Expedition.
Rainer Knußmann, Scheidts Nachfolger und derzeitiger Direktor des Instituts für Humanbiologie, setzt sich in seinem aktuellen Lehrbuch für ein „biologisches Menschenbild" ein, wonach beispielsweise Frauen, analog zu ihrer körperlichen Erscheinung, auch in ihren psychisch-

sozialen Eigenschaften kindlicher sind als Männer, weniger gut abstrahieren können und ein geringer entwickeltes mathematisch-logisches Denkvermögen besitzen. Darüber hinaus verteidigt er auch heute noch das Konzept der „Rasse", obwohl dies mittlerweile auch aus humanbiologischer Sicht als unhaltbar gilt. Bis 1997 gab es an Knußmanns Institut eine regelmäßige Vorlesung zur „Rassenkunde des Menschen", die erst auf äußeren Druck, hervorgerufen durch öffentlichkeitswirksame Proteste einer studentischen „AG gegen Rassenkunde", in „Geographische Variabilität des Menschen" umbenannt wurde.

Hambruch entwarf das Konzept einer „Bio-Ethnologie" und vertrat die Ansicht, daß „die Auslese von erblich verschieden veranlagten Menschen in den einzelnen Völkern das eigentliche Prinzip der Geschichte" sei. In diesem Sinne erhob er Forderungen nach der „Pflege der deutschen Rasse", der „Bekämpfung der Entartung" und des „Ausmerzens der Fremdkörper".

Im Dienst des „neuen Deutschlands"

Kommen wir noch einmal auf die Völkerkunde zurück. Spätestens seit den 30er Jahren gab es Tendenzen, die weg von der stark biologisch-anthropologischen Ausrichtung und hin zu einer sich vor allem als Sozial- oder Kulturwissenschaft verstehenden Völkerkunde wiesen. Diese Entwicklung führte aber nicht, wie man vielleicht hoffen könnte, in den Widerspruch zur rassistischen und nationalchauvinistischen Politik des NS-Regimes. Im Gegenteil: Gerade die herausragendsten Vertreter der „neuen", stark vom Funktionalismus beeinflußten Ethnologie, wie Fritz Krause, Richard Thurnwald oder Wilhem E. Mühlmann, der von 1935-36 auch am Hamburger Museum für Völkerkunde angestellt war, taten sich als Verfechter einer „nationalsozialistisch angewandten Völkerkunde" hervor, die sich insbesondere auch dem Thema „Volk und Raum" und den drängenden Fragen der „Innen-" bzw. „Ostkolonisation" widmen sollte.
Daneben verloren die deutschen Völkerkundler Afrika keineswegs aus den Augen. Ihre Hoffnung auf die Wiedererlangung afrikanischer Kolonialgebiete unter nationalsozialistischer Herrschaft, und ihre Überzeugung, daß gerade das nationalsozialistische Deutschland mit seinem Sinn für das jeweils „Arteigene" der verschiedenen Völker berufen sei zu kolonialer Führung, bestimmte die Tagung der „Gesellschaft für Völkerkunde" von 1936, und Krause forderte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender die versammelten Teilnehmer eindringlich auf, sich für die zukünftige kolonialpolitische Bedeutung Deutschlands bereitzuhalten.
Von der sich abzeichnenden Aufbruchstimmung schien die Hamburger Völkerkunde kaum erfaßt zu werden. Franz Termer, der 1935 die Nachfolge Thilenius' im Museum sowie an der Universität angetreten hatte, blieb bei seinem in kolonialpolitischer Hinsicht bedeutungslosen Schwerpunkt Mittelamerika, und er war anscheinend auch kein großer Freund der Nazis. Als er 1936 den Vorsitz der „Gesellschaft für Völkerkunde" übernahm, zeigte er sich jedoch rhetorisch auf der Höhe seiner Zeit und verkündete, daß die Eingeborenen, als wichtigstes Kapital eines Landes, nur solange nutzbringend seien, wie ihr Bestand biologisch durch Reinhaltung der Rasse und seelisch durch Erhaltung ihrer jeweiligen Eigenart gewährleistet sei.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit – Vertagt bis auf weiteres?

Dem als „unpolitisch" geltenden Franz Termer ist es mit zu verdanken, daß eine kritische Auseinandersetzung mit der Vergangenheit unter den Völkerkundlern nach 1945 erst einmal ausblieb. Als Vorsitzender der „Gesellschaft für Völkerkunde" erklärte er auf deren erster Nachkriegstagung 1946, daß die deutschen Völkerkundler ein „reines Gewissen" haben könnten, da sie bis auf wenige Ausnahmen, ihre Wissenschaft aus der politischen Sphäre des Nationalsozialismus herausgehalten hätten.
Das fortan in seltener Einmütigkeit gemiedene Thema fand erst ab Mitte der 80er Jahre wieder vereinzelt Beachtung. Markus Mosens Buch „Der koloniale Traum" stellt dabei die wohl schonungsloseste Untersuchung dar. Dementgegen scheint der Hamburger Ethnologe Hans Fischer von der Maxime „retten was zu retten ist" geleitet zu sein. In seiner 1990 erschienenen Studie bescheinigt er den EthnologInnen, daß sie, bis auf wenige Ausnahmen, nicht aus Überzeugung, sondern „nur" aus Opportunismus handelten, d.h., um dem eigenen Fortkommen oder auch dem der Disziplin nicht zu schaden. Außerdem sei es zu keiner praktischen Verwendung der Völkerkunde gekommen, weil sich die Nazis nicht für sie interessiert hätten. Die Völkerkunde sei demnach noch einmal mit einem blauen Auge davongekommen. Die Aufarbeitung der Vergangenheit scheint hiermit beendet, noch bevor sie richtig angefangen hat.

Der Beitrag wurde aus dem oben bereits erwähnten Buch, das von Heiko Möhle herausgegeben wurde, entnommen: Branntwein, Bibeln und Bananen: Der deutsche Kolonialismus in Afrika - eine Spurensuche in Hamburg. 168 Seiten, zahlreiche Abb., Verlag Libertäre Assoziation, Hamburg 1999. ISBN 3-922611-72-9

Über Intersexualität

Die Medizin als Erfüllungsgehilfe des Geschlechterdualismus

by Natascha Feld

Die Geschlechtszuweisung am sogenannten intersexuellen Säugling ist eine bis heute nicht öffentlich geächtete medizinische Praxis, obwohl sie in der schlußendlichen Auswirkung für das Kind keinen Unterschied zur in Europa geächteten Praxis der Genitalverstümmelung an Mädchen in islamischen Ländern Afrikas macht. Sie findet hinter den verschlossenen Türen von wissenschaftlich tätigen Medizinern statt. Diese heben sich aus dem Volk der Menschen ab und stellen mit Skalpell und Bougiergerät eine „Natur" her, die sie für die ursprüngliche halten: Die Zweigeschlechtlichkeit. Einmal mehr helfen sie der „von Sich selbst abweichenden Natur" auf die Sprünge und inszenieren sich so als Diener der Schöpfung. Diese medizinische Produktion einer von sich selbst abweichenden Natur von Zweigeschlechtlichkeit als Normalität und Intersexualität als Verkrüppelung ist ein Paradoxon, daß erst durch die die Moderne kritisierenden Theorien denk- und diskutierbar wird. Und dennoch besteht die Gefahr, daß die in dieser Praxis verübten Verbrechen in den Wellen der Postmoderne und Gender-Dekonstruktion untergehen.

Intersexualität - der Katastrophenfall

Von intersexuellen Menschen wird im deutschsprachigen Raum fast ausnahmslos in der medizinischen Literatur berichtet. Die dort als intersexuell beschriebenen Körper, die im Volksmund Zwitter und in der Historie Hermaphroditen genannt werden, gelten medizinsch als annomal. Die Medizin hält sich da an traditionelle Auffassungen von einer „Restkategorie". Im alten Rom wurden Hermaphroditen teils in einem Reinigungszeremoniell als „Monstra" getötet, teils als androgyne Ideale verehrt. Im Mittelalter wurde sich von dieser Minderheit befreit, indem Hermaphroditen entweder zu Zeiten der Hexenverfolgung verbrannt wurden oder indem sie sich dem ein oder anderen Geschlecht zuordnen lassen mußten. Diese Zuordnung erfolgte entweder für das Geschlecht, was augenscheinlich zu überwiegen schien oder der Vater hatte bei der Geburt das Geschlecht festzulegen. Im heiratsfähigen Alter konnte diese Zuordnung geändert werden, worauf der Hermaphrodit allerdings einen Eid zu schwören hatte, der bis ins 17. Jahrhundert unter Androhung der Todesstrafe einzuhalten war. Dann lockerten sich die Bestrafungspraktiken und Hermaphroditen, die sich zur Frau entschieden hatten, konnten nach dem Tod des Ehegatten erneut wählen. Mit Beginn der Aufklärung wurde die Eidespraxis zunehmend aufgegeben und man hielt den Hermaphroditen für eine „Täuschung der Natur", in dem das „wahre Geschlecht" von Zeit zu Zeit sich zu verschleiern weiß. Auch das Individuum wurde nun verdächtigt, aus diesen Launen der Natur einen Vorteil zu schlagen und sie sich zum Zwecke sexueller Ausschweifung zu nutze zu machen. Im moralischen Interesse wurde deshalb die Feststellung des „wahren Geschlechts" dem medizinischen Expertenurteil übergeben, wodurch ein Mitbestimmungsrecht der Betroffenen ein für alle mal dahin war. Diese Auffassung führte auch dazu, daß medizinisch nur noch in sehr seltenen Fällen von echtem Hermaphroditismus gesprochen wird und in aller Regel ein Pseudo-Hermaphroditismus diagnostiziert wird. So wurde die „Restkategorie" in drei Kategorien unterteilt: Zwitter männlichen Geschlechts, Zwitter weiblichen Geschlechts und echte Zwitter. Die Geschlechtszuordnung war also eine gerichtsmedizinsche Angelegenheit geworden, in der Betroffene, Verwandte, Hebammen usw. kein Mitspracherecht hatten. Begründung: Sie könnten eigene Interessen verfolgen. Anfang des 19. Jahrhunderts wurde im BGB wie auch 1804 im Code Civil festgelegt, daß es keine wahren Hermaphroditen gibt, daß dieses Phänomen immer eine Täuschung, ein Irrtum sei, von dem der Betroffene mit Hilfe der Medizin zu befreien sei. So war die Evolution vom „Monster" zur „Anomalie" vollzogen. Im 20. Jahrhundert findet eine geradezu inflationäre Begriffsbestimmung der medizinischen Anomalien statt. Zunächst durch die Analyse von Hormon- und Chromosomen-Konstellationen und später (1955) durch die Bestimmung des „psychologischen Geschlechts" (Gender) wird der nun verwendete Begriff der Intersexualität in eine Vielzahl von Syndromen wie „Klinefelter-Syndrom", „Turner-Syndrom", „Sweyer-Syndrom", „Reifenstein-Syndrom" etc. aufgefächert. Diese „Entdeckungen", die die Entdecker mit der Übernahme des Namens des Mediziners „ehren" sollte, wurden vor allem in den 20er und 30er Jahren gemacht und schufen für Mediziner einen lukrativen Markt, da nun Spezialisten zur Heilung dieser „komplizierten Krankheit" herangezogen werden mußten. Ab den 50er Jahren wurden hormonelle und operative Korrekturen vorgenommen, dabei wird von dem im Mittelalter vorherrschenden Prinzip „in dubio pro masculo" zu einer überwiegenden Feminisierung übergegangen. Die Korrekturen richten sich nun vorrangig nach der operativen Machbarkeit. „It's easier to make a hole than to build a pole.", lautet deshalb die Devise, welche bei kritischer Betrachtung - wie oben erlätert - den patriachalen Beherrschungsgedanken austreibt, nach dem Männlichkeit sub-

jektiv ist und damit nicht herstellbar, während Weiblichkeit einen objektiven Charakter besitzt und modellierbar erscheint.

Genitalverstümmelungen finden wegen der überwiegenden Feminisierung (90%) heute fast ausnahmslos im Bereich der Kindergynäkologie statt, wobei ambulante und niedergelassene GynäkologInnen diese „Fälle" wegen der angeblichen Spezialisten-Notwendigkeit vorwiegend an kindergynäkologische Abteilungen von großen (Universitäts-) Kliniken überweisen. Es finden oft bis zu 200 gynäkologische Untersuchungen im Alter von 2-16 Jahren statt, in denen eine Vielzahl von Bildmaterial (nackt vor Quadratrastern) zur Überprüfung der normgerechten Entwicklung produziert wird, die Vagina mit Bougierungen penetrationsfähig gemacht wird, und Hormone und Medikamente verordnet werden. Die operative Korrektur findet meist in den ersten Lebenswochen statt, wobei in der Regel mehrere Male „nachkorrigiert" werden muß. Die Behandlungen und Operationen führen allerdings keineswegs zu dem (den Eltern) versprochenen Ergebnis einer eindeutigen Geschlechtlichkeit. Die Hormonbehandlungen haben enorme Nebenwirkungen, die gynäkologischen Untersuchungen wirken traumatisierend, und Vaginaplastiken fallen, wenn sie nicht ständig bougiert werden, in sich zusammen, die Operationen führen meist zu einer Totalamputation der Klitoris/Penis und hinterlassen stark schmerzende Narben. Die strikte Überwachung des Kindes durch die ständigen gynäkologischen Konsultationen und Klinikaufenthalte bewirken eine derartige Entfernung von Gleichaltrigen, so daß von einer „normalen" Pubertät und auch von der gewünschten Penetrationsfähigkeit geschweige denn von einer erfüllten Sexualität keine Rede sein kann. Diese Auswirkungen werden allerdings von medizinischer Seite nicht kontrolliert. Und als würden sie diese billigend in Kauf nehmen, entschuldigen sie sich damit, es herrsche „die soziale Auffassung vor, daß es für ein weibliches Individuum mit reduzierter Genitalfunktion leichter sei, im Leben ihren Mann zu stehen als für ein männliches Individuum mit verminderter Geschlechtsfähigkeit" dafür, daß sie nicht in der Lage sind, eine funktionstüchtige Penisaufbauplastik zu produzieren.

In dieser Praxis integriert sind nicht nur Menschen, die als intersexuell diagnostiziert werden, sondern auch Menschen mit sogenannten genitalen Fehl- und Mißbildungen, hierin liegt der Anteil der Pathologisierten schwerpunktmäßig auf der weiblichen Seite (s.Kasten). Kathrin Bode und Marina Schüßler genauso wie Eva Schindele haben schon auf die Normierungspraxis in der (Kinder-)Gynäkologie hingewiesen und einen deutlichen Trend zur Auffassung von der Frau als Krankheit herausanalysiert. Diese Arbeiten geben ein plausibles Bild dafür, daß die (Kinder-) Gynäkologie ihr Klientel mit größter Sorgfalt zu kontrolliert, und zum überwiegenden Teil für korrigierbedürftig hält. Diese Korrekturen dienen der Produktion einer „beherrschten Weiblichkeit", die keine sexuellen Empfindungen außerhalb der Penetration durch den Mann zu entwickeln hat und gebärfähig ist. Das Fehlen der „Vaginalanlage" bspw. mache der „Betroffenen die Erfüllung ihrer erträumten und anerzogenen Rolle als Frau und Mutter unmöglich", und stürze die „Betroffene nicht selten in einen Abgrund der Verzweiflung", schreiben Stolecke und Terruhn 1987 und raten diese Abnormität mit mechanischen Mitteln (Bougierung) zu entfernen.

Die Praxis der Genitalverstümmelung gilt also nicht nur der Vernichtung eines nicht gestatteten Geschlechts, sondern vorrangig der Herrstellung einer Geschlechterdichotomie. Michel Reiter als SprecherIn der AGGPG (Arbeitsgruppe gegen Gewalt in der Pädiatrie und Gynäkologie) bringt es in ihrem Reader „Diagnose Intersexuell" auf den Punkt: die Männlichkeit ist der „Normalfall", die Weiblichkeit die „Restkategorie" und die Intersexualität die „Katastrophe".



Obwohl die Praxis der Genitalverstümmelung an sogenannten Intersexuellen und sogenannten Frauen in der (Kinder-)Gynäkologie stattfindet, also einen Bestandteil der modernen Medizin darstellt, wird gerade aus diesen ärztlichen Kreisen immer wieder die Stimme der Empörung über die Verstümmelungspraktiken in afrikanischen Ländern laut. (Vgl. Jungle World 24.2.99) So bezeichnen Heinz und Hoyme diese Prozedur als „sicherlich sehr schmerzhaft" und stellen die Frage, wieviele dieser „bedauernswerten Mädchen" dies wohl überstehen. Sie stellen damit ein rassistisches Bild her, in dem die klinische Genitalverstümmelung als gesundheitlich erforderlich, durch Anästhesie und Hygiene für die Betroffenen ungefährlich und deshalb zivilisiert erscheint. Dabei wird spottend auf die „primitiven Kulturen" geschaut, die eine Vergrößerung der Schamlippen bspw. für ästhetisch halten und sie sogar durch mechanisches Ausziehen herstellen, während sie selbst diese Schamlippen-Hypertrophie als genitalte Fehl- und Mißbildung (Hottentottenschürze) deklariert und im Optimalfall operativ entfernt. Rassenka-



tegorien werden hier also verwendet, um eine Aufwertung und Legitimation der eigenen euro-kulturellen Verstümmelungspraktik zu erreichen.

Der Verstümmelungspraktik ein Ende?

Es klingt wie ein Schlag in das Gesicht jeglicher humanistischer Werte und Menschlichkeit: die Opfer-Seite spricht von als Folter erlebten und traumatisierenden gynäkologischen Untersuchungen und genitalen operativen Korrekturen, die eine erfüllte Sexualität für immer versagen. Die andere Seite jedoch hört sich an wie der humanistische Traum schlechthin: als Krüppel geborene Individuen werden dank klügster Technik zu ganz normalen Menschen, mit einer ganz normalen Sexualität und damit einer guten Aussicht auf ein glückliches Leben mit einer erfüllten heterosexuellen Sexualität und Beziehung.

„Auf welcher Seite steht da der Humanismus?"

Eine Frage, die schon in der Frankfurter Schule bei Foucault und anderen zur Disposition stand und hier zum Casus Knacksus wird. Die Betroffenen müssen sich, wollen sie politisch wirken, auf das kollektive Subjekt, das intersexuell ist, bestehen, und sich auf Recht und Gesetz und Menschenwürde beziehen. Begrifflich gesehen ist das jedoch die Sprache ihrer Verstümmler.
Durch die feministisch-postmoderne Debatte um Gender, wofür der Name Judith Butler steht, wird dieses Debakel im Hinblick auf das Geschlecht neu diskutierbar. Die mit Nietzsche eingeleitete Kritik am modernen Subjekt, das sich in „Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit" selbst befreiend, innerlich konstant und autonom, authentisch und vernunftbegabt die Welt zu einer humanistisch besseren Welt macht, gipfelt hier in einer Absage an das als menschliche Konstante schlechthin gesehene Geschlecht. Das liberale Subjekt enttarnte sich als eine Manifestation des Ideals der Männlichkeit, dem gegenüber sich ein Ideal von Weiblichkeit zu befinden hat, und als Objekt zur beherrschten Welt zählt. Das humanistische Menschenbild erscheint als ein Beherrschungsbild. Mit humanistischen Werten geschützt werden die Subjekt-Rechte, die den Menschen in die Lage versetzen, ein Subjekt, das mittels Bildung, Unanbängigkeit und Vernunft seine Welt und sich selbst beherrscht, auszubilden. Nicht geschützt werden die Opfer der Bildung, Unabhängigkeit und Vernunft: keine Menschenrechte, die also für alle gelten.
Diesem Beherrschungsbild immanent erscheint der Geschlechterdualismus. Wenn Judith Butler die Geschlechtskörper wie auch die Geschlechter als immer diskursiv hergestellt bezeichnet und auf den performativen Charakter von Subjektivitäten und Identitäten abhebt, wird das Projekt der Moderne vom Geschlechterdualismus mit Stamm und Stiel suspendiert.
Auch wenn die Theorie von Judith Butler bloße Theorie bleibt, da auch wenn der Geschlechtskörper diskursiv hergestellt ist, er sich nicht beliebig diskursiv umstellen läßt, kann man durch sie doch nun ganz anders über Geschlechtlichkeit reden. Wenn der Unterschied zwischen „naturgegeben" und „hergestellt" aufgegeben wird und wir Begriffe als immer normierend und herstellend begreifen, entstehen Spielräume, darauf zu bestehen, daß es Begriffe wie sexuelle Differenz, Kategorien wie Inter- und Trans- und Bi- usw.-Sexualität gibt, die eine solche Realität von geschlechtlicher Illegalität normiert und hergestellt haben, ohne dabei deterministisch-ausschließend zu sein. Dies meine ich ist notwendig, wenn man die Problematik um die Intersexualität diskutierbar und veränderbar machen will.
Es stellt sich die Frage, ob es klug ist, in einem Moment, wo endlich die Existenz von geschlechtlicher Illegalität auf's Tapet kommt, die Materialität von Geschlechtlichkeit auch schon wieder aufzugeben?
Intersexualität ist ein im medizinischen Diskurs nahezu unsichtbar gewordenes Phänomen. Es wird an Körpern herum geschnitten und bougiert, in Beratungsgesprächen in Seelen gewühlt und in aller Abgeschiedenheit werden Hormonmittel ausprobiert. Doch an wem werden diese Schandtaten verübt, nach welchem Gesetz sind es überhaupt Schandtaten?
Intersexualität ist ein seltsames Debakel, das mit der Sex und Gender-Debatte der frühen Neunziger erst diskutierbar wird und doch mit ihr auch wieder zu verschwinden droht. Ich schlage daher vor, die medizinische Praxis der Genitalverstümmelung als solche in den Blick zu nehmen, sich zu fragen, was eine solche Behandlung mit einem Menschen, wie er Ende der Neunziger in seiner Diskursivität zu sein scheint, mutmaßlich macht, sie demnach vehement zu verurteilen und gleichzeitig die Spielräume der Gender- und Sex-Dekonstuktion zu nutzen und aus-

zubauen, um auf ein nichtdichotomes Menschenbild hinzuarbeiten.
Mittels des medizinsch-biologischen Blicks werden in der Kategorie „Intersexuell" nahezu 4000 verschiedene Geschlechterkombinationen sichtbar, die innerhalb der liberal-humanistischen Medizinlogik illegalisiert und als ein Irrtum der Natur abgehandelt und vernichtet werden. So wird medizinisch-operativ hergestellt, was sich der humanistische Traum als heile Welt phantasiert und zur Umsetzung des Beherrschungsparadigmas benötigt: die Zweigeschlechtlichkeit. Unter diesem Blickwinkel betrachtet, bestehen die derzeitigen geschlechtlichen Begriffsbestimmungen von Mann und Frau ausschließlich deshalb, weil diese 4000 davon abweichenden Geschlechterkombinationen eliminiert werden.
Die Verstümmelungspraktik steht unter dem Paradigma der modern-aufklärerischen Produktion eines autonom-männlichen Subjekts und der Geschlechterdichotomie. Die Anerkennung des Sachverhaltes der Eliminierung einer Geschlechtervielfalt durch die Medizin führt also ebenso wie die konstruktivistische Wende zu einem Zerfall des biologisch-dichotomen Geschlechts. Meines Erachtens sind deshalb die feministische Debatte um sexuelle Differenz auf der einen Seite und um Gender auf der anderen Seite und das Phänomen der Intersexualität sich gegenseitig bedienende und zuspielende Wissensformen. Wenn sie nicht zum Ziel haben, eine neue Weiblichkeit im Sinne einer ausgleichenden Subjekt-Gerechtigkeit zu konstituieren. Es geht wohl eher darum das unter sexistischer und rassistischer Praktiken zerriebene Potential zu mobilisieren und sich von einer dichotomen Gewaltstruktur zu lösen. In der feministischen Debatte wurde das Thema Intersexualität weitestgehend ausgeklammert, da sich hier oftmals die „Restkategorie Frau" immer noch aus ausschließende Determinante bewegt. Es sind eher „Gender-out-law-Literaten" wie Suzanne Kessler und Bernice Hausman gewesen, die die Praxis der Genitalverstümmelung studierten. Ich möchte mich hier Michel Reiter anschließen, wenn er schreibt:
„...erst wenn die Realexistenz Intersexueller mit ihrem subversiven Potential tatsächlich begriffen wird, kann über Gender und soziogeschlechtliche Potentiale einerseits sowie den damit verbundenen Wahnsinn geschlechtlicher Zuweisung andererseits nachgedacht werden." (1997)
Dieses subversive Potential, das aus der „Realexistenz der Intersexualtität" wie auch aus der Theorie der Diskursivität von Geschlecht, Körper und Identität resultiert, auszuloten und zu dynamisieren, halte ich für ein vielversprechendes Projekt auf der Suche nach einer neuen Lebenskunst, auf der Flucht aus dem „durchgegenderten" Raum und bei dem Versuch, das Problem der Intersexualität diskutierbar zu machen. Denn hier muß in Begriffen wie körperlicher Intaktheit, Integrität und Identität weiterhin gedacht werden können, ohne in die einschreibenden und deterministische Praxis abzugleiten. Dieses Paradoxon muß gedacht werden, damit man nicht einerseits in ein geschlechtliches Einerlei abrutscht, wo sexistische und patriarchale Praktiken, die noch gar nicht benannt worden sind, unsprachlich bleiben, und man andererseits nicht der Sprache der Verstümmler verhaftet bleibt, wo ein Subjekt und eine Identität nachgewiesen werden muß, damit ein Mensch in seiner Würde geschützt bleibt. Die neugewonnenen Freiräume dürfen nicht dazu führen, daß sich durch sie auch die medizinische Verstümmelungspraktik davon macht und in der theoretischen Beliebigkeit unanmahnbar wird.
Der Begriff *Gender* ist in diesem Sinne zutiefst vorbelastet, denn er wurde in den 50iger Jahren von Sexualforscher John Money „erfunden", der die genitale Verstümmelung in der medizinischen Praxis erst in Gang setzte. Dank der strukturalistischen Debatte in dieser Zeit bekam seine

Intersexualität ist ein seltsames Debakel,
das mit der Sex und Gender-Debatte der frühen Neunziger erst diskutierbar wird
und doch mit ihr auch wieder zu verschwinden droht.
Ich schlage daher vor, die medizinische Praxis der Genitalverstümmelung als solche
in den Blick zu nehmen,
sich zu fragen,
was eine solche Behandlung mit einem Menschen,
wie er Ende der Neunziger in seiner Diskursivität zu sein scheint,
mutmaßlich macht, ...

Theorie, das Geschlecht sei nicht angeboren sondern ausschließlich sozialisiert, Rückenwind, und gebot ihm, das zuvor in der Sexualforschung unlösbare Problem des „wahren Geschlechts" ein für alle mal zu lösen. Vor Money mußte vor einer medizinischen Geschlechtszuweisung die wahre Geschlechtsidentität des Patienten herausgefunden werden, was weder den im 18. Jahrhundert mit diesem Problem betrauten Juristen noch den modernen Medizinern erschöpfend gelang. Diese Liberalisierung führte dazu, daß die Korrektur bis heute zunehmend von der medizinschen Machbarkeit abhängt und im Zweifelsfall eine Feminisierung bedeutet.

Die gedankliche Nähe Money's mit Butler's Theorie liegt selbstredend und vor allem in dem Insistieren auf dem Begriff Gender und darin, Sex und Geschlechtsidentität als beliebig konstruierbar aufzulösen. Diese jedoch ist eine Nähe, die die Chancen, die in der Butlerschen Theorie liegen, leicht in einen Rückschlag verkehren können.

Dies wurde von Butler selbst und anderen in der feministischen Debatte aufgenommen und in der Theorie von der Diskursivierung und vor allem von Andrea Maihofer in dem Begriff des Geschlechts als Existenzweise aufgelöst. Was allerdings bis dato fehlt, ist das Projekt, das ich oben vorschlug, nämlich die Korrespondenz zwischen Diskursivierung und dem Phänomen der Intersexualität. Leitbild dabei muß der Ausweg aus den Dichotomien sein, welche meines Erachtens immer noch auch in feministischer Theoriebildung, in denen nach einer „Subjektwerdung auch für Frauen" gefahndet wird, eine Rolle spielen. Solange das Geschlecht die übliche Regentschaft über Identität und Subjektivität innehat, und Menschsein nur darüber beschreibbar und intelligibel bleibt,, werden intersexuelle Menschen in ihrer Illegalität verbleiben, wird sich das Beherrschungsparadigma unter dem die Verstümmelungspraxis steht, nicht erübrigen, werden kurz gesagt: Menschen als geschlechtlich fehl- und mißgebildet kategorisiert werden und für ein gesellschaftliches „Wunschbild" von Zweigeschlechtlichkeit bezahlen müssen.

Literatur:

Hausman, Bernice: „Changing Sex. Transsexualism, Technology and the idea of gender", London 1995

Kessler, Suzanne: „The medical construction of gender: case management of intersexed infants. In: „Signs" 16/1 1990, S. 3-26

Maihofer, Andrea: „Geschlecht als Existenzweise"

In den USA gibt es seit 1993 die ISNA (Intersex Society of North America) mit ca. 150 Mitgliedern, welche sich politisch gegen die Verstümmelungspraktik organisiert hat. In Deutschland gibt es drei Personen, die sich öffentlich als intersexuell zu verstehen geben. In Bremen gibt es seit 1995 die AGGPG, die mit Infomaterial, Publikationen und Aktionen Aufklärung leistet.





Abstand nahme.

Die Gestaltung des Lebens nach der Niederlage des politischen Subjekts

by Regina Behrend und Günther Jacob

Es gibt Themen, über die läßt sich schreiben, ohne diese auf sich selbst zurück beziehen zu müssen. Wo über Politik, Ökonomie oder kulturelle Ereignisse geschrieben wird, scheint der Gegenstandsbereich meistens vollkommen außerhalb der Person der Autorin oder des Autors zu liegen. Die Schreibenden wissen zwar, daß diese Dinge und jene Ereignisse sie unmittelbar tangieren können, aber die Dinge und Ereignisse erscheinen dabei als etwas von außen auf die Person Einwirkendes. Diese ist dann vielleicht betroffen und eingeschränkt, aber als Person nicht infrage gestellt.

Viele Themen lassen sich als solche behandeln, die einer äußeren Welt und somit einem die eigene Person weniger bedrängenden Terrain angehören. Diese Themen gehören sozusagen dem Register des Objektiven an, in dem ein analytisches und strategisches Sprechen nicht nur möglich ist, sondern ausdrücklich erwartet wird. Wer sich in diesem Register bewegt, kann ohne die eigene Praxis in die Betrachtung einzubeziehen - beispielsweise behaupten, der allgemeine "Trend zur Individualisierung" und zur "spielerischen Selbstinszenierung" wäre inzwischen so weit gediehen, daß Menschen heute willkürlich ihren "Beruf in der Mitte der Karriere wechseln" würden.

Es ist auch möglich, daß in Anthologien, die einem solchen Thema gewidmet sind, ähnliche Schlußfolgerungen regelmäßig wiederholt werden, obwohl die im Buchanhang mitgelieferten Hinweise zu den Biographien der Autorinnen und Autoren diese weitgehenden Schlußfolgerungen sehr stark relativieren. Denn wir finden dort häufig lückenlose und geradlinige Hochschulkarrieren verzeichnet, in denen zwischen Studium, Promotion, Forschungsstipendiat, wissenschaftlicher Mitarbeit, Habilitation, Vertretung einer Professur und Erhalt der Professur nicht die winzigste Abweichung vom rechten Weg zu entdecken ist. Als Beispiel für ein solches Buch, das an dieser Stelle nur stellvertretend für viele andere ausgewählt wurde, weil es nahe an unserem Thema liegt, kann etwa der von *Holmer Steinfath* 1998 bei Suhrkamp herausgegebene Sammelband "Was ist ein gutes Leben" gelten.

Mit unserem Einwand gegen ein solches Verfahren erheben wir nun keineswegs den Anspruch, es dürfe nur über eine Sache reden, wer sie auch selbst erlebt hat. Selbstverständlich haben auch Menschen, die eine geradlinige Karriere hinter sich haben, das Recht über soziologische Phänomene zu sprechen, die außerhalb ihrer unmittelbaren Erfahrungswelt liegen. Wir würden es jedoch für wünschenswert halten, wenn sie dabei ihr notwendig eingeschränktes Verständnis für diese anderen Welten in Rechnung stellten, statt sich zu rasch in Abstraktionen zu flüchten, und wenn sie ihr Begehren gegenüber diesem Gegenstand wenigstens ansatzweise thematisieren würden. Statt der (hier von *Josef Früchtl* aufgestellten) generalisierenden Behauptung: "Die chronologische Abfolge von Ausbildung, Erwerbstätigkeit und Rente ... gilt nicht mehr. Man wechselt den Beruf in der Mitte der Karriere ...", könnte einfach gesagt werden, daß solche Brüche - wie zum Beispiel bei Hochschullehrern - in relevanten Bereichen der Gesellschaft eher selten vorkommen. Allerdings könnte dann der emphatische Ton deplaziert wirken, mit dem in diesem Aufsatz "Flexibilität" und "Destandardisierung" als notwendige Voraussetzungen einer patchwork identity begrüßt werden.

Diese seltsame Mobilitätsfaszination der Seßhaften mit der geradlinigen Biographie belegt, daß es sich lohnt, auf die Differenz zwischen Biographie und Losung zu achten. Es zeigt sich dann, daß die Begeisterung für Patchwork, Bindungslosigkeit und Hybridität auf etwas Verdrängtes verweisen kann.

Der einsame Nomade bevölkert längst nicht nur die Literatur, sondern auch die Wissenschaft. Von *Wittgenstein*: "Der einzige Ort, an dem philosophische Probleme angegangen und gelöst werden können, ist der Bahnhof", oder Nietzsches: "Das Sitzfleisch ist gerade die Sünde wider den Geist. Nur die ergangenen Gedanken haben Wert" geht offenbar ein "lebenskünstlerisches" Versprechen aus - das Versprechen auf bequeme Vereinbarkeit von Theoretisieren und Wohlbefinden. Daß die imaginierte Ortlosigkeit dabei eine wichtige Rolle spielt, wäre jedoch kein Problem, wenn der partikulare Wunsch nicht universalisiert und dadurch zynisch würde. Denn für die subalternen Patch-Worker ist die Unbehaustheit im Patchwork eine anstrengende Realität. Viele von ihnen legen womöglich auf eine "experimentell gestaltete Ich-Identität" und eine "bunte Folge von Lebensphasen", die von ihnen "das jeweils angemessene Verhalten" fordern, überhaupt keinen Wert, weil sie diese Buntheit nicht frei gewählt haben und diese deshalb nicht als Bereicherung, sondern als Bedrohung ihrer Existenz erfahren. Was also, wenn hier lediglich der heimliche Wunsch eines in den grauen Hochschulalltag eingespannten Autors nach einem etwas pralleren Leben (für das seiner Meinung nach die Figur des DJs steht), in einen vom Anspruch her analytischen Aufsatz einfließt, wo dieser Wunsch der Konvention nach eigentlich unangebracht ist? Es würde bedeuten, daß "das Leben", welches in der Dichtkunst, in der Malerei oder in der Musik seinen Platz haben soll, sich

... daß der Slogan Lebenskunst immer dann Konjunktur hat, wenn das Wissen über das Politische und das Soziale und insbesondere über die "großen Identitäten" diskreditiert ist.

im Register der Abstraktionen zu Wort meldet. Weil es jedoch in diesem Register nach den endgültigen Regeln nicht in dieser unbewußten Weise zu Wort kommen darf, kann es sich dort nur als fragwürdiges politisches Phantasma zu Wort melden. Oder anders gesagt: Indem das abstrakte Denken seinen Reiz verliert und zur Belastung wird, weil es sich als einseitige Tätigkeit im Rahmen einer Laufbahn darstellt, erscheint die politische Kategorie der "Flexibilisierung" plötzlich als ein unterstützenswertes Programm, das "Befreiung" von den uneingestandenen eigenen Qualen verspricht. Die Sicherheit dabei nicht selbst unfreiwillig flexibilisiert zu werden (z. B. um im Bild zu bleiben, sechs Monate im Jahr sein Geld als DJ verdienen zu müssen, ohne Rentenversicherung selbstverständlich), ergibt sich dabei offenbar daraus, frühzeitig die Position des Propheten besetzt zu haben.

Die verdrängten Unbehaustheitsängste der Mobilitätspropheten, deren Laufbahnen von langfristigen Zeithorizonten geprägt sind, weshalb sie sich eine Auflösung überhaupt nicht leisten können, kommen übrigens durch die Hintertür wieder herein. Am Ende macht man sich doch ganz konformistische Gedanken darüber, ob die "Nation" eine solche Dezentrierung auch aushalten kann. So wird zum Beispiel in dem von *Josef Vogl* herausgegebenen Sammelband "Gemeinschaften: Positionen zu einer Philosophie des Politischen" (Suhrkamp 1994) nach einem politischen Konzept gesucht, das den Identitätszwang aufhebt. Andererseits müsse die nationale Gemeinsamkeit, die Vorstellung einer Substanz und der Wahn einer Verschmelzung der Individuen zu einem höheren Einen zwar gebrochen werden, aber auf die Idee der Gemeinschaft könne nicht verzichtet werden. Gesucht wird ein Individuum, das in seinem "in-der-Schwebe-Sein" keinen Gegensatz zu den Interessen der Nation darstellt. Das ist die kommunitaristische Warnung vor der Übertreibung.

Wir beginnen ganz bewußt mit einem Ressentiment, weil wir zu der Überzeugung gekommen sind, nur so dem Thema Lebenskunst gerecht werden zu können. Dieses Thema unterscheidet sich gerade dadurch von den eingangs erwähnten Themen, daß es nur mit großer Mühe und Willkür von der eigenen Person ferngehalten werden kann. Wer sich zu einer Stellungnahme aufgefordert sieht, wird sofort in Turbulenzen gestürzt. Man kann diesen Effekt zwar abwehren, sei es, daß man sich auf einen Literaturbericht zum Thema zurück zieht oder sei es, daß man ganz schroff zu Protokoll gibt, daß es grundsätzlich kein richtiges Leben im falschen geben kann. Letzterem Einwand könnte jedoch leicht entgegengehalten werden, daß auch dies eine Haltung gegenüber dem Leben ist, die erst als Resultat einer Auseinandersetzung mit dieser Frage zustande kam. Davon abgesehen verheißt auch die Position "es gibt kein richtiges Leben im falschen" denen, die sie vertreten, ein gewisses Glück - das hochriskante und einsame "Glück der Erhebung" (*Adorno*) über jene, die sich mit gedankenlosem Registrieren, Ordnen und Zusammenfassen der Fakten verlieren.. Außerdem sieht es ganz so aus, als ob eine Beschäftigung mit dem Thema Lebenskunst auf das genaue Gegenteil von Lebenskunst hinausläuft. Wer diese Kunst beherrscht, wird sich nicht dazu drängen lassen, an schönen Sommertagen alles von *Adorno* bis *Foucault*, von der Existenzphilosophie bis zu den Avantgardetheorien, noch einmal unter diesem Aspekt durchzusehen oder die unendliche Geschichte vom Leben der Boheme und anderen heroisch-männlichen Versuchen, Kunst und Leben doch noch zusammenzubringen, ein weiteres Mal zu kanonisieren, und darüber auch noch jene Momente des eigenen Lebens zu objektivieren, die bislang wohlweislich vom distanzierten Reden freigehalten wurden.

Lebenskunst? Wer spürt nicht, wenn dieses Wort fällt, daß es eine Abgrenzung nach "unten" transportiert? Daß es einen Disziplinierungsversuch enthält, eine Nötigung zur Selbstbeobachtung? Ist es nicht ein Netz, in dem man sich wahrscheinlich verfangen wird? Das Stichwort Lebenskunst produziert Rechtfertigungszwang, Geständniszwang, ethische Normen, Moral. Und es vereinzelt radikal, verschiebt die Perspektive auf den vereinzelten

Einzelnen und weg vom Sozialen. Die Verantwortung für ein "gutes Leben" wird mit diesem Begriff vollständig auf die Schultern der Einzelnen geladen. Die "Gesellschaft", von der einige allerdings behaupten, daß sie, ähnlich wie die "Nation", eine metaphysische Konstruktion sei, wird hingegen, so scheint es, vollständig aus der Verantwortung entlassen. Sie erscheint nur noch als einfache Summe ihrer Mitglieder. Läßt sich aus dieser Perspektive überhaupt noch denken, daß der bzw. die Einzelne erst auf einer bestimmten Stufe der Vergesellschaftung gedacht werden kann? Erst in seiner abstrakten und atomisierten Gestalt konnte das bürgerliche Individuum schließlich mit Menschen- und Grundrechten ausgestattet werden und "das Wichtigste" werden. Erst diese hergestellte blanke Individualität ermöglicht historisch den Gedanken an Autonomie. Jede andere Sichtweise muß eine vorgesellschaftliche Essenz unterstellen - das wahre, "eigentliche" Selbst. Einem solchen Selbst, dem die Machtbeziehungen äußerlich zu sein scheinen, kann es nur - gestützt auf die antropologische, kulturübergreifende Konstante "Drang nach Lebenskunst" -, darum gehen, diese äußeren Machtbarrieren zu durchbrechen, und so das "Eigentliche" wieder freizulegen.

Diese Einwände scheinen den Verdacht zu rechtfertigen, daß der Slogan Lebenskunst immer dann Konjunktur hat, wenn das Wissen über das Politische und das Soziale und insbesondere über die "großen Identitäten" (Klasse, Frau etc.) diskreditiert ist. Derartige Konstellationen haben in der Vergangenheit Rückzüge in die Innerlichkeit sowie das Verlangen nach einem heimatlichen und nationalen Wir bewirkt. Sollte die Frage nach der Lebenskunst daher nicht gegen ihre Urheber gewendet und zurückgefragt werden, weshalb sie gerade HEUTE auf dieses Thema kommen?

Einwände sind auch auf einer konkreten Ebene möglich: Das von sich selbst absorbierte Selbst verliert den anderen aus dem Auge. Eine als Selbstkultur verstandene Lebenskunst produziert fast automatisch eine Vorstellung von Lust am eigenen Ich, die übersieht, wie sehr das Subjekt auf anderes angewiesen ist, als auf sich selbst. Läuft eine Praxis, welche die Aufmerksamkeit auf die eigenen Fähigkeiten konzentriert, die dann in bewußt gehandhabte Objekte der Perfektionierung und Verfeinerung verwandelt werden, nicht auf die Implosion des Anspruches auf ein "gutes Leben für alle" hinaus - auf eine Haltung, welche die Reform des Verhaltens an die Stelle der Revolution der Verhältnisse treten läßt? Ohne Nahrung, Lust, Liebe, Theorie und gegenseitige Gewogenheit ist ein "gutes Leben" nicht zu haben. Nicht einmal die Sprache gehört einem selbst. Die private "Sorge um sich" wäre demnach, spätestens wenn sie von der Diätetik (dem sorgender Umgang mit sich selbst) zu einer Art Ersatz-Ethik (Ästhetik der Existenz) radikalisiert wird, nichts anderes als Distinktion. Denn dort, wo es vor allem um Verfeinerung, ästetisches Differenzierungsvermögen und hohes Stilisierungsniveau geht, findet Klassenkampf statt. Kulturelle





Kompetenz erscheint als eine Gabe der Natur, als in der Person begründeter Stil, solange die sozialen Bedingungen, die den Erwerb dieser Kompetenz ermöglichten, unthematisiert bleiben. (...)
Eine notwendige Differenzierung betrifft den Gegensatz zwischen der Logik der Distinktion und dem Wunsch, sich durch Abstandnahme in Beziehung zur eigenen Gegenwart zu setzen. Vor allem Theater, Dichtung, Kunst, Psychologie und Philosophie gelten als Medien/ Institutionen der Abstandnahme. Nicht jedes Konzept von Lebenskunst zielt auf Macht und Überlegenheit. Für die Selbstsorge gibt es Motive, die ganz außerhalb konkurrenzhafter Strukturen liegen. Wir erleben uns selbst als die Subjekte unseres Denkens und Handelns. Unter dieser Ich-Perspekive begegnen wir der Welt, wissend, daß unser Leben ein dem Sog des Vergehens ausgesetztes In-der-Zeit-Sein ist. Dabei fühlen wir uns in der modernen Gesellschaft dem Strom der Zeit substanzlos und ohne feste Identität ausgeliefert. In der Diskussion über *Daniel J. Goldhagens* Buch "Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust" haben wir erlebt, daß der Aspekt der persönlichen Verantwortung häufig als unwissenschaftliches Konzept abgelehnt wird. *Goldhagen* vertrete das Konzept des autonomen Individuums und wolle damit das Ereignis Holocaust auf die Summe entstandener persönlicher Schuld rückführbar werden lassen. Diese Vorstellung, ein individueller Wille können nur als gesellschaftsunabhängiger gedacht werden, unterstellt, daß alle Momente der Realität bloße Durchsetzungsformen des "Systems" oder der "Struktur" sind. (...)
Besonders deutlich wird der lebensweltliche Sprechort von Wissenschaftler/innen, wenn direkt oder indirekt von Utopien die Rede ist, weil das Maß ihrer sozialen Utopien meistens die eigene Lebenswelt ist. Die anzustrebende bessere Welt verweist sich da schnell als eine heile bürgerliche Welt, in der "das gute Buch" und die Oper als bedeutende Ereignisse für alle gelten sollen. Den einen mag die relativ reibungslose akademische Laufbahn der "Meisterdenker" ein Vorbild sein, anderen wiederum der Sportwagen von *Foucault*. In den meisten Fällen ist es jedenfalls ein weißes, männliches Utopia, das entworfen wird. Bei *Marx* kehrt der Utopismus, den er an seinen Vorgängern so heftig kritisiert, zurück, als Ideal eines "von der Utopie zur Wissenschaft" fortschreitenden Sozialismus, das selbst eine Utopie enthält - die der vollständigen wissenschaftlichen Erklärbarkeit der Welt. Auch *Adorno* kann seine Befangenheit in der eigenen Lebenswelt nicht leugnen, wenn er beispielsweise einem theoretischen Text die bildungsbürgerliche Tradition bemüht: "Kein Fühlender, in dem noch etwas voreuropäische Tradition überlebt, der nicht vom Laut einer Amsel nach dem Regen gerührt würde". So wird der eigene Maßstab als universeller gesetzt und es wird dabei übersehen, daß der Anspruch, etwas begriffen zu haben, was andere nicht oder nie begreifen, eine Geste der sozialen Distinktion ist, die dem "falschen Bewußtsein" der anderen sein normatives Bild von der "wahren Natur" der menschlichen Bedürfnisse entgegenhält. Diese Überzeugung, über ein Wissen zu verfügen, das zur Erziehung der Massen verpflichtet, ignoriert die Hierarchie der legitimen Wahrheiten: Wer die richtigen Worte findet, wer zu formulieren versteht, was er will, wer sein Wollen zu legitimieren vermag, und wer schleißlich über Möglichkeiten - das heißt auch: die Mittel - verfügt, um seinen Willen auch gegen Widerstände zu realisieren, der hat eben besonders gute Chancen, situative Definitionsmacht zu erlangen. Linke Theoretiker/innen können überzeugend den Diskurs der ehrlichen Arbeit der Lohnarbeiter/innen kritisieren, ohne zu bemerken, daß ihre eigene Arbeit an der Kritik sich von diesem Arbeitsethos kaum unterscheidet, denn im Wissensbetrieb genießen die Fleißigen mehr Ansehen als anderswo. Da die verleugneten sozialen Bedingungen der eigenen theoretischen Produktion sich auf diese Weise immer wieder hinterrücks bemerkbar machen, scheint ein blinder Fleck zu existieren, der nicht selbst Gegenstand von Theorie werden kann.

Der Artikel ist eine stark gekürzte Fassung eines ebenfalls im *Kunstforum International* im Dezember 1998 erschienen Textes.



Filmkritik

by Kai Kaschinski

1989 drehte Regieusseur Edward Zwick *Glory*. Einer der Hauptdarsteller war Denzel Washington. Heute, 1999, läuft der Film *Ausnahmezustand* in den Kinos. Auch hier spielt Denzel Washington unter der Regie von Edward Zwick eine Hauptrolle. Die Filme ähneln sich allerdings nicht nur in diesem Punkt. Sowohl in *Glory* als auch in *Ausnahmezustand* steht scheinbar die Auseinandersetzung mit Rassismus in den USA im Mittelpunkt des Plots. Zudem wählte Zwick für beide Filme, genau wie für den 1996 vom Duo Zwick/Washington präsentierten Film *Mut zur Wahrheit* eine militaristsiche Szenerie.

In *Glory* kämpft eine afroamerikanische Einheit der Nordstaaten, zu der unter anderem Denzel Washington gehört, im Sezessionskrieg gegen die Sklaverei. Am Ende des Films gipfelt die Story in einem selbstlosen, zur Kriegslegende stilisierten Angriff dieser Einheit auf eine Südstaatenfestung. Nur dieser Angriff scheint die rassistischen Vorurteile gegen die Einheit, die ihr auch aus den eigenen Reihen der Nordstaatenarmee entgegen schlagen, endgültig widerlegen und das Sklavensystem der Südstaaten bezwingen zu können. Der Heldentod soll aus der Kriegslogik einen Befreiungsakt werden lassen.

Gut 130 Jahre später verhängt der Präsident den Ausnahmezustand über New York. Denzel Washington als Leiter der FBI-Antiterroreinheiten, Anthony Hubbard, scheint nicht in der Lage zu sein einen Terrorring islamischer Fundamentalisten aufzudecken. Nachdem Bombenanschläge die Stadt in Angst und Schrecken versetzt haben, besetzt nun eine Armeedivision unter Kommando von General William Devereaux, alias Bruce Willis, den New Yorker Stadtteil Brooklyn und inhaftiert alle männlichen Mitglieder der arabischen Minderheit mittleren Alters. Die Bilder der im Sportstadion Gefangenen, die Zäune und die Scheinwerfer wecken Assoziationen zu Lagern, wie sie in diesem Jahrhundert immer wieder schon errichtet worden sind. Direkt wird der Zusammenhang zur Inhaftierung von Menschen japanischer Herkunft in den USA während des 2. Weltkrieg hergestellt.

Ausgangspunkt dieser Situation ist die Entführung eines islamischen Geistlichen, der für einen Anschlag auf eine US-Einrichtung verantwortlich gemacht wird. Diese Story wird in einem Intro versucht möglichst realitätsnah zu gestalten. So werden zu Beginn des Films im Stil einer Nachrichtensendung Fernsehbilder eines zerstörten Gebäudes und eine Rede Bill Clintons gezeigt. Der Bezug zu den letztjährigen Anschlägen auf US-Einrichtungen in Afrika und die deshalb verdächtigten islamischen Gruppierungen sind somit mehr als offensichtlich.

Bis zum Showdown mit der letzten der als skrupellos dargestellten Terrorzellen lebt der Film von seinen schnell aufeinanderfolgenden, wenn auch nicht besonders orginell inszenierten, Actionelementen. Hubbard kämpft dabei gegen die Terroristen auf der einen und die verfassungsfeindlichen Teile des Establishment auf der anderen Seite. Er steht mit jeder Faser seiner Figur für das moralisch Integere, Verfassungstreue und Zivilcourage. So stellt er sich bruchlos und ohne Loyalitätsprobleme gegen die Verhängung des Ausnahmezustands und die rassistischen Übergriffe der Armee, obwohl er selbst ein Vertreter dieses politischen Systems ist.

In dieses Gut-Böse-Schema werden fast alle inhaltlichen Aspekte des Films eingepasst. Ein schneller Verweis auf den US-Imperialismus als Motiv der islamischen Terroristen, ein kurzer Dialog, der den moralischen Fundamentalismus Hubbards infragestellt oder eine Szene, die die Korrumpierbarkeit und das Machtstreben der Regierung zeigt, sind lediglich politisch-korrektes Beiwerk. Konsequenterweise fällt der einzig glaubhafte und mit Widersprüchen dargestellte Charakter, die von Annette Being wirklich gut gespielte weibliche Hauptrolle, der Elise Craft bzw. Sharon Bridger, seinen dramaturgischen Widersprüchen zum Opfer. Craft ist eine anfangs relativ undurchschaubare CIA-Agentin, die versucht in Konkurrenz und später gemeinsam mit Hubbard die Terroristen zu erwischen. Im Schlussteil wird sie dann allerdings als Ausbilderin der Fundamentalisten, die aus einem schlechtem Gewissen heraus versucht ihre früheren Schützlinge unschädlich zu machen, geoutet. Ihr wird dabei eine spezielle Variante von besorgter Mütterlichkeit zugeschrieben und der Rolle jegliche Stärke genommen, so dass sie am Ende zur Nebenrolle verkümmert. Die Männer lösen die Probleme schlussendlich alleine.

Im Kern steht der Film wie eben auch *Glory* für die Integration der minoritären Communities der USA auf einer nationalistischen Basis. Washington symbolisiert dies durchgehend. Und hierbei geht es genausowenig um die Integration in ein ziviles System wie es zur Zeit des Sezessionskrieges vornehmlich um die Sklavenbefreiung ging. Die Political Correctness gibt nur den Rahmen für einen effekthelschenden und mit Realitätsbezug versehenen Plot, der das rassistische Motiv des islamischen Fundamentalismus als Feind der US-Gesellschaft anspricht. Dieses Feindbild wird spätestens seit dem Iran-Konflikt 1979 kontinuierlich bedient und wurde nicht zuletzt zur Legitimierung des Golfkriegs genutzt. So ist es keineswegs unpassend Anthony Hubbard und Collin Powell, den afroamerikanischen US-Stabschef des Golfkriegs, miteinander zu vergleichen. Powell als auch Hubbard übernehmen beide als Vertreter der integrierten Teile der afroamerikanischen Minderheit die Funktion die imperialistische Politik als gesellschaftlichen Konsens darzustellen und zudem ihre innerstaatlichen, rassistischen Motive in der Konsequenz zu leugnen. Für diese Logik steht beispielhaft die Rolle des Frank Haddad, alias Tony Shalhoub, eines FBI-Agenten arabischer Herkunft. Seine Konflikte mit den rassistischen Internierungen, bei denen auch sein Sohn verhaftet wird, werden dadurch aufgelöst, dass sein Kollege Hubbard ihn auffordert für die gerechte Sache und gegen den Extremismus einzutreten und seine Bedenken zugunsten seines Patriotismus und des Glaubens an das Gute im System zurückzustellen.

Ausnahmezustand, The Siege, USA, 1998.
Regie: Edward Zwick.
Buch: Obst/Zwick/Filley.
Produktion: Twentieth Century Fox.
Länge: 115 Minuten.

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben!

BUKO 22 in der "EXPO-No-City" Hannover, 28. - 31. Oktober 1999

MACHT ZUKUNFT SPASS

Perspektiven gegen die schöne neue EXPO-Welt

Ein wahrer Kongreß- und Veranstaltungsmarathon steht für Frühjahr und Sommer 1999 an. Im März lädt die Gruppe Fels zur Konferenz "Für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung" nach Berlin. Anfang April veranstaltet die Initiative Libertad! ebenfalls in Berlin unter dem Titel "Befriedung oder Befreiung? Perspektiven internationaler Solidarität" eine internationale Konferenz für die Freiheit aller politischen Gefangenen weltweit. Einen Monat später kommen die Mittelamerikagruppen in Frankfurt zu ihrem bundesweiten Treffen "Neoliberalismus am Ende? Neue Hoffnung für Mittelamerika?" zusammen. Und Ende Mai geht's dann in Köln richtig los: Einen Monat lang Kongresse, Demos, Happenings, um gegen den EU- und den Weltwirtschaftsgipfel zu protestieren und Alternativen zur bestehenden Weltordnung zu diskutieren. Viele spannende Ansatzpunkte, um die Vernetzung unterschiedlicher Bewegungen voranzubringen, aber auch Grund genug, den eigentlich für Mai 1999 geplanten BUKO-Kongreß (BUKO 22) in den Herbst zu verlegen. Mit dem neuen Termin für den BUKO 22 wollen wir eine Brücke von den Kölner Alternativ- und Gegenveranstaltungen zu den entsprechenden Aktivitäten rund um die EXPO 2000 in Hannover schlagen.

Aufruf zum BUKO 22 in Hannover

MACHT ZUKUNFT SPASS
Perspektiven gegen die schöne neue EXPO-Welt

Der 22. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) findet vom 28. bis 31. Oktober 1999 in Hannover statt. Der BUKO nimmt - wenige Monate nach den EU- und Weltwirtschaftsgipfeln in Köln - die Internationale Weltausstellung EXPO 2000 (1.6.-31!.10.2000) in Hannover zum Anlaß, die Debatten über emanzipatorische Politik jenseits der herrschenden Weltordnung weiterzuführen.

"The knowledge of the poor is rich - ..."

Die Utopien von solidarischen Lebenszusammenhängen stehen im Zentrum von Praxis und Theorie vieler sozialer und politischer Bewegungen in Deutschland, Europa und in anderen Kontinenten. Für sie schafft der BUKO 22 ein Diskussionsforum. Die Leitfragen entwic!
keln sich aus der praktischen Arbeit der beteiligten Gruppen und Organisationen und artikulieren ihre grundlegende Kritik zu den Mainstream-Perspektiven, wie sie die EXPO 2000 inszeniert.
172 Regierungen und 14 internationale Organisationen haben sich bis Februar 1999 auf Einladung der Bundesregierung als ,offizielle Teilnehmer zur EXPO 2000 angemeldet. Diese werden den größten Teil der Ausstellungen auf dem EXPO-Messe-Gelände bestreiten. Al!
s 'nichtoffizielle Teilnehmer' sind multinationale Konzerne, NGOs u.a. Institutionen im Spiel. Die Anmeldung von NGOs erfolgt ausschließlich über die jeweilige Regierung. Die EXPO 2000 GmbH managt das Großereignis.
Ob es um Hunger in der Welt geht, um Armut oder Umweltzerstörung, die EXPO GmbH verspricht in "atemberaubenden Ausstellungsbeiträgen" "Lösungsvorschläge für die Probleme der Zukunft anschaulich, aktiv und mit allen Sinnen erlebbar" zum machen (www.expo2000.de). Neben einem 'Kultur- und Ereignisprogramm' sind ein 'Themenpark' zu 11 Einzelthemen, 'weltweite Projekte' und das Konferenzprogramm 'Global Dialogue' in Planung.

" ... the knowledge of the rich is toxic" (Sunita Narain)

Die Ausstellenden sollen sich an der Agenda 21 und damit am Konzept der nachhaltigen Entwicklung orientieren. Nach diesem Konzept wäre es möglich, gleichzeitig Wirtschaftswachstum, Ressourcenschonung und den Abbau der weltweiten sozialen Ungleichheiten zu e!
rreichen - selbstverständlich unter Beibehaltung bzw. Intensivierung der bestehenden patriarchal-kapitalistischen Weltordnung. Etwa 40 Mio. BesucherInnen werden zu der riesigen Wirtschafts- und Technik-Show erwartet. Sie sollen für mehr Wachstum, mehr Techn!
ik und mehr "Liberalisierung" des Handels begeistert werden - nach dem altbekannten Motto: Ist die Wirtschaft gesund, freut sich der Mensch.
Im Gegensatz zu der "Wissenspopularisierung" à la EXPO 2000 ist für den BUKO 22 die

BUKO-ADRESSEN

BUKO GESCHÄFTSSTELLE:
NERNSTWEG 32-34, 22765 HAMBURG,
TELEFON 040-39 31 56, FAX 040-39 07 520,
E-MAIL BUKO@CL-HH.CL.SUB.DE

BUKO AGRAR-KOORDINATION:
NERNSTWEG 32-34, 22765 HAMBURG,
TELEFON 040-39 25 26, FAX 040-39 07 520

BUKO PHARMA-KAMPAGNE:
AUGUST-BEBEL-STR. 62, 33602 BIELEFELD,
TELEFON 0521-60 550

BUKO KAMPAGNE "STOPPT DEN RÜSTUNGSEXPORT":
BUCHTSTR. 14-15, 28195 BREMEN,
TELEFON 0421-32 60 45, FAX 0421-33 78 177,
E-MAIL REXBUKO@OLN.COMLINK.APC.ORG

alaska - ZEITSCHRIFT FÜR INTERNATIONALISMUS:
BERNHARDSTR. 12, 28203 BREMEN,
TELEFON 0421-72 034, FAX 0421-72 034

kontinuierliche Auseinandersetzung mit folgenden Themen der politischen, sozialen und kulturellen Praxis relevant:
- Globalisierung und Neoliberalismus
- Nachhaltige Entwicklung und Herrschaft
- Kooperation und Vernetzung von sozialen, politischen und kulturellen Bewegungen
- Perspektiven eines neuen Verständnisses internationalistischer Arbeit
- Zukunftsentwürfe und Gegenmacht von unten.

Vier Foren für den BUKO 22

Für den BUKO werden vier Foren organisiert, die jeweils in einzelnen Arbeitsgruppen zentrale Fragen, praktische Erfahrungen und Perspektiven diskutieren. Anknüpfend an zentrale Positionen des Konzeptes "EXPO 2000" wird am ersten Tag die kritische Bestandsau! fnahme der herrschenden Verhältnisse im Vordergrund stehen. Am zweiten Tag dreht sich die Diskussion um Perspektiven der zukünftigen eigenen Arbeit. Auch Gäste aus anderen Ländern sind zum BUKO 22 eingeladen. Zur Eröffnung der Diskussionstage und für die Au!
swertung am Sonntag werden SprecherInnen aus politischen und sozialen Bewegungen erwartet, deren Beiträge besonders für die zukünftige Kooperation vielversprechend sein werden.

Aktuelles Programm, Informationen und Anmeldung:
BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg
Tel. 040 - 39 31 56



Mittelamerika-Bundestreffen 1999

vom 7.-9. Mai 1999 in Frankfurt am Main

Neoliberalismus am Ende?

Neue Hoffnung für Mittelamerika?

Gemeinsam mit den Basisorganisationen in Mittelamerika haben wir Ideologie und Praxis des Neoliberalismus immer wieder kritisiert. Inzwischen zeigen Wirtschafts- und Währungskrisen in Asien, Rußland und jetzt auch in Südamerika deutlich, daß freie Märkte und Deregulierung die Probleme nicht lösen, sondern zunehmend neue schaffen. Die schon über ein Jahrzehnt andauernde Schuldenkrise ist alles andere als gelöst und die in diesem Zusammenhang von IWF und Weltbank durchgeführten Strukturanpassungsmaßnahmen legten nicht - wie behauptet - die Grundlage für wirtschaftliche Entwicklung, sondern dienten und dienen dazu, aus diesen Ländern möglichst viel Schuldendienst herauszupressen und die Öffnung zum Weltmarkt zu erzwingen. Deregulierung und Reduzierung der Staatsausgaben gingen und gehen zu Lasten der Schulbildung, des Gesundheitswesens, der (Land-)ArbeiterInnen-Rechte und der binnenmarktorientierten Produktion.
Durch den Hurrican Mitch, der im Oktober'98 in Mittelamerika wütete, rückte die ökonomische und soziale Lage der mittelamerikanischen Länder wieder ins Blickfeld:
- Die Abhängigkeit kleiner, armer Staaten im gegenwärtigen Weltwirtschaftssystem.
- Die ungelöste Landfrage.
- Die untragbare und aus eigener Kraft nicht rückzahlbare Auslandsverschuldung.
- Die Menschenverachtung und Korruption der Regierenden, die nicht davor zurückschrecken, Hilfe zurückzuhalten, wenn sie den "Falschen" (Basis- und Nichtregierungsorganisationen) zugute kommen könnte.

Das Bundestreffen soll allen Mittelamerika-Interessierten eine Gelegenheit bieten, im Austausch - auch mit mittelamerikanischen Gästen - unsere Wege in der Solidaritätsarbeit zu reflektieren und mögliche Handlungsfelder näher zu bestimmen.

Programm:

Eröffnung mit Vilma Nuñez/Präsidentin der Menschenrechtsorganisation CENIDH/Nicaragua
Arbeitsgruppen
Entwicklungsdenken und Entwicklungspolitik;
Weltwirtschaftsabhängigkeit und Entwicklungspolitik;
Projekte, Begegnungen, Zusammenarbeit von NGOs hier und dort;
Sozialstandards und Zukunft der Arbeit; arbeitende Kinder;
Landfrage;
Frauen;
Zur Rolle linker Parteien in Nicaragua
Podiumsdiskussion "Solidarität gegen Weltmarktkonkurrenz" (angefragt: Vilma Nuñez; Heidemarie Wieczorek-Zeul (BMZ); Dr. Gern (KAIROS/Europa); Hans Branscheidt (medico); Rainer Falk (Weed)

Infos: bis 15.03.1999 bei Michael Puhlmann Tel.: 06152/909553
ab 15.03.1999 bei der Hessenkoordination der Nicaragua-Initiativen, c/o Verein Monimbó, Darmstädter Str. 23, 63128 Dietzenbach, Tel. und Fax: 06074/26891
Kosten: DM 70,-

Tagungsort: Haus der Jugend; Deutschherrenufer 12, Frankfurt/Main

Veranstalter: Hessenkoordination der Nicaragua Partnerschaften, unterstützt durch: Informationsbüro Nicaragua, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V./München, Infostelle El Salvador, Infostelle Guatemala, Infostelle Honduras, medico international

Kampf dem rassistischen und sexistischen Normalzustand! Widerstand ist nötig!

Aufruf zur bundesweiten Demonstration gegen den Frauenabschiebeknast in Neuss am 12.Juni um 12 Uhr, Treffpunkt Bahnhof.

by Vorbereitungsplenum Demo Neuss

In Neuss (NRW) befindet sich seit 1993 der bundesweit einzige Frauenabschiebeknast. Eingeführt unter einer SPD-Landesregierung, die in Sachen Abschiebung und Abschiebeknäste Vorbild für die anderen Bundesländer war, hat sich daran auch unter rot-grüner Herrschaft erwartungsgemäß nichts geändert. Der Knast befindet sich mitten in der Stadt Neuss, wenig spektakulär und unauffällig. Zwischen 70 und 90 Frauen sind hier in Zweier- und Sechserzellen eingesperrt, oft Frauen unterschiedlicher Herrkunft in einer Zelle, so das eine Verständigung schwierig ist. Die medizinische Versorgung ist unzulänglich und wird nur durch einen männlichen Sanitäter erbracht, die Frauen haben keinen freien Zugang zu Telefonen und Besuche sind stark eingeschränkt. Meist ohne Informationen über ihr Verfahren und ihre Rechte ist für sie die Dauer der Haft, an deren Ende in der Regel die Abschiebung steht, nicht absehbar. Zur Zeit sind überwiegend Frauen aus Osteuropa, zur Hälfte aus der ehemaligen Sowjetunion inhaftiert, aber auch aus einigen afrikanischen Ländern wie Ghana und Nigeria, aus Syrien, der Türkei und Tunesien, aus Thailand und Lateinamerika.

Aus eigenem Entschluß und/oder gezwungenermaßen haben sie ihr Zuhause, ihren Sprachraum und ihre Freunde und Familien verlassen. Sie sind geflohen vor Kriegen und geschlechtsspezifischer Armut (Frauen leisten weltweit 2/3 der gesellschaftlich notwendigen Arbeit, erhalten aber nur 10% des Welteinkommens und 1% des Weltvermögens, arbeiten meist in ungesicherten Arbeitsverhältnissen), aber auch vor Verfolgung wegen eigener politischer Aktivitäten und Widerstands. Sie haben Arbeit, ökonomische und politische Sicherheit gesucht. Sie sind als Ehefrauen deutscher oder in Deutschland aufenthaltsberechtigter Männer gekommen. Sie haben die Kraft und den Mut aufgebracht, sich gegen Angriffe auf ihre körperliche Unversehrtheit und ihr Selbstbestimmungsrecht als Frau, wie Zwangsheirat, Genitalverstümmelung, Lesbenverfolgung, Berufsverbote und Kleidervorschriften zu wehren und zu fliehen.

Doch auch hier ist das Leben vieler Migrantinnen durch ein spezifisches Zusammenwirken von Rassismus, Sexismus und Ausbeutung gekennzeichnet. Das beginnt damit, daß sie zunehmend ge-zwungen sind, illegal in die abgeschottete BRD einzureisen. Dabei sind sie auf Fluchthelfer angewiesen, mit dem Risiko, von diesen finanziell und auch sexuell ausgenutzt zu werden. Es setzt sich fort in einer Asylpraxis, die Frauen in der Regel nicht als asylberechtigt anerkennt, da ihre Fluchtgründe ignoriert und entpolitisiert werden. Kommen Migrantinnen als Ehefrauen, sind sie in höchstem Maße dem Ehemann ausgeliefert, da ihre Aufenthaltsrecht über Jahre von ihm abhängt.

Flüchtlingsfrauen werden per Gesetz gezwungen, in Lagern und Sammelunterkünften zu leben, was die Gefahr sexueller Belästigung erhöht. Haben sie Familie, so sind es in der Regel sie, die mit einem für Flüchtlinge massiv gekürzten Sozialhilfesatz oder z.B. Essenspaketen die Versorgung von Ehemann und Kindern hinkriegen müssen. Die rigide gesetzliche Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten von Migrantinnen läßt den Frauen häufig nur die Möglichkeit, „illegal" und/oder unter extremen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsbedingungen zu arbeiten. Für viele Frauen ist die Arbeit als Prostituierte oft die einzige Möglichkeit des Geldverdienens.

Auf Ämtern, bei Polizei und Justiz müssen Migrantinnen immer mit rassistischen/sexistischen Schikanen und Demütigungen rechnen. Wenn sie sich zur Wehr setzen, haben sie nicht nur die staatliche Gewalt gegen sich. Denunziation und nachfolgende Abschiebung haben sich bewährt, um illegalisierte Migrantinnen, die nicht nach Belieben des Chefs oder der Chefin arbeiten wollen, Sexarbeiterinnen, die sich weigern, nach den Regeln des Geschäfts zu funktionieren, oder Ehefrauen, die sich gegen ihren Mann wehren, 'elegant' loszuwerden.

Wir fordern deshalb:
Eigenständiges Aufenthaltsrecht für Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen
Anerkennung sexistischer Verfolgung und sexualisierter Gewalt als Asylgrund.

Die alltägliche Erfahrung, Migrantinnen vor allem da anzutreffen, wo es darum geht, deutschen Dreck wegzumachen oder deutschen Männern zur Verfügung zu stehen, entwickelt und verstärkt den Sexismus/Rassismus in den Köpfen: Daß „Ausländer sich das gefallen lassen (müssen)" und "man das alles mit (zumindest manchen) Frauen machen kann", bewirkt nämlich zweierlei: Zum einen werden die Bilder von eigener Überlegenheit gegenüber Schwarzen/Frauen als soziale Erfahrung bestätigt. Zum anderen bieten sich für alle immer mehr Möglichkeiten, die Unterdrückung und Ausbeutbarkeit von Migrantinnen auch persönlich immer selbstverständlicher zu nutzen.

Die gemischtgeschlechtlichen antirassistischen Gruppen haben die spezifische Situation von Flüchtlingsfrauen und Migrantinnen bisher kaum wahrgenommen, wenn dann meist nur als politische Pflichtübung. 'Erfolgreich' konnte so die ansonsten erforderliche Diskussion über das Zusammenwirken von staatlicher Gewalt, Rassismus und Sexismus vermieden werden. Im Kampf gegen Staat und aggressiven Rassismus wurde direkte und strukturelle Unterdrückung von Frauen wieder einmal ignoriert. Vor diesem Hintergrund fordern wir daher insbesondere von den Männern, sich in diese Auseinandersetzung zu begeben und daraus auch Konsequenzen für ihr Verhalten auf der Demo zu ziehen.

Wir rufen in diesem Jahr zu einer bundesweiten Demonstration gegen den Frauen-Abschiebeknast in Neuss auf, um den Frauen dort unsere Solidarität und Verbundenheit zu zeigen.

Wir rufen dazu auf, gegen die rassistischen und sexistischen Gewaltverhältnisse in Gesellschaft und Staat zu demonstrieren. Laut, entschieden und phantasievoll!

Es wird auf der Demo einen Frauen/Lesben-Block geben !

Um diese Auseinandersetzung schon im Vorfeld der Demo anzustoßen haben wir eine Broschüre zum Frauenabschiebeknast Neuss gemacht. Themen u.a.: Lebenssituation von Migrantinnen in der BRD, Flucht- und Migrationsgründe, Debatte um die Verknüpfung von Rassismus und Sexismus.
Sie kann bestellt werden bei: Infoladen Anschlag, Stichwort Neuss, Heeper Str. 132, 33607 Bielefeld (5 DM +1.50 DM Porto in bar oder Briefmarken, Sammelbestellungen auch gegen Rechnung).
Unter dieser Adresse können auch Plakate, Aufrufe und weitere Infos angefordert werden.

SHORT CUTS

Rezensionen

Christoph Spehr

Männer, Popzwang, Aliens

"Ich kann nicht von diesem Planeten sein, Arthur. Es gibt hier keine Liebe ... Was soll das alles? Ich weiß, daß ich nicht von diesem Planeten bin; ich kann es nicht sein. Ich muß von irgendwo anders in dieses Universum gekommen sein, weil ich ein totaler Außenseiter bin. Ich komme mit nichts von all dem klar." Der schwarze Tenorsaxophonist Johnny Griffin, den John Szwed (Biograph des Space-Jazzers Sun Ra) in seinem Beitrag zum "Loving The Alien"-Band zitiert, benutzt ein Bild, das eine lange Geschichte in der schwarzen Populärkultur hat. Die Identifikation mit dem Alien, dem Außerirdischen, dient mal als Artikulation von äußerster Entfremdung in einer rassistischen Umwelt; mal als positive Umwertung und selbstbewußte Besetzung einer Zuschreibung; mal als coole Zurückweisung weißer Interpretationswünsche. (Reporter: "Hi, ich bin vom New Yorker". Jimi Hendrix: "Sehr angenehm. Ich bin vom Mars".)
Der Band "Loving The Alien" ist aus einem Kongreß hervorgegangen, den die Spex November 1997 auf die Berliner Volksbühne brachte, als Mix von Cultural Studies-Vorträgen, Musik- und Filmvorführungen und poppiger Hipness - "German academia trying to get sexy", wie Isaac Julien (Regisseur von "Black Skin, White Masks") andernorts spöttelte. Nicht ganz so sexy war, daß der ursprüngliche Plan, eine Hälfte der Veranstaltung den spannenden Beziehungen zwischen Feminismus und Science Fiction zu widmen - wir ahnen es schon - daran scheiterte, daß "von den vorgesehenen drei zentralen Figuren gleich zwei absolut unabkömmlich waren". Da kann man nichts machen, wenn die Frauen nicht können, sagen die Männer.
Das wunderschön layoutete Buch enthält u.a. Hippes von Kodwo Eshun, dem aktuellen Shooting-Star der amerikanischen Kritikerszene; Abgeklärtes von Paul Gilroy (alaska 22 gelesen?!); Interessantes von Renée Green, bildende Künstlerin aus New York (über die schwarze SF-Autorin Octavia Butler); Miesmuschelig-Deutsches von Tobias Nagel, Autor und DJ (nach dem Motto: 'Ist doch alles Popzwang hier. Wo sind eigentlich die Flüchtlinge aus den Containerschiffen?'); Wirr-Deplaziertes von Barbara Kirchner und Dietmar Dath. Der beste Beitrag aber stammt vom Zeremonienmeister Diedrich Diederichsen selbst, der den Bogen bis zu Kraftwerk schafft und auch nicht vergißt, daß Musiker wie Miles Davis und Sun Ra auch wegen ihrer "schwulen Aspekte" aliens waren. Ob wir selber nun Aliens sind oder was sonst, bleibt leider ungeklärt.

Diedrich Diederichsen (Hrsg.): Lovin The Alien. Science Fiction, Diaspora, Multikultur. ID Verlag, Berlin 1998. 224 S., DM 36.

Alltagsforschung

Bernd Hüttner

Das ist der Gipfel!

"Fechtmann! Fechtmann, wo stecken Sie denn schon wieder. Ja, der Fechtmann, immer an der Kaffeemaschine statt am Schreibtisch. Hören Sie zu, wir haben jetzt diese Broschüre "Das war der Gipfel - Dokumentation zu den Aktivitäten gegen den EU- und den Weltwirt-



schaftsgipfel in Köln im Sommer 99" reinbekommen. Da muß unbedingt noch eine Rezension in die Zeitung! Sie wissen, übermorgen ist Redaktionsschluß, also will ich morgen Mittag die 3000 Zeichen auf meinem Schreibtisch sehen!". "Aber Chef, das ist zu knapp, ich sollte die Broschüre ja immerhin auch noch lesen, außerdem ...". "Papperlapapp, "lesen". Fechtmann, wo denken sie denn hin. Brauchen Sie gar nicht! Sie kennen doch die Broschüre zu den Aktionen gegen den EU-Gipfel in Essen 94, und auch die eine oder andere Broschüre zum WWG in München 92 werden sie als gebildeter Mensch doch auch noch im Kopf haben, oder? Was anderes als in den damaligen Kampagnen fand doch in Köln auch nicht statt und in der





Broschüre steht folgerichtig auch nichts anderes. Seitenweise knallige Fotos von prügelnden Polizisten und Demotransparenten, dann die exotischen RednerInnen aus dem Süden, mehrere langatmige Artikel über Globalisierung mit dem Tenor "alles wird immer schlimmer", Demo-Auftaktrede von Jutta Ditfurth, Resolution zum neuesten Massaker in Chiapas, Austrittspapier des Frauenlesbenplenums, Einschätzung des Gegenkongreß durch die Katholische Landjugend, Resolution der Strafverteidigervereinigung gegen den Polizeikessel, halt das übliche. Mensch Fechtmann, was ist denn mit ihnen los, keine Müdigkeit vorschützen, Urlaub können sie erst machen, wenn diese Ausgabe fertig ist". "Ja ja Chef, lieber würde ich gerne mal was anderes schreiben, und zu Hause kann ich mich gar nicht richtig konzentrieren, weil meine Tochter grade zahnt. Außerdem wollten wir doch so Althänger-Sachen nicht mehr bringen". "Das ist schon richtig, Fechtmann, nur ist nun Mal Köln das große Ding in diesem Jahr gewesen, da kommen wir nicht dran vorbei. Sogar ernstzunehmende Leute sind noch kurz vor Schluß auf den Zug aufgesprungen, mit der banalen Begründung, daß sie dort 'politisch was wollten'. Unter uns, Fechtmann, was soll man sonst dort auch wollen, nicht wahr. Außerdem wissen sie ja, wie die Geschäftsstelle und der Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft solche Dinge behandelt sehen wollen. Sie sehen, ich bin unter Druck". "Also gut Chef, ich mach es. Das war aber das letzte Mal". "Mein Fechtmann! Ich wußte doch, wenn es drauf ankommt, kann ich mich auf Sie verlassen".

Kölner Bündnis gegen den Gipfel (Hrsg.): Das war der Gipfel, 96 S. DIN A 4, 14 DM, in Buch- und Dritte-Welt-Läden

Short Cut

alaska IN EIGENER SACHE:

DURCH DIE VERSCHIEBUNG DES KONGREßTERMINS MUSSTEN WIR UNSERE THEMENPLANUNG ÄNDERN. WIR GEDENKEN AUCH BALDMÖGLICHST UNSERE ZEITLICHE VERSPÄTUNG AUFGEHOLT ZU HABEN.

DIE JAHRESPLANUNG

➲ **alaska** 225
Rassismus 2
3-4/99

➲ **alaska** 226
Kölner Gipfelsturm
5-6/99

➲ **alaska** 227
Feministischer Internationalismus
7-8/99

➲ **alaska** 228
EXPO/Nachhaltigkeit *(Begleitheft zum BUKO-Kongreß)*
9-10/99

➲ **alaska** 229
Religion und Psyche
11-12/99

WIR LADEN AUSDRÜCKLICH ZUR MITARBEIT AN **alaska** EIN. BEITRÄGE FÜR DIE RUBRIKEN KONTEXTE, MAILBOX, SHORT CUTS SIND EBENFALLS ERWÜNSCHT.

BITTE AN ALLE ABONNENTINNEN:
BEI UMZUG BITTE KURZ DIE NEUE ADRESSE
UNTER ANGABE DER ABO-NUMMER MITTEILEN.

redaktion alaska

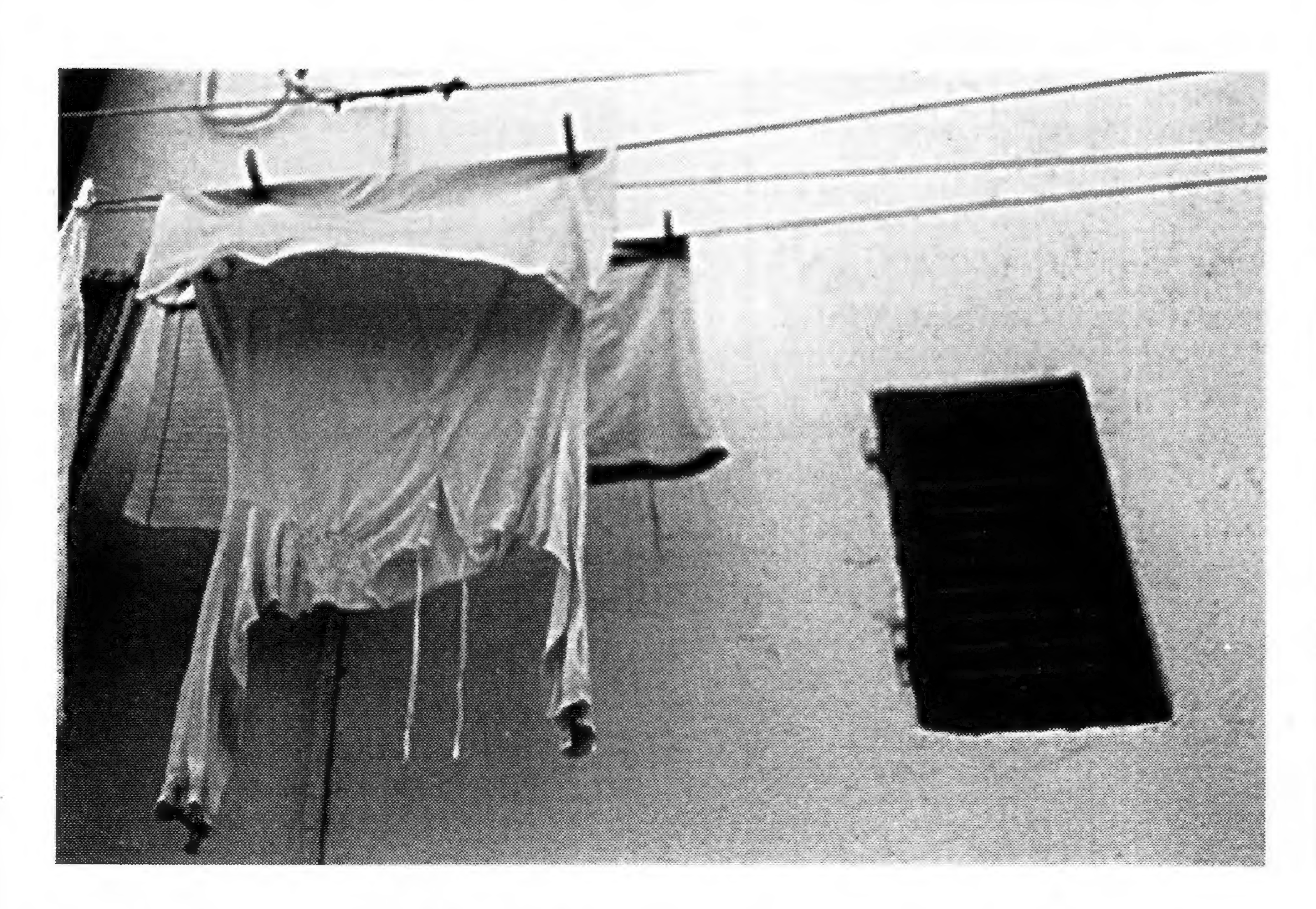
Neue Medien

Bernd Hüttner

Krisis, Umbrüche, köXüz

Die Schwächen der feministischen Debatte um die Zukunft der Arbeit zählt Roswitha Scholz in ihrem Beitrag in der neuen *Krisis* schonungslos auf. Sie dreht feministische Subsistenz- und Eigenarbeitskonzepte sowie Vorstellungen der zivilgesellschaftlichen Einhegung des kapitalistischen Patriarchats im Zuge einer Wiederentdeckung nationaler (bzw. europäischer) oder globaler Sozialpolitik gründlich durch die Mangel. Hauptkritikpunkt von Scholz: Die aufgezählten feministischen Konzepte setzen der von Scholz konstatierten 'Verwilderung des Patriarchats' nichts entgegen, sondern unterstützen eher noch die in diesem Prozeß eingeschlossene Herausbildung von "geschlechtsspezifischen Flexi-Zwangsidentitäten" (S. 85). Auf die Frage nach etwas konkreteren Alternativen hat sie freilich keine Antwort. Der Aufsatz von Scholz ist in dieser *Krisis*-Ausgabe der interessanteste und relativ leicht verständlich. Alle anderen stellen sehr hohe Ansprüche an das Vorwissen der LeserInnen und sind für Unbewanderte ziemlich unzumutbar (Krisis 21/22, 224 S., 24 DM, Verlag Horlemann, Bad Honnef 1998).
Umbrüche, die internationalistische Zeitschrift aus Berlin gibt es immer noch. Sie erschien bis vor kurzem Zeit mit dem Untertitel "Süd-Ost-West-Zeitschrift" und versuchte ausdrücklich einen Brückenschlag zwischen Ost- und West-Linken bzw. -Internationalismusbewegung herzustellen. Nach der letzten Nummer zu "Folter, Disziplinierung und Menschenrechte" (Nr. 17/18) hat die neue "Migration und Illegalisierung" zum Thema. Artikel u.a. zum Grenzregime, zur Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte, zu entgarantierter Arbeit im informallen Sektor und zu Rassismus und Innere Sicherheit. Außerhalb des Schwerpunktes Wahrheitskommission in Guatemala, Kritik alternativen Handels, Tourismus im Himalaya (92 S., 5 DM plus Porto, bei BAOBAB, Christburgerstr. 3, 10405 Berlin, fon 030/442 61 74).
Seit Herbst sorgte die Debatte um den Text von MigrantInnengruppen zur Kritik an der in meinen Augen langweiligen linken Altmännerzeitschrift *konkret* für viel Aufsehen. Mit der Nummer 11 der von feministischen, linksradikalen und antideutschen MigrantInnen herausgegeben mehrsprachigen Zeitschrift *köXüz* liegen nun die meisten Texte zu dieser Debatte in kompakter Form vor. Damit ist ein Grundproblem der Debatte, daß nämlich kaum jemand die Texte kannte, über die gestritten wurde, behoben und jedeR kann sich selbst ein Bild machen. *köXüz* 10 hatte den Schwerpunkt "Migrantinnen" und enthält u.a. einen Artikel zu "Rasse", Klasse, Geschlecht und Kinderfeindlichkeit, sowie Berichte einer illegalisierten Frau und einer Bikulturellen. *köXüZ* wendet sich gegen die kurdischen und türkischen Heimatrevolutionäre, gibt aber z.B. der nationalrevolutionären MRTA viel Raum. Das finden wir nicht gut. Trotz der Identitätspolitik, der in *köXüz* manchmal gefrönt wird, ist *köXüz* sehr lesenswert (Je 64 S., 3 DM plus Porto, köXüz, c/o Patitri, Kurwickstr. 16-18, 26122 Oldenburg, http: www.comlink.de/cl-hh/koXuz).

Short Cut



Impressum

alaska ist die Zeitschrift der entwicklungspolitischen und internationalistischen Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland, die sich im Rahmen des Bundeskongreß (BUKO) organisieren.

Herausgeber:
Verein für Internationalismus und Kommunikation,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen

Redaktionsanschrift:
alaska,
Bernhardstr. 12, 28203 Bremen,
Tel/Fax: 0421-72034
RedakteurInnen: Claudia Bernhard, Iris Bockermann, Bernd Hüttner, Kai Kaschinski, Christoph Spehr
Anzeigen: Bernd Hüttner
Layout: Harry Loges
Fotos: Harry Loges
Cover: design by markovits
Druck: Gegendruck,
Bremer Str. 68a, 26135 Oldenburg

Bezugsbedingungen:
alaska erscheint sechsmal pro Jahr.
Das Jahresabo kostet:
Normal 48,- DM
Institutionen 70,- DM
Soli 70,- DM
Ausland-EU 70,- DM
Bei Abnahme mehrerer Exemplare (Gruppen) oder Kommissionsverkauf (Buchläden) gibt es 20% Rabatt.
Zahlungen nach Rechnungserhalt auf das unten angegebene Konto.
Kündigungen per sechs Wochen zum Jahresende, nicht gekündigte Abonnements verlängern sich um ein Jahr.
Sonderkonto: alaska, Nr.: 6669-209 bei PGA Hamburg, BLZ: 200 100 20

Nachdruck erwünscht, bitte Quelle angeben und Belegexemplar schicken.
Beiträge, die Mitgliedsgruppen des BUKO oder anderer LeserInnen werden, soweit redaktionell möglich, abgedruckt.
V.i.S.d.P.: Claudia Bernhard
Für namentlich gekennzeichnete Beiträge sind die entsprechenden Personen bzw. Gruppen verantwortlich.

ISSN: 1436-3100

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitschrift so lange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung wieder zurückzusenden.

Schwarzer Faden

Vierteljahresschrift für Lust und Freiheit

Nr.66 (4/98) enthält u.a.:



EXPO NO -
denn die Welt sieht anders aus
von Gruppe Tipp Ex



Lissabon-Bericht zur Konferenz Libertärer Kommunalismus
von Wolfgang Haug



Kontroverse
Anarchosyndikalisten contra Libertäre Kommunalisten



John Pilger: Noam Chomsky - Zum 70.; SF-Redaktion: Diskussion über politische Zentren; Torsten Froese: Totale Kriegsdienstverweigerung; Jan J. Hofmann: Handbuch der Utopie; Johannes Hilmer: Debatte zwischen Proudhon und Marx; Jürgen Mümken: Olga forever; Martin Droschke: Frauen im 3.Reich; Wolfgang Haug: Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht, etc.



Nr.65 (3/98) enthält u.a.:

Das Vampir-Projekt
Wissenschaftler auf der Jagd nach Genen der Urwohnwohner
von Claus Biegert



Der Libertäre Kommunalismus
Die Erschaffung des Bürgerwesens
von Janet Biehl



Gegenöffentlichkeit heute
Krieg um den richtigen Stallgeruch
von Richard Herding

Neu im Trotzdem-Verlag

Hans-Ulrich Grunder: Wir fordern alles - Weibliche Pädagogik im 19.Jh., 24.-
Paul Lafargue: Recht auf Faulheit, 10.-
Janet Biehl: Libertärer Kommunalismus, 26.-
Michael Seligmann: Aufstand der Räte, 2 Bde. Standardwerk über die Bayerische Räterepublik, 78.-

✏ Abonniert!
SF ★Redaktion/Trotzdem
PF 1159, D-71117 Grafenau
Fax 07033 - 45264 & Tel. 07033 - 44273
http://www.txt.de/trotzdem
e-mail: trotzdemuSF@t-online.de



WIDERSPRUCH

Beiträge zur sozialistischen Politik

36

Zeit

Weltzeit, Mobilitätskultur, mythologische Zeit; Geoökonomie, Arbitragekapitalismus, Kurzfristigkeit, Prognostik und globale Finanzkrise; nachhaltige Zukunft – jenseits von Beschleunigung? Ökologie der Zeit und öko-soziale Zeitpolitik; Zeitwohlstand versus Güterwohlstand; Zeitmanagement, Flexibilität oder Politik der Eigenzeit

A.J. Obrecht, E. Altvater, M. Madörin, M. Held, M. Müller, L.A. Reisch, K. A. Geißler, M. Spitzner, F. Reheis, U. Mückenberger, J.P. Rinderspacher

Diskussion

G. Notz: Frauenzeiten – Männerzeiten
H. Schäppi: Neue Wege in der Arbeitszeitpolitik
H.-H. von Winning: Zeit, Geschwindigkeit, Verkehr

200 Seiten, Fr./DM 21.- (Abonnement 36.-/38.-)
zu beziehen im Buchhandel oder bei
WIDERSPRUCH, Postfach, CH-8026 Zürich
Tel./Fax 01 - 273 03 02 widerspruch@access.ch
http://www.access.ch/widerspruch



Jeden Monat neu

Probeexemplar oder gleich ein Abo:
ak - Rombergstr.10 - 20255 Hamburg
Tel: 040-40170174 Fax: 040-40170175
Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

www.akweb.de

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

9. Jahrgang, Nr. 36, Dezember 1998, 240 Seiten

Globalisierung und Peripherie

Castro – Unipolare Welt und Unabhängigkeit der Staaten / Höhme – Internationale Finanzkrise / Neelsen – Periphere Gesellschaftsformation und internationale Klassensolidarität/ Pauli – Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft / Boris – Lateinamerika im neoliberalen Globalisierungsprozeß / Goldberg – Afrika zwischen Weltmarktdruck und Überlebensstrategie / Werning – Herrschaftskrise und Krisenherrschaft in Indonesien / Peters – China „muß den (kapitalistischen) Tiger reiten"

Nach den Wahlen

Werner – PDS / Berichte: „Koalition von unten"; Gewerkschaftslinke; Gewerkschaftspolitische Alternativen in Europa

Theoriegeschichte

Losurdo – Liberale Tradition, Freiheit, Exklusion / Collmer – Deleuze/ Guattari: Kapitalismus und Schizophrenie (II) / Gedö – Warum Marx oder Nietzsche? / Steiner – Alexandra Kollontai

Berichte – Rezensionen: Werttheorie, Globalisierung, ökologische Steuerreform, Ideologie- und Gesellschaftstheorie, Geschichte

Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Vers.); im Abo: 60,-; Auslandsabo 70,- (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Probeheft: 10,- incl. Vers. Bezug: üb. Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb**, Kölner Str. 66, 60327 Frankfurt/M., Tel. 069 / 7392934